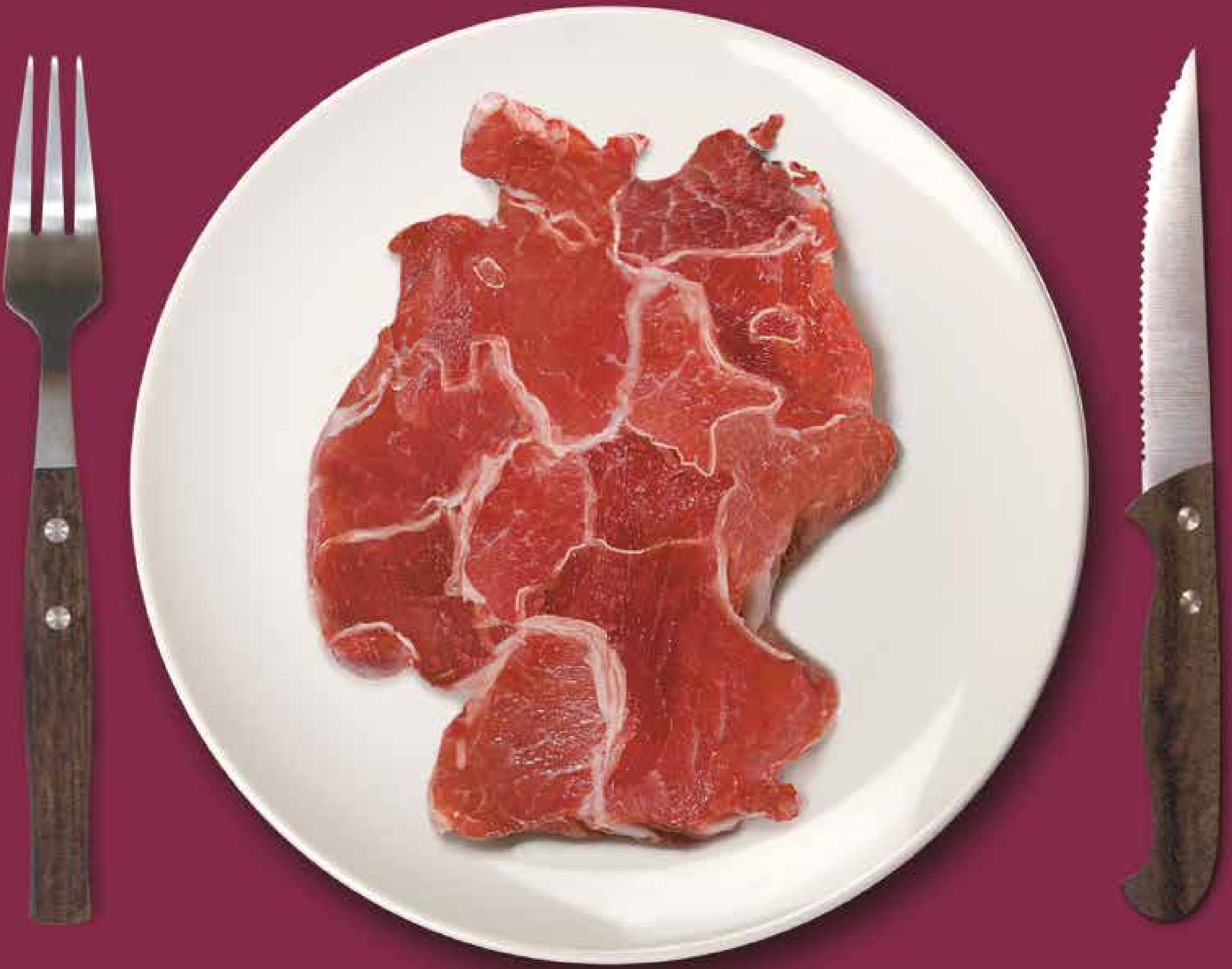
FLEISCHATLAS

Daten und Fakten über Tiere als Nahrungsmittel 2016

DEUTSCHLAND REGIONAL



3. Auflage

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

IMPRESSUM

Der **FLEISCHATLAS 2016 – DEUTSCHLAND REGIONAL** ist
ein Kooperationsprojekt der Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung,
des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland
und der Heinrich-Böll-Stiftung.

Inhaltliche Leitung:
Christine Chemnitz

Projektmanagement: Dietmar Bartz
Art Direktion und Herstellung: Ellen Stockmar

Atlas Manufaktur
52° 31' N, 13° 24' O

Dokumentation und Schlussredaktion: Infotext Berlin

Mit Originalbeiträgen von Clara Beck, Reinhild Benning, Christine Chemnitz,
Andrea Eiter, Michael Finger, Dorothea Frederking, Andreas Greiner,
Mona Hosseini, Helmut Klüter, Christine Lind, Udo Lorenz, Leonie Meder,
Jasmin Mittag, Arndt Müller, Pia Niehues, Christine Pohl, Tobias Reichert,
Mathias Richter, Alrun Schleiff, Marcel Sebastian, Ulrich Steinsiepe,
Jan Urhahn, Elisabeth Waizenegger, Katrin Wenz und Franziska Wolters

V. i. S. d. P.: Annette Maennel, Heinrich-Böll-Stiftung
3. Auflage, September 2016

Druck: Druckerei Arnold, Großbeeren
Klimaneutral gedruckt auf 100 % Recyclingpapier (Innenteil)
und 60 % Recyclingpapier (Umschlag).

ClimatePartner°
klimaneutral
Druck | ID: 11102-1609-1009

BESTELL- UND DOWNLOAD-ADRESSEN

Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin, www.boell.de/fleischatlas
Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland/Versand, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin, www.bund.net

FLEISCHATLAS

Daten und Fakten über Tiere als Nahrungsmittel

3. Auflage
2016

INHALT

Von Nord nach Süd: 20 Themen und 60 Grafiken über alle 16 Bundesländer

VORWORT

Immer mehr Menschen möchten wissen, wie ihre Lebensmittel und vor allem das Fleisch, das sie essen, hergestellt werden. Das ist gut so. Sie stellen sich Fragen nach den Auswirkungen der Fleischproduktion auf Umwelt und Gesundheit. Sie wollen wissen, ob es bei der Futtermittel- und Fleischproduktion faire und gerechte Arbeits- und Lebensbedingungen gibt und wie die Tiere, von denen Fleisch und Wurst stammen, gehalten werden. Mehr als 80 Prozent der Deutschen sind – laut einer Umfrage des Landwirtschaftsministeriums von März 2015 – bereit, höhere Preise für Fleisch und Wurst zu zahlen, wenn sie dadurch zu besseren Haltungsbedingungen der Tiere beitragen. Nicht mehr die Preise allein bestimmen die Kaufentscheidungen, und immer mehr Menschen in Deutschland reduzieren ihren Fleischkonsum.

Das ermutigt viele unterschiedliche Initiativen, Organisationen und Unternehmen, stärker für eine nachhaltige Form der Tierhaltung und des Fleischkonsums einzutreten. Weniger ist mehr, so lautet die Devise – dafür in guter Qualität und zu fairen Preisen. Bauern, Bäuerinnen und Konsument/innen gründen gemeinsam Produktionsgemeinschaften im Rahmen der solidarischen Landwirtschaft. Züchter erhalten die alten Tierrassen. Handwerkliche Schlachtereien und Köche haben das Ziel, möglichst viele Teile vom Tier zu verwerten. Sie erwecken so fast vergessene Gerichte wie Kutteln, Blutwurst oder Zunge zu neuem Leben. Und noch ein Trend: Bauern, Schlachter und Start-up-Unternehmen schließen sich zusammen, um Fleisch von Tieren aus Freilandhaltung und aus der Region zu vermarkten, denn die Nachfrage nach solchen Produkten ist groß.

Nur mehr Druck auf die Fleischindustrie verändert die Strukturen

Gleichzeitig kämpfen in vielen Orten der Republik Bürgerinitiativen gegen Massentierhaltung. Sie waren in den letzten Jahren durchaus in der Lage, einige riesige Mastbetriebe zu verhindern. In Brandenburg wurde sogar ein Volksbegehren gegen Massentierhaltung gestartet.

Eines haben all diese Initiativen gemeinsam: sie wertschätzen eine bäuerliche Landwirtschaft, die zu einer vielfältigen Ernährung beiträgt, den Boden erhält und das Klima schützt. Die lebendige ländliche Räume erhalten will und für die ein achtsamer Umgang mit Tieren von besonderer Bedeutung ist. Zudem bleibt mit einer solchen Landwirtschaft die lokale und globale Gerechtigkeit nicht auf der Strecke.

Dieser positive gesellschaftliche Aufbruch steht jedoch im diametralen

Gegensatz zu der Entwicklung des industriellen Fleischsektors in Deutschland, denn es werden immer neue Megaställe genehmigt. Die Bundesregierung und die Fleischindustrie setzen tatsächlich auf eine Ausweitung der Fleischproduktion und eine immer stärkere Exportorientierung. Immer mehr Schweine und Hühner finden deshalb aus deutschen Landen ihren Weg auf den Weltmarkt, während die Bürgerinnen und Bürger neue Wege des nachhaltigen Konsums suchen.

Diese Gegensätze möchte der *Fleischatlas Regional* aufzeigen. Er wirft den Blick in die deutschen Bundesländer und zeigt beispielhaft, wie die gesellschaftlichen Ansprüche und die Realität der Tierproduktion oftmals auseinanderklaffen. Immer mehr mittlere und kleine Betriebe geben die Tierhaltung auf, während neue Megaställe bewilligt werden – Nitratbelastung der Böden, prekäre Arbeitsbedingungen und Verstöße gegen das Tierschutzrecht inklusive. Aber der Atlas zeigt auch, dass es Möglichkeiten der politischen Gestaltung gibt. So hat beispielsweise Sachsen-Anhalt im letzten Jahr als erstes Bundesland einem der größten Sauenhalter der Republik die Haltung der Tiere verboten, nachdem gravierende Verstöße gegen den Tierschutz bekannt geworden waren. Dadurch hat sich die Debatte um die Haltung von Sauen, die noch immer einen Teil ihres Lebens qualvoll in engen Kastenständen verbringen müssen, neu entfacht und endlich zu einer kritischen Debatte in Deutschland geführt. In Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern dürfen ab 2017 in der Geflügelhaltung keine Schnäbel und in Nordrhein-Westfalen den Schweinen nicht mehr die Ringelschwänze gekürzt werden. Beides war jahrelang gängige Praxis, da sich die Tiere aufgrund der schlechten Haltungsbedingungen sonst häufig verletzen.

All diese ersten Schritte hätte es ohne den öffentlichen Druck auf die Fleischwirtschaft nicht gegeben. Der *Fleischatlas Regional* liefert Daten und Fakten, die helfen, dass der politische Druck auf die Bundes- und Landesregierungen weiter wächst und eine grundlegende Trendumkehr eingeleitet wird. Der Wandel in der Tierhaltung ist keine Bedrohung für den Berufsstand, sondern eine Chance für eine zukunftsorientierte bäuerliche Landwirtschaft.

Kaufentscheidungen werden nicht mehr nur vom Preis bestimmt

Barbara Unmüßig
Heinrich-Böll-Stiftung

Hubert Weiger
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland

DER GROSSE STRUKTURWANDEL

Viehhaltung und Fleischproduktion in Deutschland ändern sich schnell. Fast überall geben Betriebe auf. Doch die Erzeugung steigt, und bei gleichbleibendem Verbrauch nehmen die Exporte zu.

In Geld gemessen, ist die Landwirtschaft in Deutschland nur noch wenig bedeutend. Gemeinsam mit Fischerei und Forstwirtschaft macht sie weniger als ein Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung aus und beschäftigt gerade einmal 1,5 Prozent der Erwerbstätigen. Die Tierhaltung ist ihr wichtigster Produktionszweig. Von den über 50 Milliarden Euro, die die deutschen Landwirte und Landwirtinnen erwirtschaften, entfallen etwa 11 Milliarden Euro auf die Milcherzeugung, 7,5 Milliarden Euro auf Schweinefleisch, 4 Milliarden Euro auf Rind- und Kalbfleisch und etwa 2,3 Milliarden Euro auf Geflügelfleisch. Die Erzeugung von Geflügel- und Schweinefleisch ist in den letzten zehn Jahren stark angestiegen.

Bauernhöfe mit mehreren Tierarten werden immer mehr zur Ausnahme

Der deutliche Zuwachs der Erzeugung ging mit einem drastischen Strukturwandel einher. Mithilfe neuer Produktionsmethoden wie Melkmaschinen, automatisierter Fütterung oder Ställen mit Spaltenböden, die das Ausmisten unnötig machen, können mehr Tiere mit weniger Arbeitskräften versorgt werden. Gleichzeitig steigt die Fleischmenge pro Tier durch Züchtung und intensivere Fütterung. Nur so sehen viele Familienbetriebe, die immer noch den größten Teil der deutschen Landwirte stellen, eine Möglichkeit, ihre Produktion fortzuführen. Die neuen Methoden erfordern in der Regel beträchtliche Investitionen in Maschinen und Gebäude. Dies führt einerseits dazu, dass Betriebe, die sich das nicht leisten können, ausscheiden. Andererseits fördert es die Spezialisierung in der Landwirtschaft, da große Investitionen meist nicht in mehreren Betriebszweigen gleichzeitig möglich sind. Bauernhöfe, auf denen mehrere Tierarten gehalten werden, werden damit immer mehr zur Ausnahme.

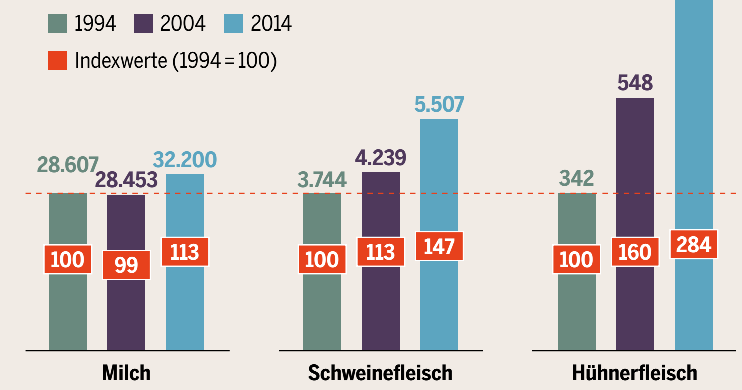
Während die Erzeugung von Geflügelfleisch in Deutschland seit 1994 um mehr als drei Viertel gestiegen ist, ging nach Angaben des Statistischen Bundesamtes die Zahl der Betriebe, die Masthühner halten, um 95 Prozent von knapp 70.000 auf 4.500 zurück. Bei der Schweinefleischerzeugung ergibt sich ein ähnliches Bild: Nahm die Produktion in den letzten zwanzig Jahren um fast die Hälfte zu, sank die Zahl der Betriebe um fast 90 Prozent auf etwa 27.000. 1994 gab es noch mehr Schweinehalter als Milchviehbetriebe in Deutschland. Heute sind es fast dreimal mehr Milchbetriebe als Schweineerzeuger, obwohl auch fast zwei Drittel die Milcherzeugung aufgegeben haben.

Die Milcherzeugung nahm wegen der bis April 2015 geltenden Quotenregelung nur um etwa 15 Prozent zu. Die Milchquote wurde 1984 eingeführt, um Überproduktion, Preisverfall und Strukturwandel zu begrenzen. Jedem europäischen Mitgliedsland stand eine feste Produktionsquote für Milch zu. In Deutschland wurde diese Quote auf die einzelnen milcherzeugenden Betriebe verteilt. Wenn ein Betrieb mehr als die ihm zur Verfügung stehende Menge produzierte, musste er eine zusätzliche Abgabe zahlen. Am 31. März 2015 ist die Milchquote ausgelaufen, die Produktion steigt. Seitdem sinkt der Preis stetig.

Während die Erzeugung von Fleisch und Milch in den letzten zehn Jahren deutlich zugenommen hat, blieb der Verbrauch relativ konstant oder wuchs deutlich langsamer als zuvor. 1994 importierte Deutschland noch mehr Schweine- und Geflügelfleisch als es exportierte. Durch den Produktionsanstieg ist mittlerweile ein Exportüberschuss bei allen Fleischarten entstanden. Die Importe legten ebenfalls zu, allerdings langsamer als die Exporte. Bei Milch besteht seit Langem ein Ausfuhrüberschuss, der in den letzten Jahren leicht angestiegen ist, nachdem mit Blick auf das Ende der Milchquote die zulässige Produktionsmenge angehoben wurde.

Die Exporte in Länder außerhalb der EU finden überwiegend in Form von standardisierten Produkten wie Milchpulver, Schweinehälften und gefrorenen Hühnerteilen (Keulen oder Flügel) statt. Damit diese Waren wettbewerbsfähig sind, müssen die Erzeugerpreise auf dem Niveau des Weltmarktes liegen. Um dies zu erreichen, setzen die meisten Betriebe auf Größenwachstum, um durch Rationalisierung die Kosten zu senken. Dies ist ein

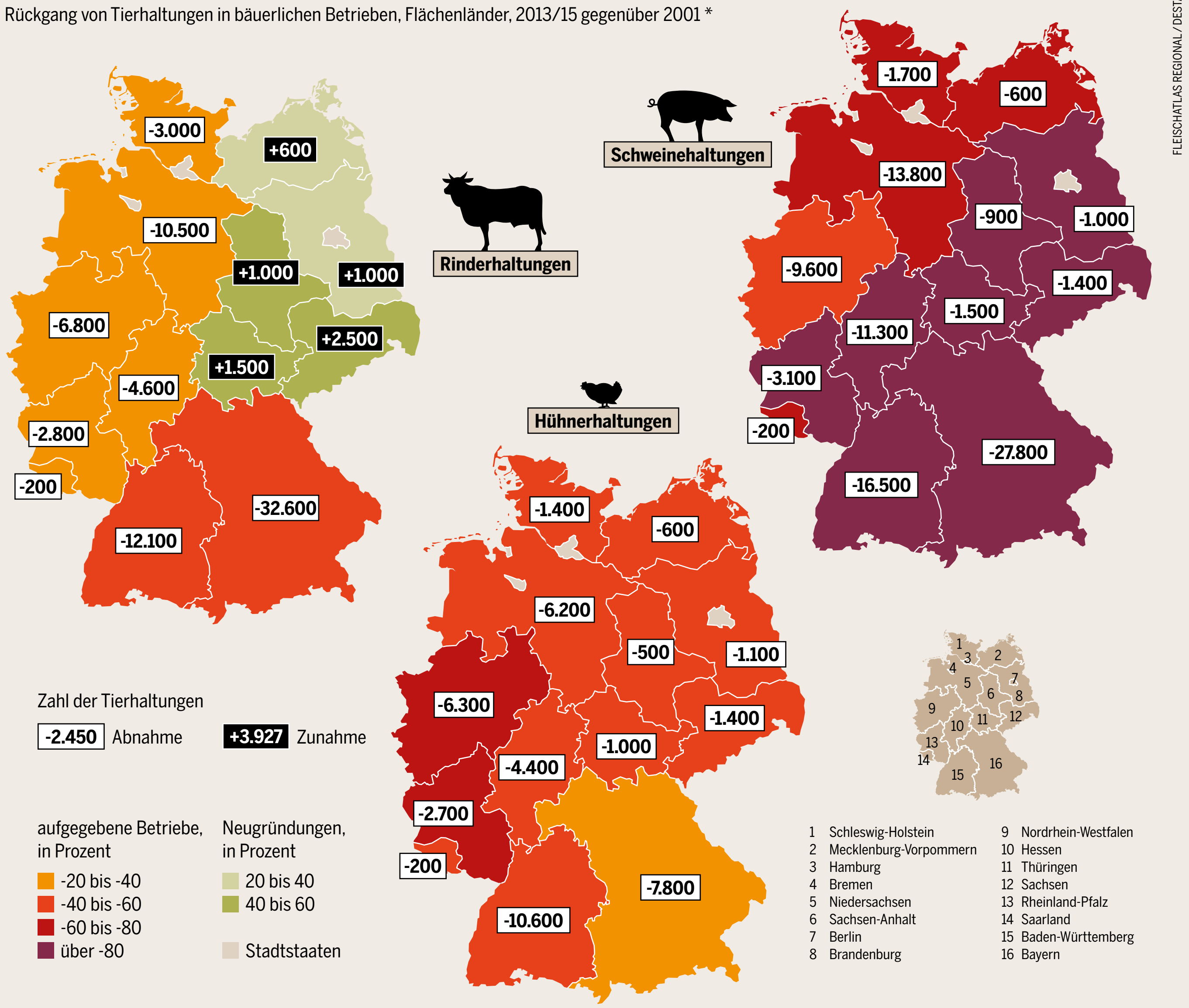
IMMER MEHR PRODUKTION
Erzeugung tierischer Nahrungsmittel in Deutschland, in 1.000 Tonnen und Veränderung in Prozent



FLEISCHATLAS REGIONAL / DESTATIS

DIE KLEINEN VERSCHWINDEN

Rückgang von Tierhaltungen in bäuerlichen Betrieben, Flächenländer, 2013/15 gegenüber 2001 *



* Mehrfachnennungen durch Betriebe mit verschiedenen Tierhaltungen möglich. Letzte Zählung von Rinder-/Schweinehaltungen: 2015, letzte Veröffentlichung Schweinehaltungen Saarland: 2013. Letzte Zählung von Hühnerhaltungen einschl. Legehennen: 2013.

weiterer Treiber des Strukturwandels und lässt den Betrieben kaum Spielraum, um in Tier- und Umweltschutz zu investieren.

Die europäischen Exporte sind dabei immer weniger von unmittelbarer staatlicher Unterstützung abhängig. Die EU zahlt seit einigen Jahren keine direkten Exportsubventionen mehr. Der Großteil der Hilfsgelder wird als von der Produktion unabhängige Flächenprämien in Höhe von etwa 300 Euro pro Hektar gezahlt. Sie ermöglichen es den Landwirten, zu Preisen zu verkaufen, die nicht die vollen Produktionskosten decken.

Sie sind für die verschiedenen Erzeugnisse aber unterschiedlich relevant. Die Hühnermast findet meist „flächenlos“ statt. Die Betriebe bauen das Futter nicht mehr auf eigenen Flächen an, sondern kaufen es überwiegend zu. Von den Flächenprämien profitieren sie nur indirekt. Auch die Schweineerzeugung entwickelt sich in diese Richtung.

Der Zukauf von Futtermitteln hat bei der Zunahme der Fleischproduktion eine Schlüsselbedeutung. Sojaschrot als wichtige Futterkomponente für die intensive Fleischerzeugung ist das wichtigste Agrarimportprodukt für die EU und Deutschland. 80 bis 90 Prozent des in Deutschland verfütterten Sojaschrots geht in die Fleischerzeugung, der Rest in die Milchproduktion. Mit der zunehmenden Fleischerzeugung haben auch die Sojaschrotimporte zugenommen – in den letzten 20 Jahren um über ein Drittel auf über 4,5 Millionen Tonnen.

Die europäischen Sojaimporte kommen ganz überwiegend aus Südamerika, vor allem Brasilien und Argentinien sowie Paraguay. Dort werden jetzt vor allem die Savannen gerodet, um neue Flächen für den Sojaanbau zu schaffen. So steht der Fleischverzehr hier in einem direkten Gegensatz zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Lateinamerika.

Wer in Größe investiert, kann das nur für eine Tierart tun

ES IST NOCH NICHT VORBEI

Seit 2012 wurden viele neue Anlagen für Masthähnchen und Schweine beantragt und genehmigt – trotz Umweltbelastung, Tierwohldiskussion und Überproduktion. Die Zentren bilden Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Große Tierhaltungsanlagen sind in Deutschland genehmigungspflichtig. Seit 1974 regelt das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) westdeutsch und seit 1990 bundesweit einheitlich, unter welchen Bedingungen Tierhaltungsanlagen betrieben werden können. Ziel des immissionsschutzrechtlichen Verfahrens ist der Schutz der Menschen und der Umwelt sowie der Menschen, die in den genehmigungspflichtigen Ställen arbeiten.

Informationen über die geplanten Stallneubauten sind in den meisten Bundesländern nicht frei zugänglich. Lediglich Sachsen-Anhalt informiert regelmäßig über Anträge für Mastanlagen. Aufgrund dieser Informationslücke hat der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) nach dem Umweltinformationsgesetz Angaben zu den Tierhaltungsanlagen abgefragt. Die Daten kommen teils von den zuständigen Landesministerien, teils von den Landkreisen, bei denen die Anträge eingereicht werden müssen. In einigen Kreisen konnten wegen der hohen Bearbeitungskosten keine Daten erhoben werden, andere stellten keine Informationen zur Verfügung. Ausgerechnet der niedersächsische Landkreis Cloppenburg, einer der wichtigsten Standorte für die deutsche Fleischproduktion, sperrte sich, weil die Anfrage „zu unbestimmt“ sei. Auch aus Bayern liegen keine Daten vor.

Neue Anlagen werden nicht mehr so leicht genehmigt – der Widerstand wächst

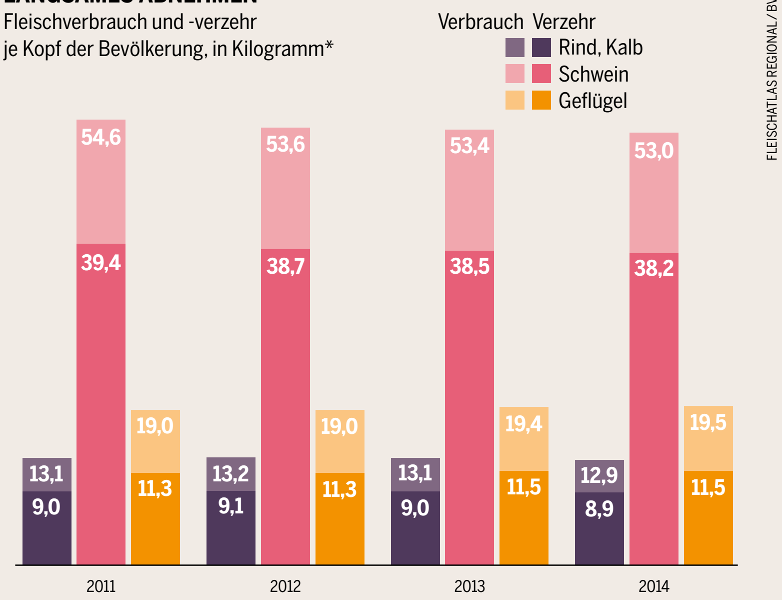
Dennoch: Nachweislich wurden bundesweit für Schweine mindestens 720.000 neue Plätze beantragt, davon mindestens 420.000 für Mastschweine. Für Geflügel sind Anträge über mindestens 10,8 Millionen Plätze belegt, darunter mindestens 6,65 Millionen für die Mast, überwiegend von Hähnchen. Trotz einiger Lücken ist erkennbar, dass die Intensivierung vor allem in den Regionen weitergeht, in denen schon heute viel zu viele Tiere gehalten werden und die Grundwasserqualität durch die hohe Nitratbelastung bereits schlecht ist.

Für die Schweinehaltung bieten Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen die bedeutendsten Standorte für die neuen Anlagen. Der Kreis Vechta, an Cloppenburg grenzend, bleibt die Toplage für die Schweineindustrie. Im Jahr 2010 gab es dort knapp 800 Schweinemastbetriebe mit insgesamt 1,06 Millionen Tierplätzen. Allein 2013 und 2014 sind dort über 87.000 neue Plätze genehmigt worden – mehr als in ganz Schleswig-Holstein oder Hessen. Ähnlich sieht es auch im niedersächsischen Emsland aus. Dort wurden zwischen 2013 und 2015 weitere 38.000 Schweineplätze genehmigt, und zusätzliche knapp 12.000 Plätze sind beantragt – mehr als in ganz Brandenburg. In NRW sind mindestens 50.000 neue Plätze beantragt. In Wirklichkeit sind die Zahlen weitaus höher, weil etwa 70 weitere Anlagen beantragt wurden, bei denen die Platzzahlen aus den Landkreisen nicht an das Landesministerium gemeldet wurden.

Naturgemäß werden die Megaanlagen der Hähnchenmast für wesentlich höhere Platzzahlen ausgelegt als für Schweine – im niedersächsischen Emsland ist zum Beispiel eine Anlage für 320.000 Hähnchen genehmigt. Auch in anderen Regionen, in denen es bereits viele solcher Ställe gibt, kommen weitere hinzu. Innerhalb der letzten 20 Jahre ist die Zahl der genehmigungspflichtigen Plätze für Mastgeflügel in Brandenburg von 6,8 auf 11,8 Millionen gestiegen – und alleine in Brandenburg wurden seit 2012 zusätzliche fast 1,2 Millionen Mastplätze beantragt.

In Sachsen wurden etwa 710.000 und in Sachsen-Anhalt fast 850.000 Plätze beantragt. Solche Zahlen sind jedoch nicht als absoluter Zuwachs zu sehen, sondern drücken den Strukturwandel aus. Denn immer mehr kleine Betriebe schließen oder geben ihre Tierhaltungen auf, die sich dafür auf immer weniger, aber größere Agrarunternehmen konzentrieren.

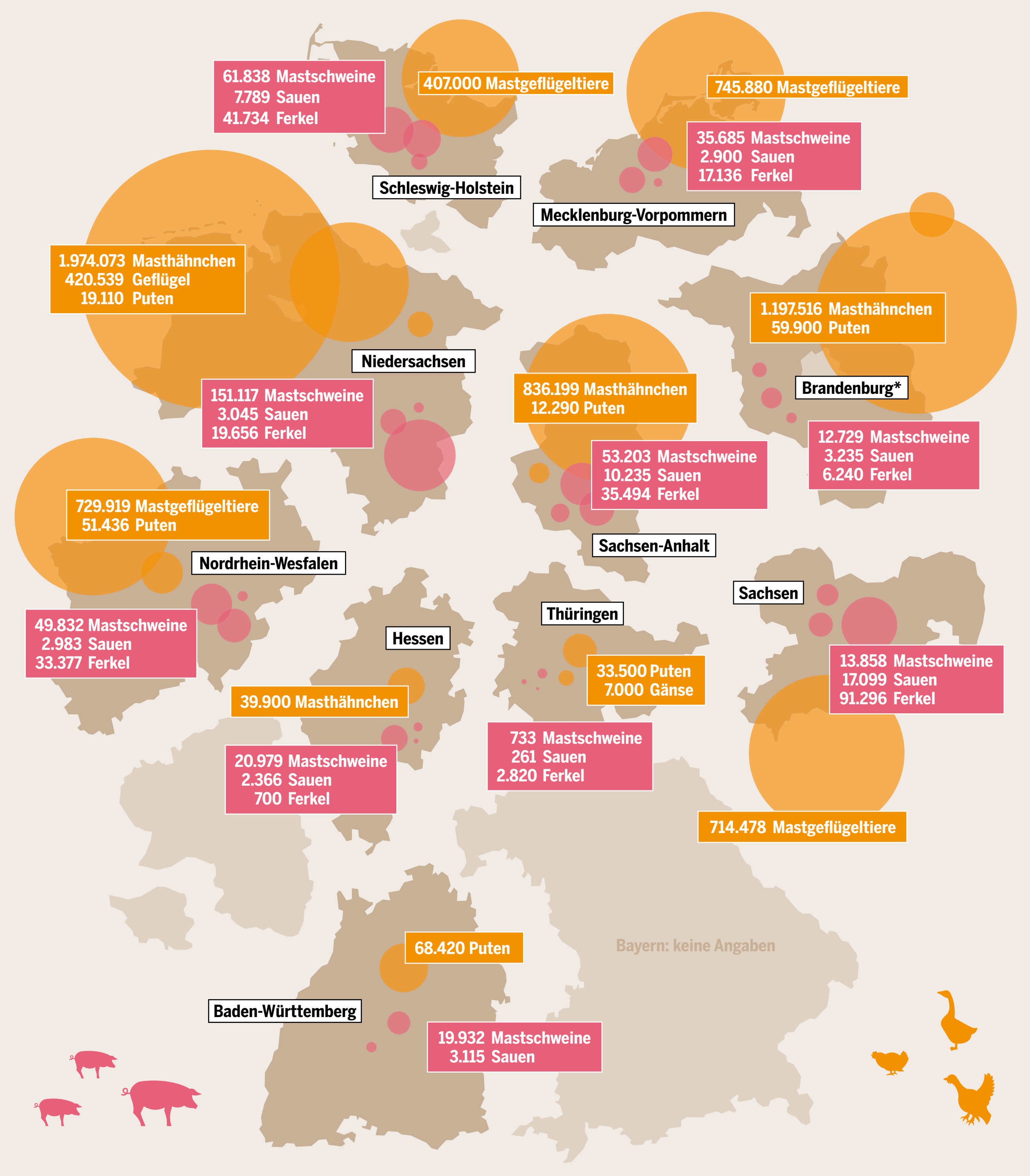
LANGSAMES ABNEHMEN
Fleischverbrauch und -verzehr
je Kopf der Bevölkerung, in Kilogramm*



*2014 vorläufig. Verbrauch: Nahrung, Verfütterung an Tiere, industrielle Verwertung, Verluste, einschließlich Knochen.
Verzehr: Nahrung; darin sind etwa 4,3 Kilogramm Fleisch- und Wurstabfälle im Endverbrauch enthalten.

MEGASTÄLLE IN SICHT

Nachgewiesene Zahl der Tierplätze, für die von 2012 bis 2015 Genehmigungen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz beantragt wurden, nach Flächenländern und Produktionsrichtung



* inklusive Änderungsanträge bei unklarer Ausgangszahl

FLEISCHATLAS REGIONAL / BUND

Beschaulicher als im Norden und Osten geht es in den südlicheren Bundesländern zu. In Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen, wo die Tierdichte ohnehin geringer ist, wird seltener auf Megamastanlagen gesetzt. In Hessen wurde eine Anlage mit etwa 40.000 Masthähnchen beantragt, doch ist dies ein Einzelfall. Dort ist die Landwirtschaft bisher noch stärker von bäuerlichen Betrieben geprägt. Insgesamt sind die Anlagen meist etwas kleiner ausgelegt als in den Jahren zuvor. Denn die Genehmigungsverfahren sind schwieriger geworden, und vielerorts regt sich Widerstand. BUND-Gruppen allein stoppten im Jahr 2014 rund 30 Megamastanlagen.

MINDESTLOHN FÜR MINDEST-IMAGE

Schlechter Ruf, öffentlicher Druck und politische Maßnahmen verändern die Fleischbranche – langsam. Doch die Arbeit wird nicht weniger hart, und die Rumänen und Bulgaren werden ihre ausbeuterischen Vermittler nicht los.

Die Fleischproduktion war früher ein Handwerk, in dem gute Löhne gezahlt wurden. Doch heute hat die Branche einen derart schlechten Ruf, dass ein Arbeitskräftemangel besteht, der mit deutschen Arbeitnehmern aus dem Umland der Schlachthöfe kaum zu decken ist. Von 9.500 Auszubildenden im Jahr 2000 sank die Zahl im Fleischereigewerbe auf 3.700 im Jahr 2014.

Heute ist die Fleischwirtschaft in Deutschland ein Geschäft, das von schlechten Arbeits- und Lohnverhältnissen bestimmt ist. Unter den 30.000 Beschäftigten, die hier schlachten und zerlegen, sind ein Drittel Südosteuropäer, schätzt die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG). Der größte Teil stammt aus Rumänien und Bulgarien, viele auch aus Polen, Ungarn, der Slowakei und Tschechien.

Deren Entsendung in Schlachthöfe und Fleischverarbeitungsbetriebe war bis zur Einführung des Mindestlohns für die Vermittler ausgesprochen lukrativ. Löhne zwischen fünf und acht Euro waren normal, aber auch Fälle von Löhnen unter fünf Euro wurden bekannt. Über Subunternehmer wurden sie zur Arbeit nach Deutschland geschickt, waren aber offiziell in ihren Herkunftsländern angestellt. Da die Entsendearbeiter offiziell in Deutschland nicht in einem arbeitsvertraglichen Verhältnis standen, entfielen auch die Sozialabgaben. Sie mussten in den Herkunftsländern durch die Subunternehmer gezahlt werden, doch das unterblieb häufig, oder es passierte nur teilweise.

Die Arbeit der Gewerkschaft ist mühsam – und ihr fehlt politische Unterstützung

Die Konzerne der Fleischbranche haben im Oktober 2015 verkündet, bis Mitte 2016 die Entsendung völlig durch sozialversicherungspflichtige Werkverträge zu ersetzen. Der Mindestlohn und öffentlicher Druck haben dazu geführt, dass viele Subunternehmen nun in Deutschland ansässig sind und ihre Arbeiter an deutsche Schlachthöfe vermitteln. Doch viele bereits per Werkvertrag Beschäftigte klagen nun, dass ihnen Lohn vorenthalten wird und die Abrechnungen von Lohnnebenkosten und Sozialabgaben durch die Subunternehmer betrügerisch sind.

In der Fleischverarbeitung, die in der Produktionskette auf das Schlachten und Zerlegen folgt, sind offiziell 80.000 Personen beschäftigt. Nach Angaben der NGG sind es sogar mehr als 140.000. Auch hier kommen viele Arbeitskräfte aus Südost- und Ostmitteleuropa hinzu. Ihre Zahl ist selbst für Bencheninsider nicht zu schätzen. Die Einsatzorte der Arbeiter und Arbeiterinnen – hier sind auch viele Frauen beschäftigt – sind in ganz Deutschland verteilt, denn jeder große Fleischkonzern, aber auch so manch kleiner Betrieb, arbeitet mit den Subunternehmen.

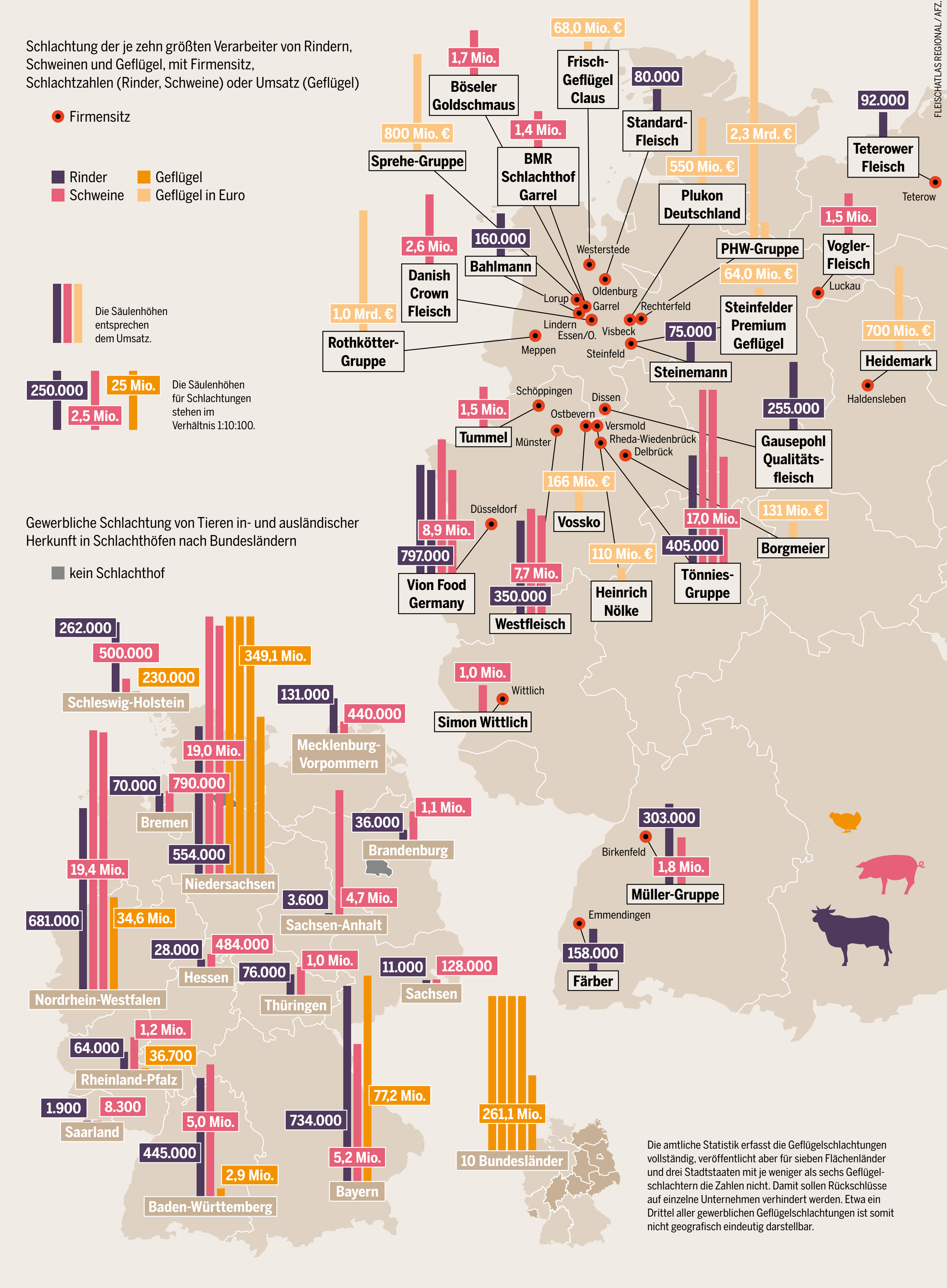
Aufgrund des Lohngefälles zwischen den EU-Staaten lohnt sich die harte Arbeit. Zumindest hoffen das die meisten. In der Regel lassen sie ihre Familien zurück und bleiben selten länger als zwei Jahre in Deutschland, manchmal nur einige Monate. Die Fluktuation ist hoch. Ein Subunternehmer kann sich auf vielen Wegen an ihnen bereichern: indem er sie in überbelegten Mietwohnungen unterbringt, die sich in den ländlichen Gegenden nahe ihrer Arbeitsplätze befinden, sowie durch überhöhte Mieten und Fahrkosten für den Transport zur Arbeit, die direkt vom Lohn abgezogen werden. Und Arbeiter beklagen, dass sie ihre Ausrüstung selbst bezahlen müssen. An solchen Praktiken ändert auch der Mindestlohn wenig.

Die Entsendearbeiter haben kaum Chancen, sich gegen arbeitsrechtliche Verstöße zu wehren. Dies liegt unter anderem an der intransparenten Buchführung der Subunternehmer. Aber auch sonst wird getrickst: Firmennetze werden aufgezogen, aufgelöst und neu gegründet. Hinzu kommen die Sprachbarrieren, verschleppte Zeit und mangelnde Ressourcen der Behörden. Auch eine Klage ist für die Werkvertragsnehmer häufig nicht sinnvoll. Das Risiko, bei verlorenen Prozessen die Kosten des gesamten Verfahrens zu tragen, ist für die meisten Arbeitnehmer nicht akzeptabel. Zudem brauchen selbst kleine Prozesse meist Monate. Viele potenzielle Kläger sind dann längst an einem andern Standort oder in der Heimat. Entsprechend schwer haben es die Gewerkschaften, Verstöße zu melden. Dabei beklagt die NGG, nicht genug Rückhalt aus der Politik zu erhalten. Außerdem müssen Belegschaften organisiert werden, die häufig nur ein bis zwei Jahre oder kürzer in den Betrieben bleiben, also kaum für langfristige Arbeitskämpfe zu motivieren sind. Zudem haben viele Entsendearbeiter aufgrund der starken Abhängigkeit Angst, sich kritisch zu äußern oder gar zu engagieren. Bei dem rentablen Geschäft mit den Entsendearbeitern geht es für die verstrickten Firmen um Millionenbeträge.

Allerdings wandelt sich die Branche. Manche Fleischkonzerne versuchen, den Imageschaden der letzten Jahre zu korrigieren. Doch auch wenn die gravierendsten Mängel beseitigt sind, bleibt die Arbeit in der Fleischbranche eine körperlich wie psychisch herausfordernde Arbeit mit schlechten Arbeitsbedindungen und Löhnen.

TOTE TIERE AM KETTENZUG

Schlachtungen nach Fleischkonzernen und Bundesländern, 2014



KAMPF UM DIE CHEMISCHE KEULE

Glyphosat ist ein Unkrautvernichtungsmittel mit weltweitem Milliarden-Umsatz. Nebenwirkung: Es macht Pflanzen resistent, die es eigentlich zerstören soll. Ob die Agrochemikalie auch Krebs verursachen kann – darüber streiten in der EU die Fachleute mit ungleichen Waffen.

Etwa 80 Prozent der Deutschen meinen, dass Pestizide in Lebensmitteln eines der größten Risiken für unsere Nahrung sind. Das ist eines der Ergebnisse der Nationalen Verzehrsstudie, die schon im Jahr 2008 vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz veröffentlicht wurde. Dennoch steigt in Deutschland Jahr für Jahr der Einsatz von Pestiziden, um gegen Pilze, Ackerkräuter, Schädlinge, Nager und vieles mehr vorzugehen. Zwischen 2004 und 2014 hat sich die Menge der verkauften Wirkstoffe (ohne Kohlendioxid) von etwa 30.000 auf 35.000 Tonnen erhöht. Der Industrieverband Agrar berichtete vom Geschäftsjahr 2014, dass die agrochemischen Unternehmen mit 1,6 Milliarden Euro das dritte Mal in Folge ihren Umsatz steigern konnten.

Nur die gentechnisch veränderten Pflanzen sollen das Herbizid überleben

Am stärksten steigt in Deutschland und weltweit der Verbrauch von Unkrautbekämpfungsmitteln und von dessen am meisten verwendeten Wirkstoff Glyphosat. Der Wirkstoff ist ein Breitbandherbizid und tötet auf dem Acker alle Pflanzen – bis auf die gentechnisch veränderten. Verkauft werden weltweit jährlich mehr als 720.000 Tonnen Glyphosat. Der Marktwert liegt bei geschätzten 5,5 Milliarden Dollar, die geschätzte Wachstumsrate bei über sieben Prozent.

Der weltweite Hunger auf Fleisch ist einer der großen Treiber für dieses Geschäft. Denn die als Futtermittel verwendeten gentechnisch veränderten Sojapflanzen sind gegen den Wirkstoff resistent. Damit kann er vor der Aussaat eingesetzt werden, um die Felder vom Unkraut zu befreien, und während des Aufwuchses, um unerwünschte Ackerkräuter fernzuhalten. Je mehr Fleisch die Menschen essen, desto mehr gentechnisch verändertes Soja wird als Futtermittel angebaut, und desto mehr Glyphosat kommt zum Einsatz.

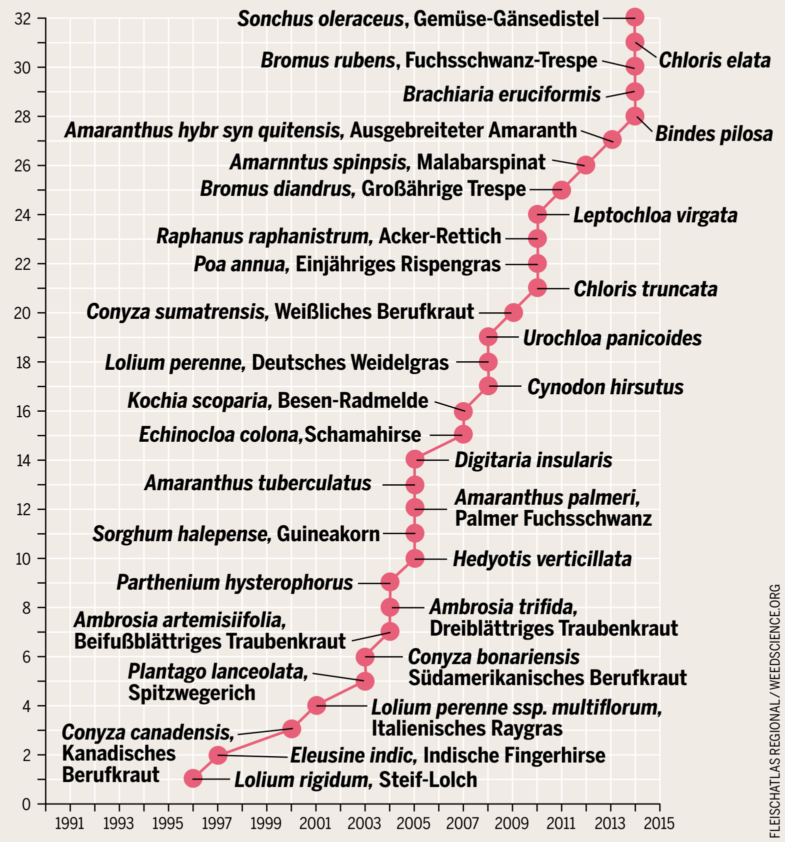
Daher wird Glyphosat meist in Südamerika und den USA angewendet. In Argentinien hat sich der Verbrauch von Wirkstoffen, die Unkräuter vernichten, in den letzten zehn Jahren mehr als verzehnfacht – von 19.300 auf 212.300 Tonnen. Wieder ist der am meisten verwendete Wirkstoff Glyphosat. Das Mittel wird aus Flugzeugen auf die Felder gespritzt, und der Wind verweht einen Teil des Giftes. Ärzte und Zivilgesellschaft klagen, dass dort Hautausschläge, Atemwegserkrankungen und Krebs in erhöhtem Maß auftreten.

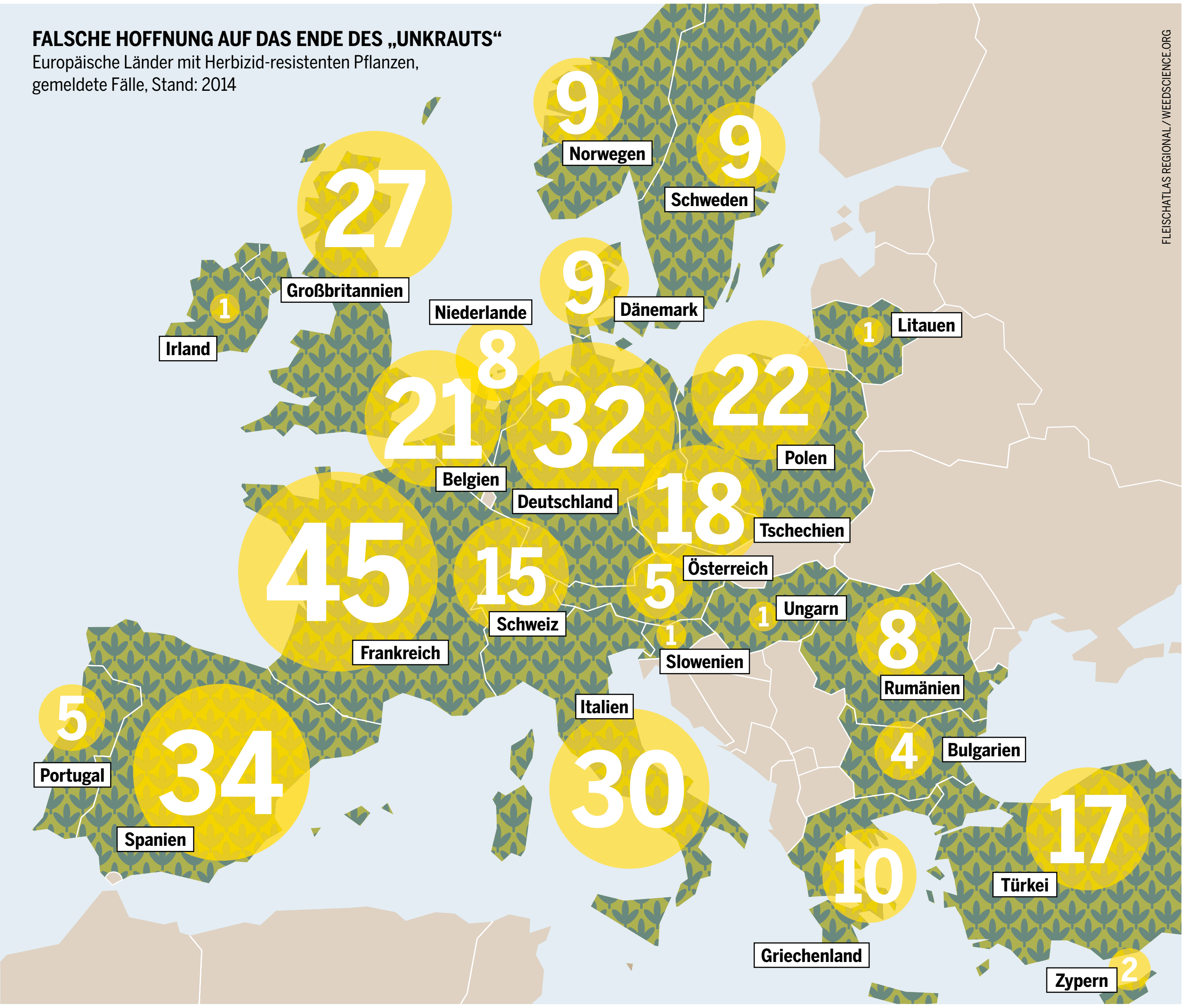
In Deutschland wird Glyphosat auf etwa 40 Prozent der Ackerflächen verwendet. In den 1990ern stieg der Verbrauch stark an. In den letzten Jahren wurden kontinierlich zwischen 5.000 und 6.000 Tonnen des Wirkstoffs eingesetzt. Der Marktanteil dieses Wirkstoffes an allen verkauften Herbiziden liegt bei 30 bis 40 Prozent.

In der Europäischen Union fand 2015 eine Bewertung von Glyphosat statt. Alle in der EU zugelassenen Wirkstoffe müssen dieses Verfahren regelmäßig durchlaufen, um die gesundheitliche Unbedenklichkeit des Mittels feststellen zu lassen und es in der europäischen Landwirtschaft verwenden zu dürfen. Im Oktober 2015 beendete die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) das Verfahren mit der Aussage, Glyphosat sei als unbedenklich für die menschliche Gesundheit und als nicht Krebs erregend einzuschätzen. Die endgültige Entscheidung darüber, ob Glyphosat auf der Liste der erlaubten Mittel bleibt, trifft die EU-Kommission im nächsten Jahr. Die Bewertung der EFSA ist dabei eine wichtige Grundlage.

PFLANZEN, DIE SICH NICHT MEHR VERNICHTEN LASSEN

Glyphosat-resistente Pflanzen, gemeldete Fälle weltweit





FALSCHE HOFFNUNG AUF DAS ENDE DES „UNKRAUTS“

Europäische Länder mit Herbizid-resistenten Pflanzen, gemeldete Fälle, Stand: 2014

Um einschätzen zu können, wie sich Glyphosat auf die menschliche Gesundheit in Europa auswirkt, hatte die EFSA das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) mit einer Untersuchung beauftragt. Das BfR wertete in einer Metastudie mehr als 1000 Studien aus – Ergebnis: „nicht krebserregend“. Einige Monate später aber veröffentlichte die Internationale Krebsforschungsagentur IARC, die zur Weltgesundheitsorganisation gehört, einen eigenen Bericht. Auch die IARC wertet vorhandene Studien und Literatur aus – Ergebnis: „wahrscheinlich krebserregend“.

Seitdem streiten sich die Fachleute und ihre jeweiligen Unterstützer. Man wirft sich vor, unwissenschaftlich gearbeitet zu haben, Ergebnisse über- oder unterzuinterpretieren und wichtige Ergebnisse nicht in die Bewertung einbezogen zu haben. Es geht um den Aufbau von wissenschaftlichen Experimenten und die Art ihrer Auswertung, mehr noch: um fehlende Transparenz, öffentliche Kontrolle und Demokratie im Agrar- und Ernährungssektor, in dem sich viele Big Player tummeln.

Der Unbedenklichkeitsbefund des deutschen BfR stützt sich großteils auf Forschungen der Industrie. Das ist nicht unüblich – kaum sonst jemand hat so genaue Einblicke in die Auswirkungen der jeweiligen Wirkstoffe wie die Industrie selbst. Zugleich liegt dort das Problem: Nur diejenigen, die ein explizites ökonomisches Interesse an der Unbedenklichkeit eines Wirkstoffs haben, können dies wissenschaftlich be- oder widerlegen. Zumal einige Studien, die in die Bewertung einflossen, von den Firmen nicht oder nur zum Teil veröffentlicht wurden und sich damit völlig der öffentlichen Diskussion entziehen.

Die EFSA hat sich der Bewertung des BfR angeschlossen. Dennoch fordern in einem offenen Brief mehr als 100 internationale Wissenschaftler den EU-Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit auf, dieser Bewertung nicht zu folgen und Glyphosat im nächsten Jahr nicht wieder zuzulassen. Denn es ist nicht zu überprüfen, ob das BfR oder die IARC recht hat – weil Firmengeheimnisse in den BfR-Bericht einflossen, wird er nicht veröffentlicht.

40 Prozent der deutschen Äcker werden mit Glyphosat behandelt

MIT WEIDEN UND WIESEN FÜR WASSER-, TIER- UND BODENSCHUTZ

SCHLESWIG-HOLSTEIN: Je mehr die Weidewirtschaft zurückgeht, umso gefährdeter sind die charakteristischen Knicklandschaften. Hecken und Baumreihen reduzieren die Winderosion, doch die Maismonokulturen brauchen Platz – und verderben obendrein die Gewässer.

Schleswig-Holstein ist als überwiegend flaches Land bekannt. Seine Böden unterscheiden sich in die Marschen entlang von Elbe und Nordsee, die Geest als Streifen in der Mitte und das Hügelland zur Ostsee hin. Agrarbetriebe nutzen von der knapp eine Million Hektar landwirtschaftlicher Fläche gut zwei Drittel als Ackerland und den Rest als Wiesen und Weiden, die den Boden das ganze Jahr über mit Pflanzen bedecken und so vor Erosion schützen.

Bodenverlust durch Wind ist in Schleswig-Holstein lange schon ein großes Problem. Ursprünglich haben Wälder großflächig dafür gesorgt, dass die Erde nicht verweht wird. Doch seit dem Mittelalter wurde der Wald abgeholzt oder mit Tieren beweidet, sodass er keine Chance hatte, nachzuwachsen. Der häufig starke Wind trug fruchtbare Erde davon und legte Sandschichten – manchmal in Dünenstärke – an anderen Orten ab.

Die Geestböden sind mit ihrer dünnen Krume über sandigem Boden besonders empfindlich. Überweidung konnte die Flächen zerstören, wenn die Grasnarbe ausgerissen wurde. Als Äcker genutzte Flächen konnten abgetragen werden, wenn die umbrochenen Felder zu lange dem Wind ausgesetzt waren. Schnell drohten Not und Abwanderung. Doch nach und nach entwickelten die Bewohnerinnen und Bewohner Methoden, um den Bodenschutz zu verbessern. Sie legten Knicks und Wallhecken an und prägten mit ihnen eine neue Kulturlandschaft.

Die Gülle verdirbt Nord- und Ostsee. Und die Lage bessert sich nicht

Die heute so charakteristischen Pflanzungen sind im späten 18. Jahrhundert angelegt worden und dienten auch als Weidebegrenzungen für das Vieh. Anfang der 1950er-Jahre legten Bauern planmäßig Windschutzhecken an, die mit angepassten Pflanzenarten selbst im laublosen Winter noch eine Dichte erzielen, die bis heute den Wind bremst und Erosion verhindert. Auch Wiesen und Weiden schützen vor Bodenverlust durch Wind. So wundert es nicht, dass mit 316.000 Hektar fast ein Drittel der Agrarfläche Schleswig-Holsteins als Dauergrünland genutzt wird.

Doch es ist auf verschiedene Weise von industrieller Tierhaltung bedroht. Ställe ersetzen die Weiden für Milch- und Mastvieh, Weiden werden zu Äckern umgepflügt. In einigen Regionen der Geest hat sich die Ackerfläche in weniger als zwanzig Jahren von einem Viertel auf die Hälfte verdoppelt. Zwar säen einige Betriebe in einzelnen Orten inzwischen wieder Dauergrünland ein, aber der Trend bleibt besorgniserregend. In weitaus mehr Regionen nämlich, auch in solchen mit großem Erosionsrisiko, füttern inzwischen viele Betriebe Kühe, Schweine und Geflügel zunehmend mit Mais und Importsoja anstelle von Gras.

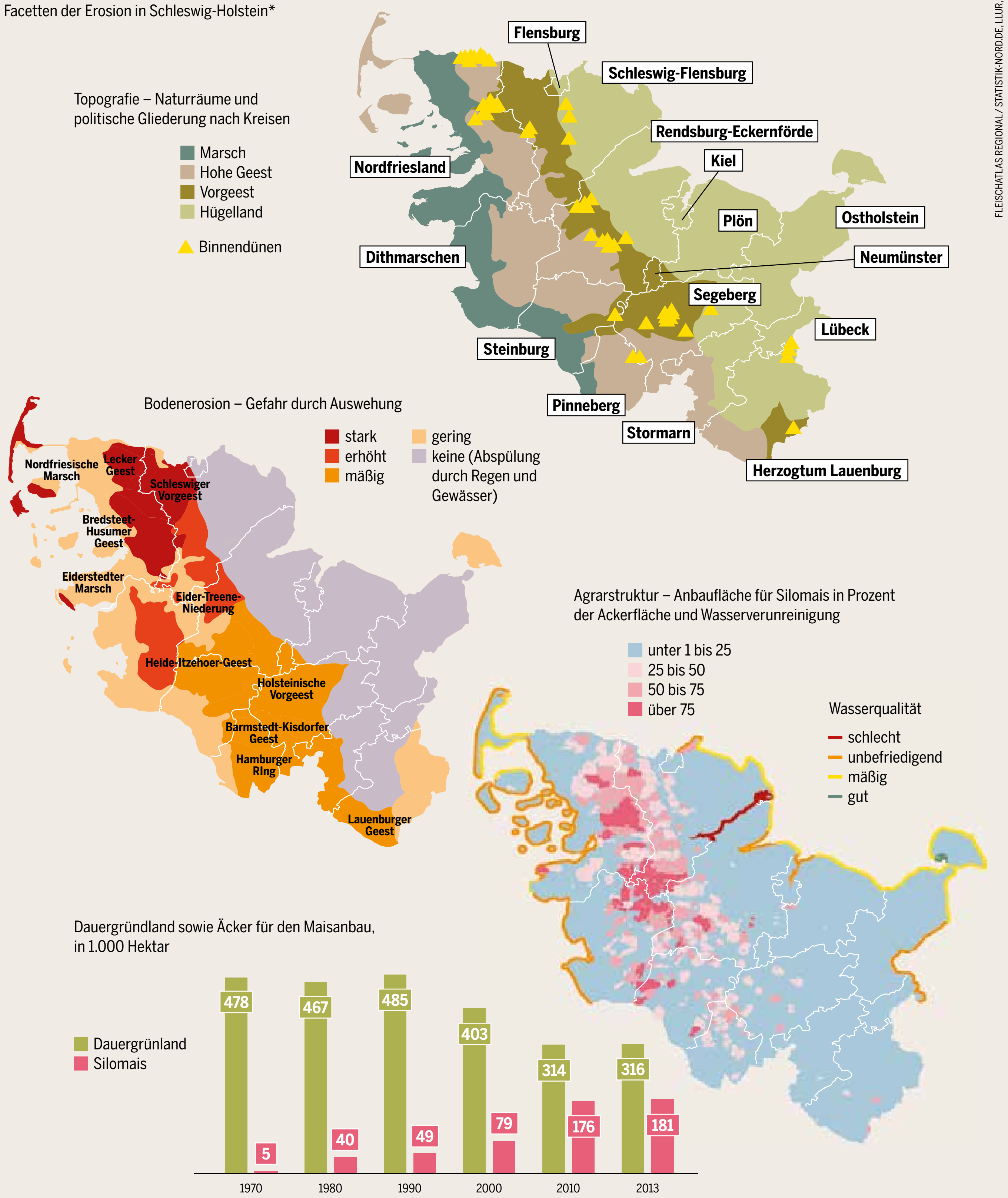
Negativ hat sich auch ausgewirkt, dass der Strom aus Biogasanlagen zu stabilen Preisen vergütet wird, auch wenn die Energie aus Maismonokulturen stammt. Zwar hat die letzte Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes den Zuwachs neuer Biogasanlagen auf Maisbasis praktisch beendet. Doch da waren die Auswirkungen auf die Böden bereits zu erkennen. Weil für Milch, Fleisch und erst recht für Produkte aus Ökolandbau keine Festpreise galten, konnten Biogasbetriebe zeitweilig mehr Pachtgeld und auch höhere Kaufpreise für Agrarflächen bieten.

Auch die Anwohnerschaft, die Tourismusbranche und Umweltschutzorganisationen begannen, sich über Maiswüsten zu empören und die Knicks zu retten. Hinzu kommt: Mais begünstigt Überdüngung, Nitratbelastungen im Grundwasser, einen rasanten Artenverlust und wiederum steigende Bodenerosion. Aktuell sinkt der Maisanbau in Schleswig-Holstein leicht – um 3 Prozent 2014 und geschätzte 5 Prozent 2015. Doch noch immer sind es über 165.000 Hektar. Bei der Verwertung sinkt der Biogasanteil und liegt aktuell bei 47 Prozent. Die Mehrheit der Flächen produziert also inzwischen für die Tröge der industriellen Massentierhaltung. Eine Weidehaltung mit Maß kann stattdessen ebenso ökologisch sinnvoll zum Bodenschutz beitragen wie eine Biogasanlage, die zum Beispiel Kleegras zu Strom und Wärme verarbeitet.

Die Intensivtierhaltung zählt zu den Hauptursachen für die Belastungen in den Gewässern des nördlichsten Bundeslandes – und damit auch in den Meeren vor seinen Küsten. Der Grad der Schädigung ist alarmierend: 15,9 Prozent der Wasserkörper im Ostseeküstenbereich und 3,6 Prozent der Wasserkörper im Küstenbereich der Nordsee sind bereits in – nach amtlicher Terminologie – „schlechtem" Zustand. Mit der EU-Wasserrahmenrichtlinie aus dem Jahr 2000 haben sich alle Mitgliedsstaaten verpflichtet, bis 2015 alle Grund-

SAND – AUS DEM BODEN IN DIE LUFT

Facetten der Erosion in Schleswig-Holstein*



* alle Darstellungen ohne Helgoland

wasservorkommen, das Wasser der Flüsse, der Seen und Küstengewässer der Nord- und Ostsee in einen „guten“ ökologischen Zustand zu überführen. Da die industrielle Tierhaltung und der intensive Ackerbau mit synthetischen Düngern und Pestiziden seither aber zugenommen haben und Umweltauflagen abgesenkt wurden, wird das Ziel verfehlt. Die Bundesregierung zieht daraus jedoch nicht die Konsequenz, der industriellen Landwirtschaft klare, bundesweit einheitliche Grenzen zu setzen, sondern zielt auf eine Verlängerung der Frist bis 2027.

WO DIE MEGASTÄLLE STEHEN

MECKLENBURG-VORPOMMERN: Die Massentierhaltung zeigt Folgen. Nitrate im Boden, Ammoniak in der Luft, kaum neue Arbeitsplätze – doch die Landesregierung fördert unverdrossen weiter.

Unzersiedelte Landschaften, eine lange Ostseeküste, kulturell interessante Städte, dazu zahlreiche Nationalparks und Biosphärenreservate – diese Mischung lockt Jahr für Jahr Hunderttausende Besucherinnen und Besucher in den Nordosten Deutschlands. Einen großen Teil seiner Attraktivität bezieht Mecklenburg-Vorpommern aus der Vielfalt seiner Äcker, Wiesen und Weiden mit Bauminseln, Hecken und Kleingewässern. Die landwirtschaftliche Nutzfläche umfasst rund 63 Prozent der Landesfläche.

Die weit weniger idyllische Seite der Landwirtschaft bilden die sehr großen, an wenigen Standorten konzentrierten Nutztierbestände. Zwar werden in anderen Bundesländern in absoluten Zahlen noch weit mehr Nutztiere gehalten. Die Mast- und Zuchtanlagen in Mecklenburg-Vorpommern gehören jedoch zu den größten Deutschlands. Über zwei Drittel aller Schweine entfielen 2014 auf Betriebe mit über 5.000 Tieren. Im Landesdurchschnitt sind es 4.700 Tiere je Betrieb. Selbst der Durchschnittswert von 1.280 Tieren pro Betrieb im „Schweineland" Niedersachsen wird deutlich übertroffen.

Zuschüsse für den Stallbau gehen meist an konventionelle Betriebe

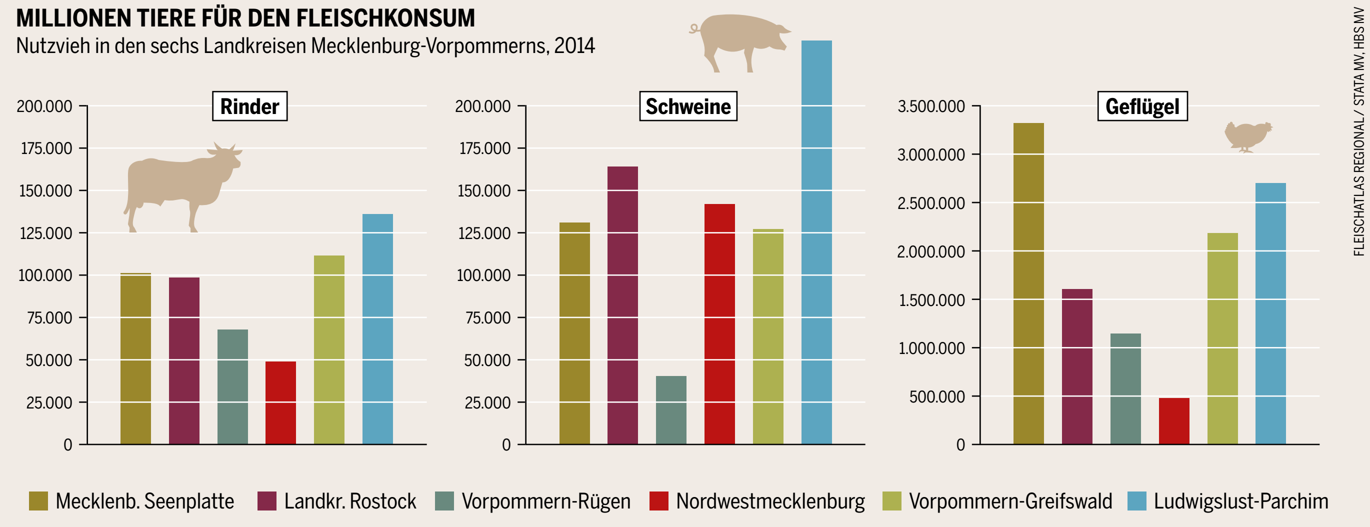
Eine der größten Ferkelfabriken Europas, die Anlage bei Alt Tellin im Landkreis Vorpommern-Greifswald, hat seit dem Jahr 2013 Platz für 10.458 Muttersauen mit jährlich ungefähr 250.000 Ferkeln. In der im gleichen Landkreis gelegenen Rindermastanlage Ferdinandshof stehen 18.000 Tiere. In Vorpommern-Rügen ist es Geflügel: In Bassin bei Grimmen werden 966.000 Hähnchen gemästet, in drei Nachbarorten zusammen noch einmal 216.000 Tiere. Ein weiteres Zentrum der industriellen Tierhaltung befindet sich in Banzkow südlich von Schwerin. Hier stehen vier Legehennenanlagen für insgesamt 479.950 Hühner.

Die Massentierhaltung auf engstem Raum wirkt sich negativ auf die Tiere, aber auch auf die Umwelt aus. So tragen gewaltige Mengen an Gülle und der Ammoniakausstoß der Anlagen dazu bei, Böden, Biotope, Grundwasser, Seen, Flüsse und Küstengewässer permanent mit Nitrat zu überdüngen. Obwohl in Mecklenburg-Vorpommern mittlerweile auf neun Prozent der Landwirtschaftsfläche ökologischer Landbau betrieben wird, ist das Grundwasser stark gefährdet: An fast jeder fünften der 260 Messstellen im Land wird der zulässige Grenzwert von 50 Milligramm je Liter überschritten.

In der Schweinemast- und Sauenanlage in Losten bei Bad Kleinen, eine der größten Anlagen in Mecklenburg-Vorpommern und in ganz Deutschland, stehen 34.400 Schweine. Bei voller Auslastung können hier jährlich bis zu 100 Millionen Liter Gülle anfallen. Diese gewaltige Menge muss auf Äckern und Grünland verteilt werden. Dass inzwischen ein Teil der Gülle in einer Biogasanlage in Energie umgewandelt wird, ändert nichts an der Tatsache, dass der Nitratgehalt des Grundwassers um die Ortschaft Losten herum seit vielen Jahren den Grenzwert überschreitet – aktuell um mehr als das Vierfache.

Dies ist allerdings keine neue Entwicklung. Bereits in der DDR lag hier ein Zentrum der indus-

MILLIONEN TIERE FÜR DEN FLEISCHKONSUM
Nutzvieh in den sechs Landkreisen Mecklenburg-Vorpommerns, 2014

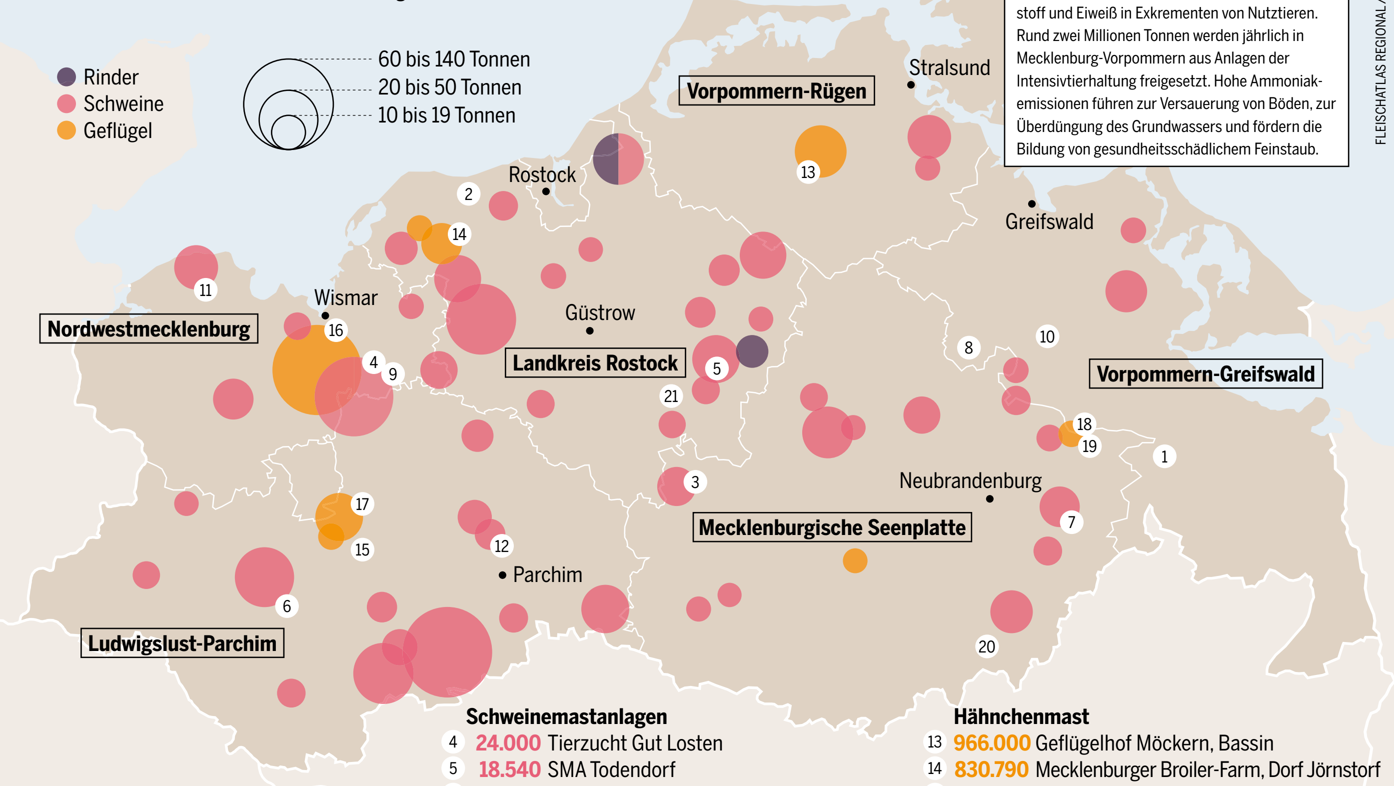


GROSSVIEH, GÜLLE UND GESTANK

Behördlich gemeldete Ammoniak-Emissionen aus Anlagen der Intensivtierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern, nur Betriebe ab 10 Tonnen/Jahr, 2012, und größte Tierhalter, 2014

Das stechend riechende Gas Ammoniak ist in Mecklenburg-Vorpommern der Luftschadstoff Nummer eins. Es entsteht beim Abbau von Harnstoff und Eiweiß in Exkrementen von Nutztieren. Rund zwei Millionen Tonnen werden jährlich in Mecklenburg-Vorpommern aus Anlagen der Intensivtierhaltung freigesetzt. Hohe Ammoniakemissionen führen zur Versauerung von Böden, zur Überdüngung des Grundwassers und fördern die Bildung von gesundheitsschädlichem Feinstaub.

FLEISCHATLAS REGIONAL / UBA, HBS MV



Drei größte Tierhaltungen nach Produktionsrichtungen und Zahl ihrer Tierplätze

Rindermast
1 **18.470** Agrar GmbH Gut Ferdinandshof
2 **4.500** Mühlenhof Agrar, Rethwisch
3 **2.500** Agrargesellschaft Hohen Wangelin

Schweinemastanlagen
4 **24.000** Tierzucht Gut Losten
5 **18.540** SMA Todendorf
6 **16.590** SMA Alt Zachun, Besendorf

Sauenanlagen
7 **19.140** Görtz Kublank
8 **10.458** Schweinezucht Alt Tellin
9 **10.385** Tierzucht Gut Losten

Schweinemast- und Sauenanlagen
10 **19.058** Schweineproduktion Brenkenhof, Medow
11 **11.935** Gut Bothmer Elmenhorst-Scheibler, Elmenhorst
12 **10.794** Quickhof, Herzberg/Woeten

Hähnchenmast
13 **966.000** Geflügelhof Möckern, Bassin
14 **830.790** Mecklenburger Broiler-Farm, Dorf Jörnstorf
15 **390.000** WeHaFri-Geflügelmast, Tramm

Legehennen
16 **255.360** Wimex, Groß Stieten
17 **251.700** Gutshof-Ei Banzkow (Wimex)
18 **235.774** Friedländer Imm.- u. Beteil.ges., Friedland

Junghennen
19 **329.984** wie 18
20 **78.000** Hof Gräpkenteich
21 **46.400** Landw.betr. D. Böckermann, Bergfeld

triellen Tierproduktion. Die deutsche Einheit, die Neuordnung der Agrarbetriebe sowie ungünstige Marktbedingungen führten zu einer Halbierung der Nutztierbestände. Politische Entscheidungen sollten diese Entwicklungen stoppen. So beschloss die damalige Regierungskoalition aus SPD und PDS im Jahr 1999, Landesflächen nur noch an Landwirtschaftsbetriebe zu verpachten, wenn diese in Tierhaltungsanlagen investieren.

Der beabsichtigte Zuwachs an Arbeitsplätzen blieb jedoch aus, denn heutige Nutztierställe mit Tausenden Tieren sind in weiten Teilen automatisiert und brauchen wenig Personal. Trotzdem setzten die Landesregierungen aus SPD und CDU ab 2006 die Förderung der industriellen Tierhaltung fort. Erhebliche Fördermittel aus dem sogenannten Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP) flossen in zahlreiche Großställe. Das AFP ist als deutschlandweites Förderinstrument seit 1997 in den neuen Bundesländern verfügbar. Zwischen 2007 und 2011 wurden damit in Mecklenburg-Vorpommern 935 Agrarunternehmen mit knapp 98 Millionen Euro insbesondere im Bereich des Stallbaus bezuschusst – und dies vor allem im konventionellen Bereich. Im Jahr 2010 flossen allein 12,7 Millionen Euro in Stallgebäude der Schweine- und Geflügelhaltung.

Die mehrheitlich in Landesbesitz befindliche Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH organisierte bei etlichen Großstallbauvorhaben die Fördermittel aus dem AFP und übernahm die Planungsverfahren, so zum Beispiel für zwei benachbarte Geflügelmastanlagen bei Klein Daberkow im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte mit jeweils 200.000 Mastplätzen. Erst im Jahr 2012 passte die Landesregierung ihre Förderkriterien an und setzte auf etwas mehr Tierschutz und ökologische Tierhaltung. Trotzdem werden Stallneubauten in der konventionellen Geflügel- oder Schweinehaltung unter bestimmten Umständen weiterhin gefördert.

Ein Ende der Förderung von Massentierhaltung ist nicht in Sicht. Immer weniger Tierhalter, dafür eine hohe Konzentration von Nutztieren in immer größeren Anlagen – das ist der Trend in Mecklenburg-Vorpommerns Landwirtschaft.

Das Land ist permanent überdüngt; vielerorts ist das Grundwasser stark belastet

GUTE NAHRUNG FÜR DIE STADT

HAMBURG, BREMEN, BERLIN: Die Stadtstaaten stellen für Biohöfe mit Fleisch-, Milch- oder Eiererzeugung einen großen Absatzmarkt dar. Zahlreiche Initiativen arbeiten daran, die urbane Kundschaft mit der regionalen Produktion zu vernetzen.

In Städten wurde traditionell mehr Fleisch gegessen als auf dem Land. Denn wer urban wohnt, verdient durchschnittlich mehr Geld, isst anders und mehr – vor allem tierische Produkte. Doch heute scheint sich dieses Verhältnis umzukehren. In der Schweiz zum Beispiel essen 46 Prozent der Landbevölkerung an fünf oder mehr Tagen pro Woche Fleisch – in der Stadt sind es nur 32 Prozent. In den deutschen Stadtstaaten liegen die monatlichen Ausgaben für Fleisch und Wurst unter denen in den Flächenländern. In den großen Städten steigt die Zahl der Vegetarier/innen und Veganer/innen. Einer Untersuchung zufolge ernährten sich 2010 bundesweit bereits 1,6 Prozent der Bevölkerung vegetarisch, in Berlin waren es mit drei Prozent fast doppelt so viele. Seither haben diese Zahlen deutlich zugenommen.

Viele kleine Erzeuger sind auf die Großstädte als Absatzmarkt angewiesen

Bremen, das sich seit Kurzem „BioStadt“ nennt, unterstützt schon seit Anfang 2010 den Veggiday und kombiniert Ernährung mit Klimazielen: Donnerstags wird in vielen Bremer Haushalten, Schulen, Kantinen und Restaurants ohne Fleisch gekocht. Wenn 550.000 Menschen 52 Tage im Jahr vegetarisch äßen, so die Initiatoren der Aktion, würde der Atmosphäre eine jährliche CO_2-Belastung von 40.000 Pkws pro Jahr erspart, rund 15 Prozent des Bremer Bestandes.

Der Biotrend ist besonders in Berlin sichtbar, auch beim Fleischkonsum. Nirgendwo in Europa ist er stärker als in der Bundeshauptstadt – mit 120 Bioläden, Bioabteilungen in ansonsten konventionellen Supermärkten sowie unzähligen gastronomischen Angeboten. Auch wenn bislang nur 15 bis 20 Prozent der Biolebensmittel aus dem Brandenburger Umland nach Berlin kommen, ist die Hauptstadtregion doch bemerkenswert innovativ. Es gibt zahlreiche Initiativen und Projekte, die mit gutem Beispiel vorangehen und bei der Erzeugung von Fleisch auf Umweltschutz, Tierwohl, direkte Beziehungen zwischen den Erzeuger/innen und Verbraucher/innen und die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe setzen.

Gleich mehrere Initiativen bieten die Möglichkeit, online zu bestellen und dabei auf anonymes Massenfleisch zu verzichten. Der Versandhandel „Meine kleine Farm“ versieht die Produkte mit Fotos der Tiere, aus denen sie hergestellt sind: im Freiland artgerecht gehalten und von Betrieben im Berliner Umland. Auch „MyCow“ setzt auf Tierwohl und arbeitet mit Höfen in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Bestellt werden können nur Pakete, die alle Teile der Kuh enthalten – denn Kühe bestehen eben nicht nur aus Steaks.

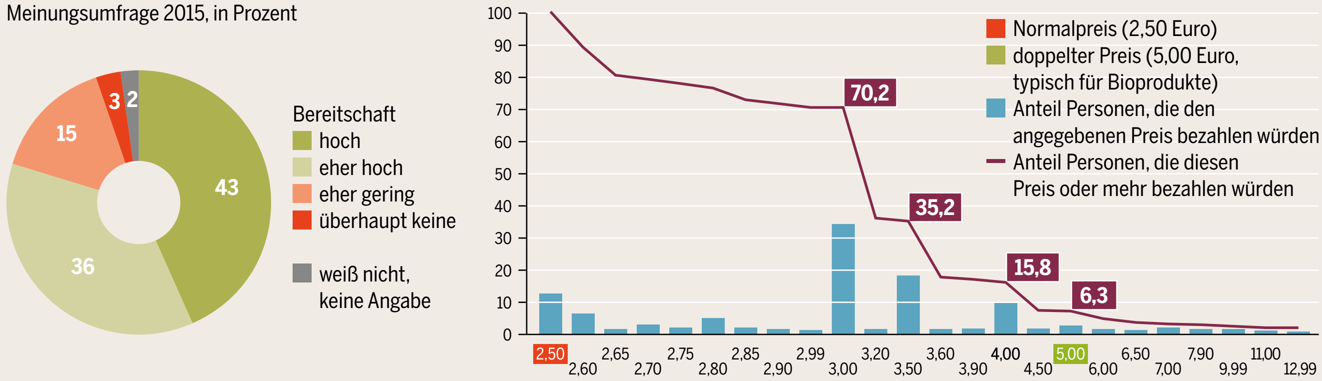
Von den meisten Onlineanbietern werden die bestellten Fleischprodukte direkt nach Hause geliefert. Bestellt werden kann also auch vom Land aus – doch das Gros der Kundschaft kommt aus Berlin. Bei der „Food Assembly“ kann Fleisch ebenfalls ohne Umwege und Zwischenhändler/innen bei Erzeuger/innen aus der Region geordert werden. Geliefert wird einmal pro Woche an eine von sechzehn Abholstellen in Berlin, wo sich Erzeuger/innen und Verbraucher/innen zur Übergabe der Ware persönlich treffen. In Berlin wie in Hamburg

HÖHERE PREISE FÜR DAS TIERWOHL

Bereitschaft und Grenzen, für Fleisch aus artgerechter Produktion mehr zu zahlen

Allgemeine positive Äußerung gegenüber einem Preisaufschlag für mehr Tierwohl, Meinungsumfrage 2015, in Prozent

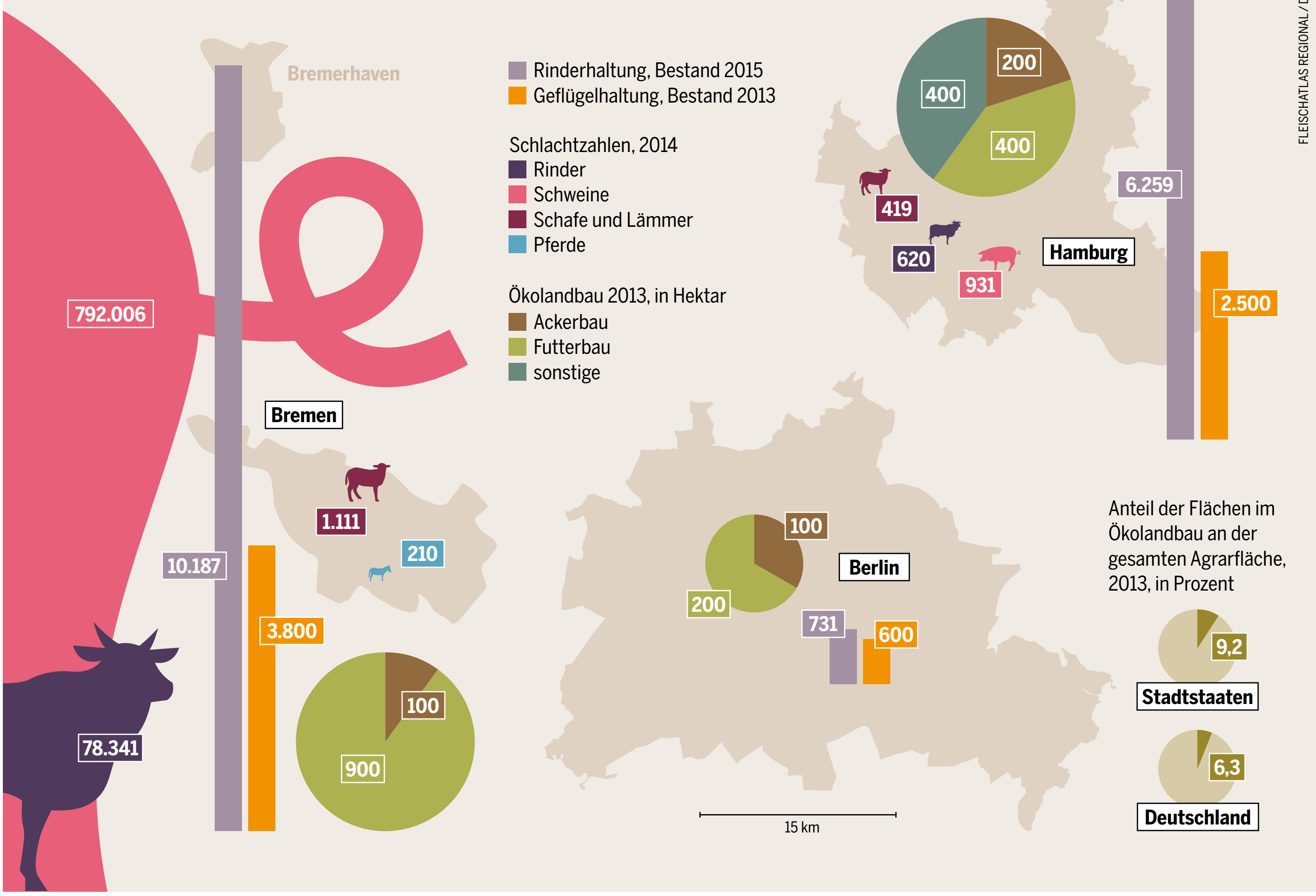
Spezielle Zahlungsbereitschaft für 250 Gramm Kotelett mit einem Tierwohl-Label, Analyse 2015, in Prozent und Euro



FLEISCHATLAS REGIONAL / BMEL

WENIG VIEH UND KLEINE FLÄCHEN

Stadtstaaten im Überblick: Zahl der Nutz- und Schlachttiere sowie Anbauflächen der Ökobetriebe



FLEISCHATLAS REGIONAL / DESTATIS

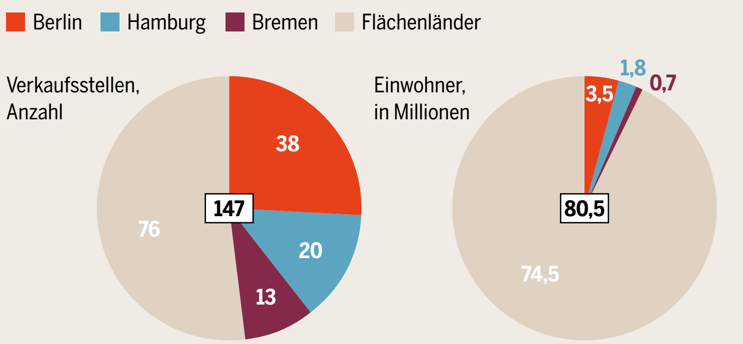
und Bremen dienen auch die Wochenmärkte als Einkaufsmöglichkeit. An Weser und Elbe bietet „Cuxland Pur“ Wurst- und Fleischwaren aus eigene Schlachtung von Tieren an, die der Familienbetrieb von Biobauern und -bäuerinnen aus der Region bezieht.

Eine weitere Alternative zum Fleisch aus Massentierhaltung ist die „Solidarische Landwirtschaft“ (SoLaWi). In ihr verpflichten sich die Verbraucher/innen, über einen längeren Zeitraum an einen Hof in der Region feste Beiträge zu zahlen. Sie erhalten dafür einen bestimmten Anteil der dort erzeugten Nahrungsmittel. Mit SoLaWis können Erzeuger/innen weitgehend unabhängig von Marktzwängen und Subventionen wirtschaften, das Wohl der Tiere beachten und Ressourcen schonen. Verbraucher/innen wiederum wissen genau, wo und wie ihre Nahrungsmittel erzeugt werden. Neben Gemüse erzeugen einige SoLaWis auch Fleisch, so auf dem Kattendorfer Hof bei Hamburg. In dieser nach Demeter-Richtlinien arbeitenden Betriebsgemeinschaft erhalten die Mitglieder jede Woche ihren Ernteanteil an Gemüse, Milch- und Milchprodukten und eben auch an Fleisch und Fleischwaren.

Um ein breites Spektrum an Akteuren des Ernährungssystems zusammenzubringen, haben sich mancherorts „Food Policy Councils“, zu deutsch „Ernährungsräte“, gebildet. Im angelsächsischen Raum gibt es sie etwa in New York, Toronto, London und Bristol; in Berlin befindet sich einer im Aufbau. Solche Ernährungsräte vernetzen Stadt und Land und formulieren Visionen und Forderungen für eine zukunftsfähige Ernährung und Landwirtschaft. Durch die Vielzahl der Beteiligten können sie sich auch zu einer Plattform für die alternative Fleischerzeugung entwickeln.

EIN INDIKATOR FÜR STÄDTISCHE NACHFRAGE

Zahl der Verkaufsstellen für Neuland*-Fleischprodukte, nach Stadtstaaten und Flächenländern, sowie Einwohnerzahlen im Vergleich



* Siegel für „Qualitätsfleisch aus besonders artgerechter und umweltschonender Tierhaltung“ (Eigendarstellung), Kriterien weniger strikt als für das EU-Bio-Siegel.

FLEISCHATLAS REGIONAL / NEULAND-FLEISCH.DE

IM HEIMATLAND DER MASTBETRIEBE

NIEDERSACHSEN: Die Ernährungsindustrie verlangt große Betriebe – und bekommt sie auch. Nicht nur große Stallanlagen, sondern auch die Produktion von Kartoffeln, Zuckerrüben und Mais prägt die Landschaft.

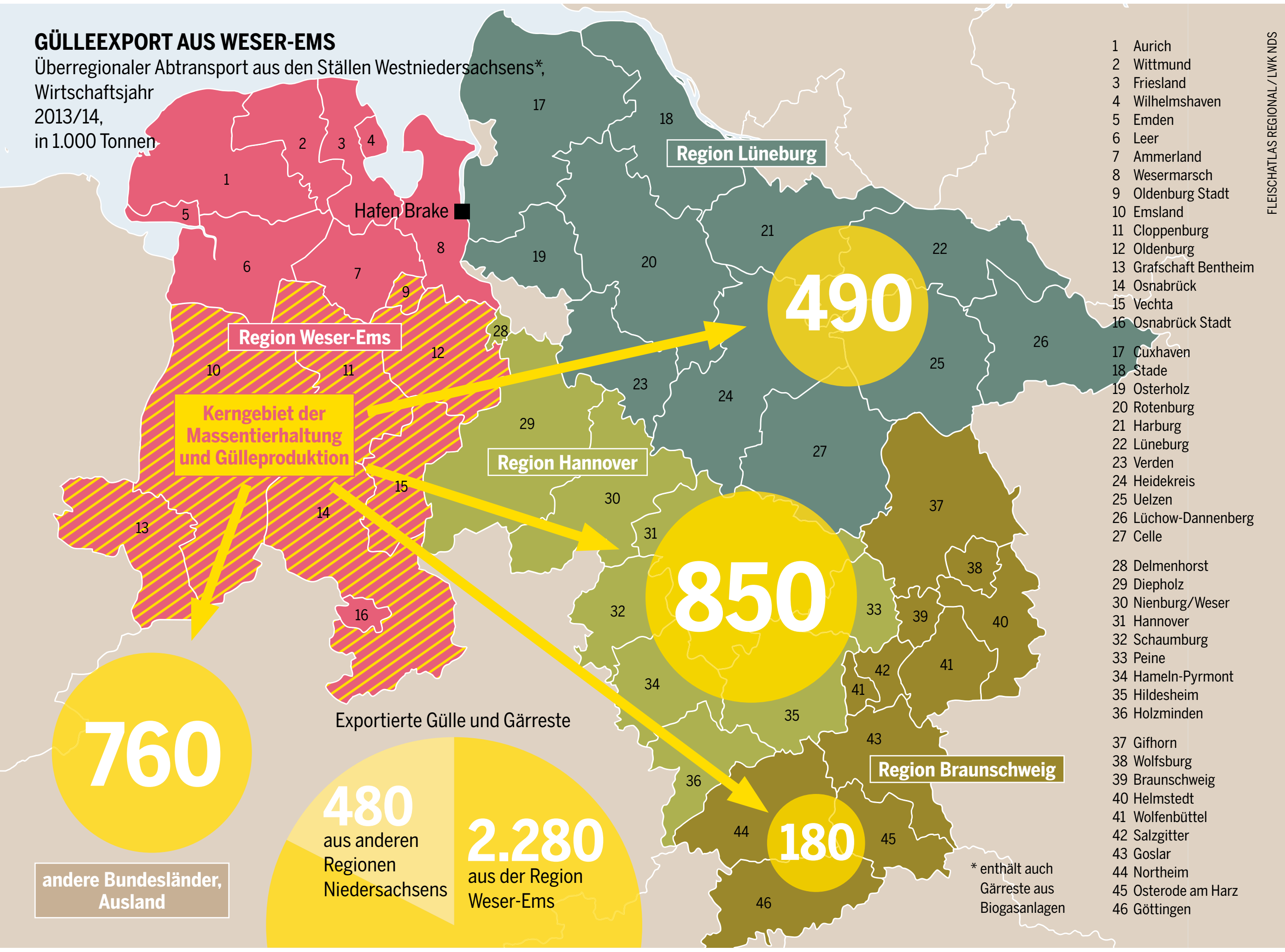
In Wietze bei Celle steht der größte europäische Geflügelschlachthof

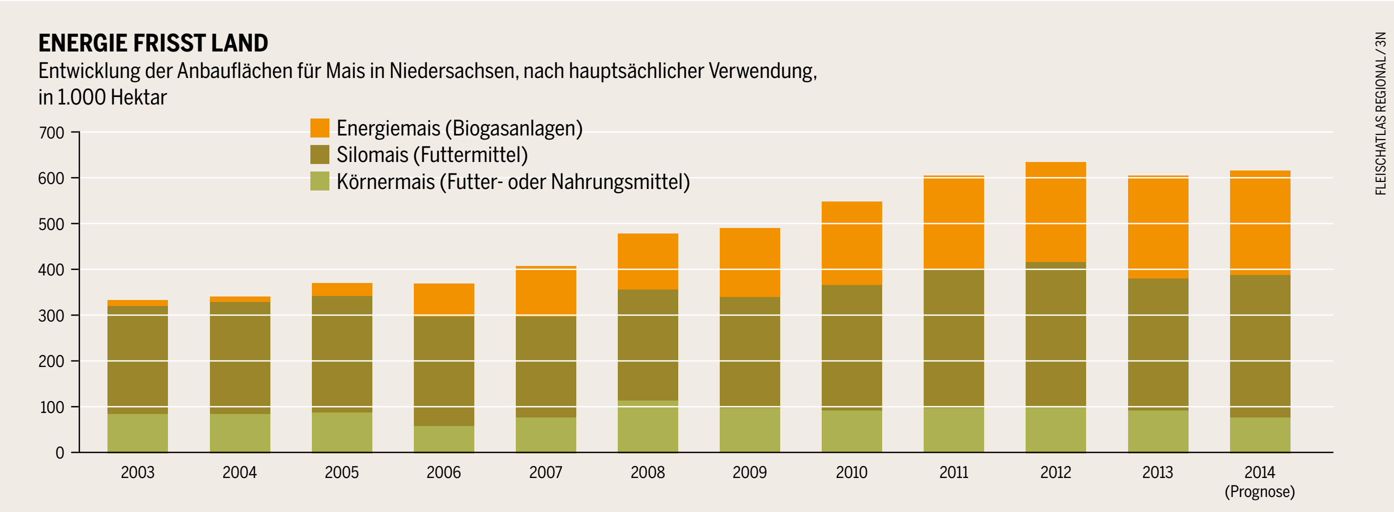
In Niedersachsen liegen nur 15,5 Prozent der Flächen, die in Deutschland landwirtschaftlich genutzt werden. Und doch gilt Niedersachsen als Agrarland Nummer eins. Die Ausbeute macht's, und dies vor allem bei der Erzeugung tierischer Produkte. Zwei Drittel aller Masthühner und -hähne, fast 40 Prozent der Legehennen, aber auch mehr als 45 Prozent aller in Deutschland erzeugten Kartoffeln kommen aus Niedersachsen.

Die Produktionsleistung hat in den letzten 20 Jahren fast zu einer Vervierfachung der Ausfuhr von Gütern der Ernährungsindustrie aus Niedersachsen geführt. Die Landwirtschaft ist breit aufgestellt und hat sich je nach Region auf verschiedene Produkte spezialisiert. Der Süden um Hannover, Hildesheim und Göttingen verfügt über Böden, die gut für den Anbau von Getreide, Raps und Zuckerrüben geeignet sind. Im Heidegebiet mit seinen leichten Böden wachsen die sogenannten Heidekartoffeln. In den an Grünland reichen küstennahen Gebieten wie Wesermarsch und Ostfriesland wird vor allem Milch erzeugt.

In der Weser-Ems-Region liegt das Zentrum der niedersächsischen Fleischproduktion. Hier werden die meisten der fast 65 Millionen Masthühner und 9 Millionen Schweine gehalten. Für den Arbeitsmarkt ist die Tierhaltung besonders in den Kreisen Cloppenburg, Oldenburg und Emsland von erheblicher Bedeutung. Die Arbeitslosenquote von unter fünf Prozent im Landkreis Vechta geht auch auf die dortige Ernährungsindustrie zurück.

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist derweil stark zurückgegangen. Von rund 210.000 Höfen im Jahr 1960 werden heute nur noch ungefähr 38.000 bewirtschaftet. Aktuell schrumpft die Zahl der Betriebe, die weniger als hundert Hektar bewirtschaften; nur darüber steigt sie. Immer we-





niger Landwirte und Landwirtinnen halten Tiere, doch steigt die Anzahl der Tiere pro Betrieb. Ursachen dieser Entwicklung sind die betriebswirtschaftlichen Größenvorteile. Die Agrarunternehmen können zum Beispiel Betriebsmittel billiger einkaufen, und die Bodenbearbeitung großer, zusammenhängender Flächen ist effizienter. Verstärkt werden diese allgemeinen Trends durch die aktiven Forderungen der Ernährungsindustrie nach Uniformität und Mindestmengen bei der Anlieferung. Das führt zu höheren Mindestmengen bei den Mastbeständen. Die Förderung der EU durch ihre Flächenprämien begünstigt diesen Prozess noch. Denn wer viele Flächen bewirtschaftet, erhält deswegen auch viel Geld.

Das Ergebnis: In Ackerbauregionen wie Südniedersachsen wachsen die Betriebsgrößen, in Regionen mit Fleischproduktion die Tierbestände – und die Ställe werden immer größer. Die niedersächsische Schweinefleischproduktion übersteigt bereits seit 2005 den heimischen Verbrauch. Inzwischen werden Fleisch und Fleischwaren in rund 125 Länder weltweit exportiert. Es entstehen neue Verarbeitungsanlagen, etwa die der Celler Land Frischgeflügel GmbH. Sie gehört zur im Emsland ansässigen Rothkötter Unternehmensgruppe. An ihrem Standort Wietze ging 2011 der größte Geflügelschlachthof Europas in Betrieb – mit einer genehmigten Schlachtkapazität von über 400.000 Tieren täglich und mit Zulieferern, die über Hunderte von Quadratkilometern verstreut sind.

Tiere brauchen Nahrung. Die Maispflanze ist wegen ihres hohen Flächenertrags bei Futtermittelbetrieben beliebt. Zusätzlich verträgt sie eine großzügige Düngung mit Gülle, die es im Masttierland Niedersachsen im Überfluss gibt: Im Weser-Ems-Raum und insbesondere in den Landkreisen Cloppenburg, Emsland und Vechta fehlen nach dem Nährstoffbericht 2014 allein 65.000 Hektar, um den Phosphorüberschuss in Gülle und Gärresten fachgerecht auszubringen.

Zeitgleich zur steigenden Nachfrage nach Futtermitteln wird Mais vielfach als Biomasse für die Energiegewinnung eingesetzt. So wurden bislang jährlich große Flächen für den Maisanbau genutzt, oft durch Flächenumwandlung von Grünland. Seit 2015 ist dies zwar offiziell stark eingeschränkt, aber es gibt Schlupflöcher.

Nicht die Pflanze Mais ist dabei das Problem, sondern ihr Anbau in Monokultur. Die starke Düngung mit Gülle belastet Böden und Gewässer. Monokulturen verringern die landschaftliche Vielfalt und damit auch den Lebensraum für Wildtiere. Der heimische Anbau von Futtermitteln reicht dabei nicht aus, um die rund 360 Millionen Masttiere – Rinder, Schweine, Geflügel – satt zu machen.

Brake, ein kleiner Ort an der Weser, beherbergt Europas führenden Importhafen für Futtermittel – weiteres Wachstum ist geplant. Der größte Teil der fast sieben Millionen Tonnen Sojaprodukte, die jährlich nach Deutschland importiert werden, gelangt über Brake in die Futtertröge der Massentierhaltung in der Weser-Ems-Region. Auch Sojabohnen werden in Monokultur angebaut. Der Hunger der niedersächsischen Tiere belastet daher nicht nur die eigene Natur, sondern auch die in den anderen Ländern, aus denen ihr Futter kommt.

Unter fünf Prozent Arbeitslose im Kreis Vechta – die Fleischindustrie expandiert



LEBEN IM STILLSTAND

SACHSEN-ANHALT: Das Bundesland meldet erste Erfolge im Kampf gegen die grausame und wenig bekannte Sauenhaltung zur Ferkelzucht. Mehr als ein Drittel ihres Lebens stehen die Tiere fast unbeweglich in engen Kästen und Körben. Das soll sich jetzt ändern.

Im November 2014 sprach der Landkreis Jerichower Land in Sachsen-Anhalt ein bundesweit geltendes Schweinehaltungs- und Betreuungsverbot gegen die Person des Schweinezüchters Adrianus Straathof aus. Im Januar 2015 folgte auch ein Tierhaltungs- und Betreuungsverbot gegen den Sauen haltenden Straathof-Betrieb Glava GmbH in Gladau im Jerichower Land. Dramatische und anhaltende tierschutzrechtliche Verstöße wie zu enge Kastenstände, nicht ausreichendes Trinkwasser und nicht behandelte Verletzungen hatten bei den Tieren zu Schmerzen und Leid geführt.

Verbote der Schweinehaltung gegen so große Züchter sind bisher einzigartig

Das Verbot gegen einen Schweinehalter in dieser Größenordnung war und ist in Deutschland einzigartig. Die Straathof-Unternehmensgruppe produziert deutschlandweit 1,2 Millionen Ferkel pro Jahr. Der Bestand in Gladau mit rund 70.000 Tieren musste im August 2015 aufgelöst werden. Der Standort wird allerdings inzwischen erneut zur Fleischproduktion genutzt.

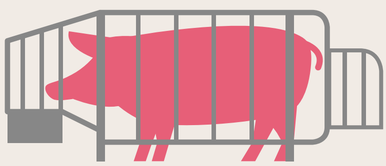
Durch diese Fälle wuchs die Aufmerksamkeit für einen der grausamsten und zu wenig beachteten Bereiche der Tierhaltung: die Sauenhaltung beziehungsweise sogenannte Ferkelproduktion. Eine Zuchtsau wirft bis zu zweieinhalb Mal pro Jahr durchschnittlich 35 Ferkel, von denen rund 30 überleben. Mit der Begründung, die Trächtigkeit nach der Besamung möglichst optimal zu gestalten, muss die Sau vier Wochen nach der Besamung im Kastenstand bleiben. Vor dem Abferkeln muss die Sau erneut in einen Käfig, den „Ferkelschutzkorb“, um ihre Jungen nicht zu erdrücken. So verbringt sie einschließlich der Zeit im Deckzentrum rund fünf Monate im Jahr in enger und monotoner Einzelhaltung.

Im Fall Straathof waren die Kastenstände im Deckzentrum nicht so beschaffen, dass die Sauen in Seitenlage ungehindert und verletzungsfrei ihre Beine ausstrecken konnten, so wie es die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung verlangt. Die Schweine mussten ihre Beine entweder angewinkelt an den Körper drücken oder unter den Gitterstäben hindurch in den Kastenstand der Nachbarsau ausstrecken, sodass sich die Sauen gegenseitig traten. Auch kam es zu Verletzungen. Enthüllungen über andere Anlagen in Sachsen-Anhalt – etwa die der Gut Klein Wanzleben Schweinezucht im Landkreis Börde oder in den Ställen der Saza GmbH in Großkayna im Saalekreis – zeigen, dass Missstände in der Sauenhaltung keine Einzelfälle sind.

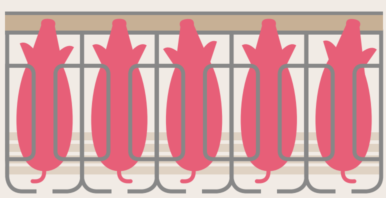
Das lässt sich auch darauf zurückführen, dass die Kontrollen der Anlagen häufig ungenügend sind. Es gibt zu wenige Kontrolleure, und es ist nur zu einleuchtend, dass bei manchen Kreisbehörden gerade gegenüber wirtschaftlich wichtigen Großbetrieben eine gewisse Nachsicht herrschen kann. Die rechtliche Grundlage zu den Kastenständen ist eigentlich eindeutig. Doch die kontrollierenden Behörden bezogen sich auf ein Handbuch, in dem ein Mindestmaß von 70 Zentimetern Breite für die Kastenstände empfohlen wird. Unzulässigerweise wurde die Empfehlung des Handbuchs als fester Wert interpretiert. Dabei kann sich eine Sau, die höher als 70 Zentimeter ist, in einem Kastenstand mit ebendieser Breite nicht ausstrecken. Die Tiere sind naturgemäß unterschiedlich groß und benötigen unterschiedlich breite Kastenstände. Aus diesem Grund hatte der Landtag auf Betreiben der Bündnisgrünen im Juli 2014 Initiativen beschlossen, um die qualvolle Enge in Kastenständen zu beenden.

Inzwischen ist mit der falschen Auslegung zur Breite von Kastenständen Schluss. Denn im

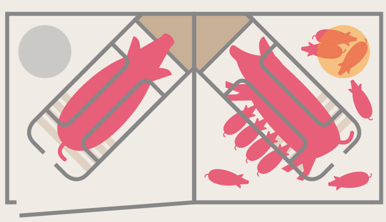
EIN SCHWEINELEBEN
Sauenhaltung und Ferkelproduktion im Kastenstand



Eingezwängt
Zur künstlichen Besamung – erstmals mit sieben Monaten – kommt die Sau im Deckzentrum in einen Metallkäfig. Zuchtsäue sind ungefähr 114 Tage trächtig.



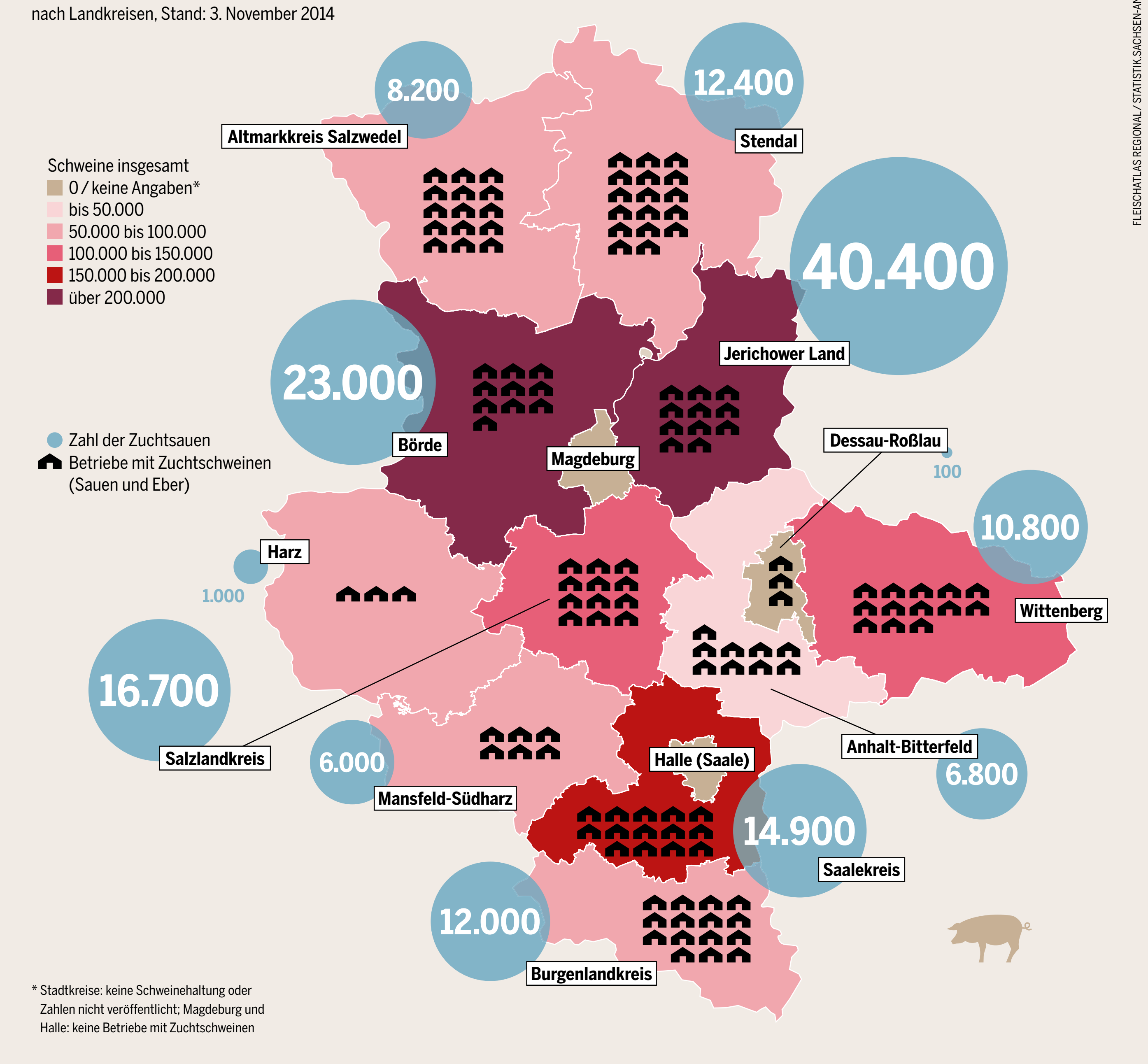
Warten dicht an dicht
Vier Wochen lang stehen, liegen und fressen sie auf Spaltenböden, ohne sich drehen zu können und sind beschäftigungslos. Selbst der Freigang zum Saubermachen entfällt.



Umzug zum Abferkeln
Eine Woche vor dem Abferkeln muss das Muttertier in den „Ferkelschutzkorb“. Es kann dort kaum mehr als säugen – mit der Begründung, so weniger Ferkel zu erdrücken.

FLEISCHATLAS REGIONAL / STOCKMAR

SCHWEINEZUCHT IN SACHSEN-ANHALT
Tierbestand, darin Zahl der Zuchtsauen sowie Betriebe mit Zuchtschweinen nach Landkreisen, Stand: 3. November 2014



November 2015 hat das Oberverwaltungsgericht Magdeburg entschieden, dass die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung im Wortsinn ohne Interpretationsspielräume umgesetzt werden muss. Diese Entscheidung wird bundesweit wegweisend sein und bedeutet einen Durchbruch für mehr Tierschutz.

Es wird sich zukünftig in deutschen Sauenhaltungen viel ändern, und die Tiere werden mehr Platz bekommen – wenigstens das. Das wird wirtschaftliche Folgen haben und hoffentlich ein weiterer Schritt zur Abkehr von der industriellen Tierhaltung sein. Ausgehend von der Debatte in Sachsen-Anhalt wird mittlerweile bundesweit über Kastenstände in Deckzentren diskutiert, und in der Praxis werden diese zum Teil breiter, ganz abgebaut oder nur noch wenige Tage nach der Besamung eingesetzt. Tierschutzorganisationen und Grüne fordern, sie komplett abzuschaffen. Neue Regelungen zur artgerechten Haltung von Nutztieren wie mehr Platz im Stall, Auslauf- und Weidegebot, ausreichend Beschäftigungsmaterial und das ausnahmslose Verbot des Kupierens von Körperteilen müssen rechtlich verankert werden.

Würde eine verbindliche Kennzeichnung zu den Tierhaltungsbedingungen – so wie seit rund zehn Jahren bei den Eiern – bei allen tierischen Lebensmitteln eingeführt, könnten sich die Verbraucherinnen und Verbraucher bewusst für mehr Tierschutz entscheiden. Wenn eine informierte Kundschaft bereit ist, dafür höhere Preise zu bezahlen, entsteht bei den Erzeugern ein wirtschaftlicher Anreiz für Verbesserungen.

Kastenstände müssen komplett abgeschafft werden: Die Tiere brauchen mehr Platz

AUF SAND GEBAUT

BRANDENBURG: Die Landesregierung setzt auf immer mehr Mastbetriebe. Doch der Widerstand formiert sich. Bürgerinitiativen betreiben bereits ein Volksbegehren – und erwarten schon den Volksentscheid.

Investoren aus dem Westen flüchten vor höheren Umweltauflagen daheim

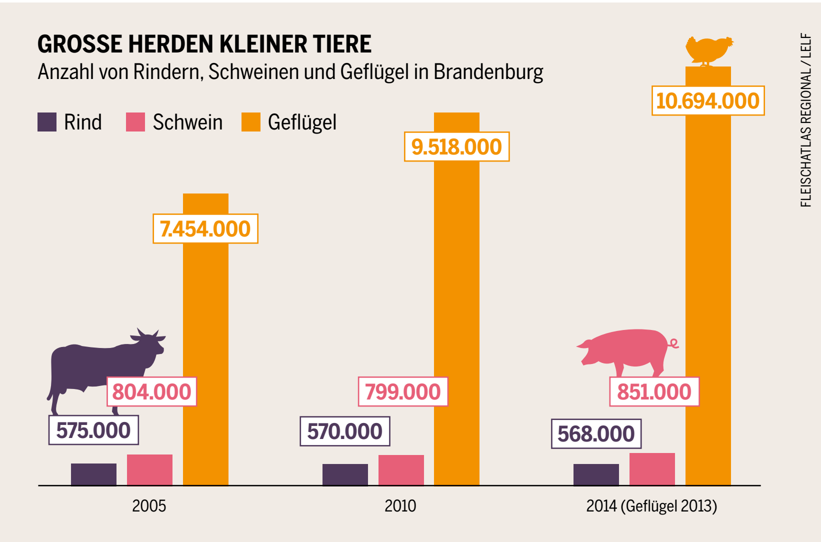
Fleisch wird in Brandenburg groß geschrieben. Wer im Restaurant ein fleischloses Gericht verzehren möchte, muss sich häufig mit „Gemüse- und Sättigungsbeilage" begnügen. Vegetarische Gerichte sind am ehesten in touristischen Regionen wie Potsdam, Rheinsberg oder dem Spreewald zu finden – die meisten Einheimischen wollen Fleisch.

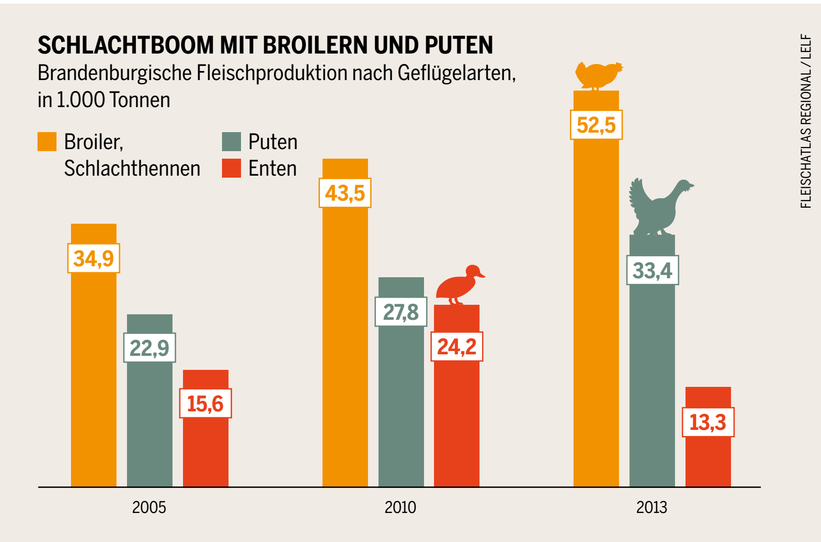
Das kommt auch in Brandenburg überwiegend aus Mastanlagen. Auf den knapp 30.000 Quadratkilometern Landesfläche werden zwar nicht überdurchschnittlich viele Nutztiere gehalten – die Tierdichte liegt knapp bei der Hälfte des bundesweiten Durchschnitts –, doch bei den Betriebsgrößen und damit bei der Massentierhaltung liegt Brandenburg bundesweit auf den Spitzenplätzen: Bei der Rinderhaltung stand das Land 2010 mit durchschnittlich 216 Tieren pro Betrieb auf Platz zwei hinter Mecklenburg-Vorpommern (263/Bundesschnitt: 87), bei der Schweinehaltung mit 1.125 auf Platz drei (Bundesschnitt: 459) und bei der Hühnerhaltung mit 7.853 Tieren auf Platz vier (Bundesschnitt: 2.132).

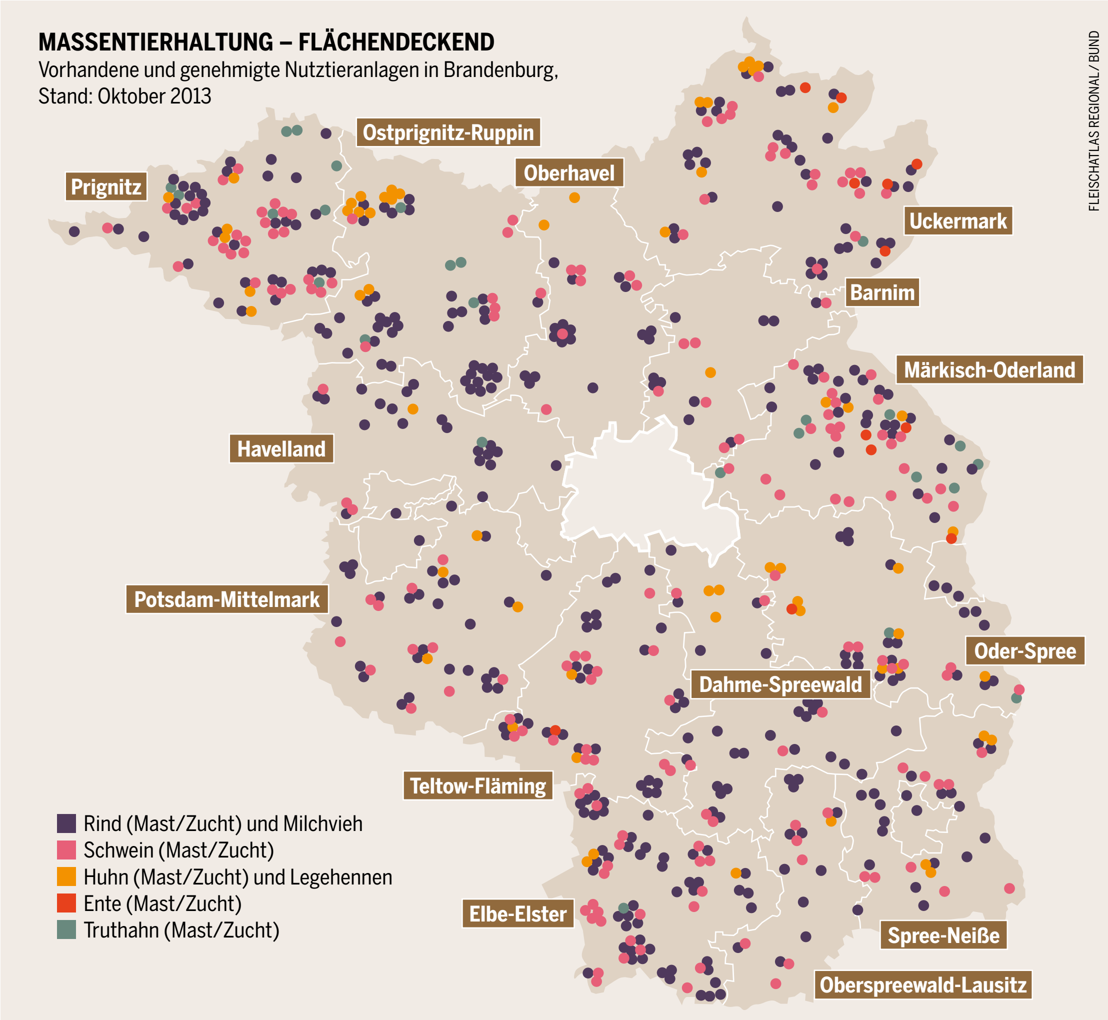
Während der Rinderbestand seit 2005 nahezu konstant blieb und die Zahl der Schweine schwankt, boomt die Produktion von Hähnchen (Broilern). Zwischen 2010 und 2013 stieg sie um 21 Prozent. Seien es Milchkühe, Zuchtferkel oder Legehennen – zu den insgesamt 14 Millionen Tieren, die in Brandenburg in 664 Nutztieranlagen gehalten werden, sollen in den kommenden Jahren noch einige hinzukommen. Ende 2014 waren 18 neue Anlagen bereits genehmigt, zwölf weitere beantragt. Vor allem die Hähnchenmast, wo es derzeit rund 6,6 Millionen Plätze gibt, boomt. Im Potsdamer Landwirtschaftsministerium wird in naher Zukunft ein Anstieg auf acht Millionen Mastplätze erwartet.

Die Landesregierung aus SPD und Linken unterstützt die Entwicklung. Brandenburg brauche mehr Nutztiere, findet Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD), ein gelernter Agrarwissenschaftler. Die Böden der märkischen Streusandbüchse seien schlecht und die Arbeitsplätze würden gebraucht. Woidke weiß sich dabei mit dem Landesbauernverband einig: Mit Ackerbau alleine könnten die Landwirte nicht überleben.

Entgegen kommt der Politik, dass Investoren aus den Niederlanden, aber auch aus Niedersachsen, neue Produktionsstandorte in Ostdeutschland suchen. Denn in ihren Heimatregionen werden die Umweltauflagen verschärft. Zudem sind riesige Schlachthöfe entstanden, die jetzt ausgelastet werden müssen. So investiert der Geflügelproduzent Rothkötter aus dem niedersächsischen Meppen in eine Hähnchenmastanlage mit 380.000 Plätzen in Wittstock (Ostprignitz-Ruppin), um Überkapazitäten in seinem Schlachthof in Wietze bei Celle abzubauen. Der niederländisch-belgische Fleischkonzern Plukon betreibt große Schlachthöfe in Brenz (Landkreis Ludwigslust-Parchim in Mecklenburg-Vorpommern) und in Storkow (Landkreis Oder-Spree), zu dessen Auslastung neue Mastanlagen gebraucht werden. Eng verbunden mit Plukon ist etwa das niederländische Unternehmen Agrifirm, das in der Prignitzgemeinde Gumtow zwei Hähnchenmastanlagen mit insgesamt 400.000 Mastplätzen bauen will. Zwei Vollarbeitsplätze sollen dadurch entstehen.





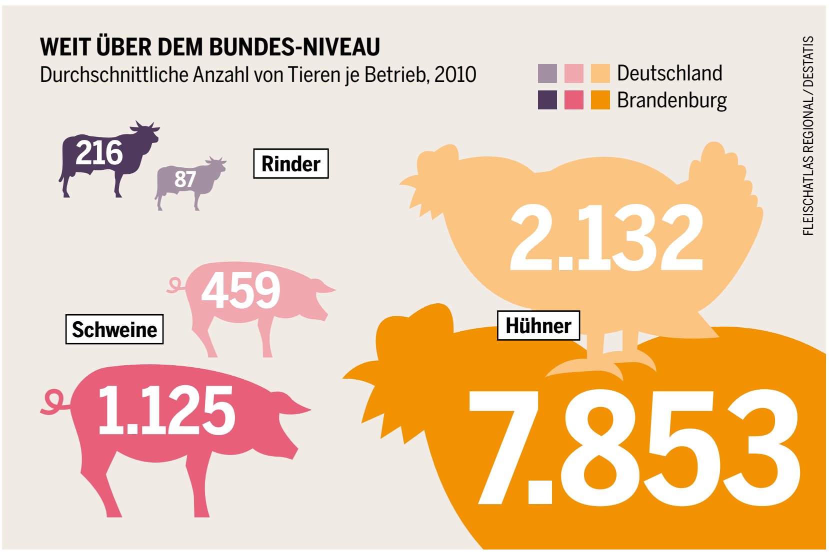


Der landesweit größte Schweinemastbetrieb mit insgesamt 62.000 Tieren steht in Tornitz bei Vetschau im südbrandenburgischen Landkreis Oberspreewald-Lausitz. Das Unternehmen Bolart GmbH, das dort 160 Leute beschäftigt, will den Betrieb auf knapp 80.000 Plätze erweitern. Ungefähr genauso viele Tiere wollte ursprünglich der niederländische Unternehmer Harry van Gennip in der Gemeinde Haßleben in der Uckermark schlachtreif mästen. Doch ein Teil der Anwohner wehrte sich. Denn der Ort weiß, was Massentierhaltung bedeuten kann. Von 1978 bis 1991 stand dort eine der größten Schweinemastanlagen der DDR mit 136.000 Tieren. Die Böden waren von Gülle, Desinfektionsmitteln und Medikamentenresten verseucht, die Seen in der Umgebung kippten um. Die ganze Gegend stank.

Das Dorf war gespalten, als die Pläne des Niederländers bekannt wurden. Die einen hofften auf neue Jobs, die anderen fürchteten um ihre Gesundheit. Eine Bürgerinitiative versuchte das Vorhaben zu verhindern. Nicht ganz vergeblich: Die Landesbehörden genehmigten nur eine verkleinerte Anlage mit 36.000 Mastplätzen. Zehn Arbeitsplätze sollen entstehen.

Widerstand gegen Massentierhaltung regt sich mittlerweile im ganzen Land. Bürgerinitiativen versuchen die Projekte zu verhindern. 2014 hat sich das Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg gegründet. Mit einer Volksinitiative gegen Massentierhaltung mit 34.000 Unterschriften ist das Bündnis im Landtag abgeblitzt. Nun versucht sie, die Landesregierung über ein Volksbegehren zum Handeln zu bewegen. 80.000 Unterschriften sind dafür erforderlich. Gelingt dies und lehnt das Parlament erneut ab, kommt es zur Volksabstimmung. ●

Die neuen Großschlachthöfe sind nicht ausgelastet und brauchen Zulieferer



MENSCHEN, TIERE, IMMISSIONEN

NORDRHEIN-WESTFALEN: Zwischen Rur und Weser leiden Böden und Gewässer, durch die Tiermast belastet. Die Schweinehaltung dominiert in Westfalen, Mais als Futtermittel wächst im Rheinland. Hinzu kommen die Soja-Importe aus Übersee.

Nordrhein-Westfalen ist neben den Stadtstaaten das deutsche Bundesland mit der höchsten Bevölkerungsdichte. 17,6 Millionen Menschen leben hier auf 3,4 Millionen Hektar. Die Hälfte dieser Fläche wird für den Anbau von pflanzlichen Lebens- und Futtermitteln oder für Viehhaltung, zur Gewinnung von Fleisch, Milch und Eiern genutzt. Besonders hoch ist der Anteil der Intensivtierhaltung im Münsterland und in Teilen des Niederrheins. Hinzu kommt, dass mit „Tönnies" und „Westfleisch" zwei der größten deutschen Schlachtbetriebe in Nordrhein-Westfalen zu finden sind.

In NRW ist die halbe Landwirtschaft auf Fleischerzeugung ausgerichtet

Die hier produzierten Lebensmittel ernähren auch andere Teile Deutschlands, Europas und der Welt. Umgekehrt müssen Lebensmittel importiert werden, um die Bürgerinnen und Bürger im Bundesland zu versorgen. Um den Konsum von Nahrung und anderen Agrarprodukten in NRW zu decken, bedarf es derzeit 5,4 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Fläche. Das ist etwa das 1,6-Fache der gesamten Landesfläche und 3,7-mal so viel Fläche, wie sich in NRW für die landwirtschaftliche Nutzung eignet.

Um zu möglichst geringen Kosten zu produzieren, vergrößern Mastbetriebe zunehmend ihren Viehbestand. In NRW, wo etwa die Hälfte des landwirtschaftlichen Produktionswertes durch Nutztierhaltung erzielt wird, ist dieser Trend besonders gut zu beobachten. Die kleinen Tierbestände nehmen ab.

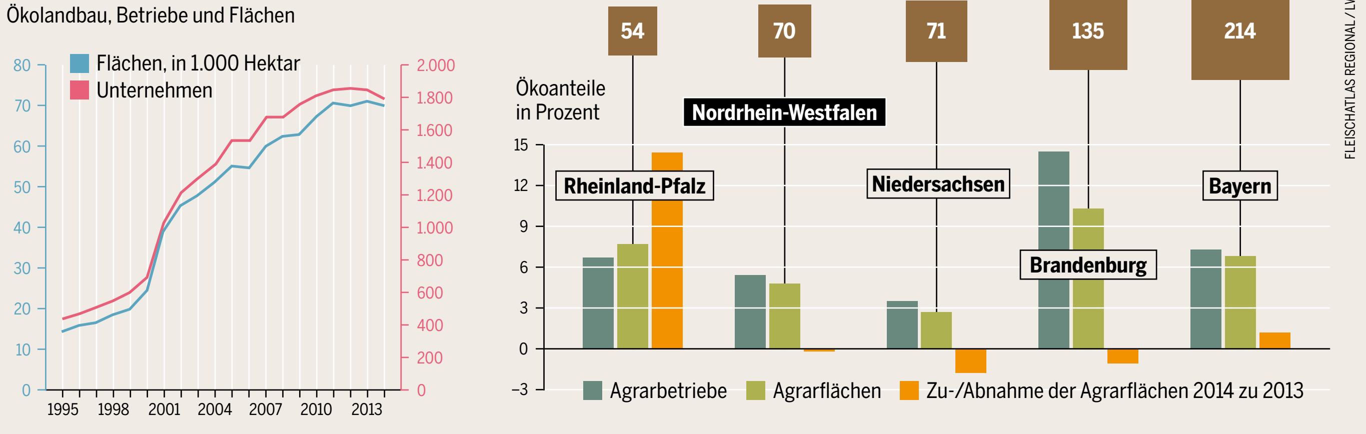
Bei der intensiven Tierhaltung setzen die Agrarunternehmen in großem Umfang Kraftfutter ein. Eiweißreiche Pflanzen wie Soja sind wichtige Bestandteile von Kraftfutter, werden aber selten auf heimischen Böden angebaut. Soja wächst besonders gut in warmen Gegenden. In NRW werden daher wegen ihres günstigeren Klimas die Flächen entlang des Rheins sowie in der Köln-Aachener Bucht zum Anbau bevorzugt. Doch selbst hier können nur Sojasorten kultiviert werden, die sich für vergleichsweise niedrige Temperaturen eignen, etwa die Sorten „Merlin" oder „Sultana". Sie bringen einen im Vergleich unterdurchschnittlichen Ertrag. Hohe Transportkosten entfallen dann zwar, aber die Arbeitskraft kostet in Deutschland oftmals mehr als in außereuropäischen Ländern.

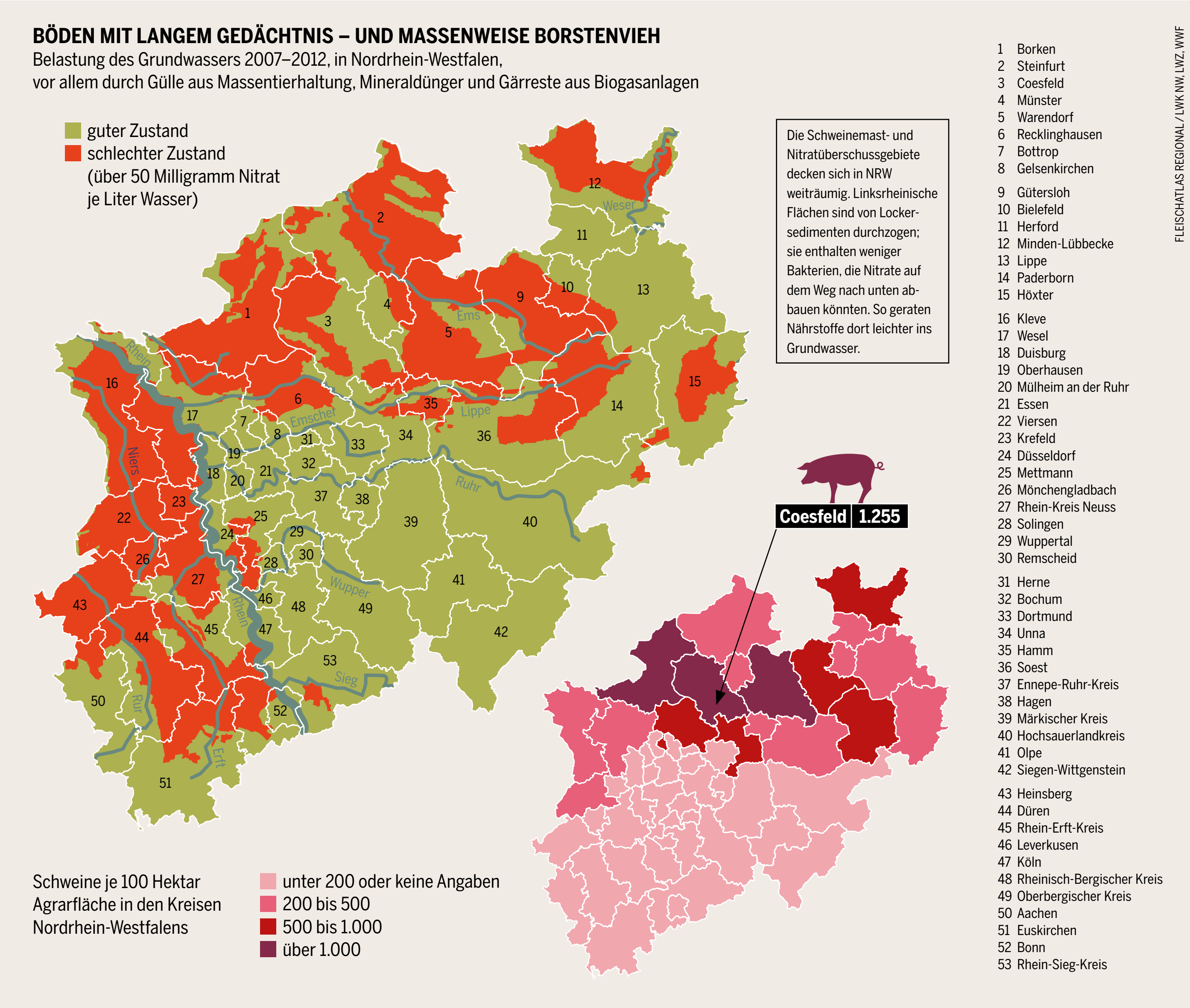
Die Folge: Heimische Ernten können nicht mit den Preisen und Erträgen von importiertem Soja konkurrieren. NRW bleibt vorerst stark auf den Import von Eiweißpflanzen für das Kraftfutter angewiesen. Top-Lieferanten dafür sind Argentinien, Brasilien und die USA. Vor allem in den lateinamerikanischen Ländern hat der Soja-Export problematische Folgen für die Bevölkerung. Die hohe Nachfrage treibt die Flächenpreise in die Höhe. Statt Nahrungsmittel für die eigene Bevölkerung anzubauen, werden die Landwirte dazu verlockt, Futtermittel für den lohnenswerteren Export anzupflanzen. Grundnahrungsmittel werden teurer; das trifft besonders die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten. Immer mehr Flächen werden in Äcker umgewandelt: Was vorher Regenwald oder Weideland war, wird zur Soja-Monokultur.

In NRW ist Wasserverunreinigung durch intensive Masttierhaltung und den damit verbun-

ÖKOLANDWIRTSCHAFT IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Entwicklung und Vergleiche





denen Eintrag von überschüssigen Nährstoffen in den Umweltkreislauf ein besonderes Problem. 13,9 % der Messpunkte melden einen zu hohen Nitratwert. Dadurch gelten 40 % der Grundwasserkörper NRWs als chemisch im schlechten Zustand. Die Europäische Wasserrahmenrichtlinie aus dem Jahr 2000 verpflichtet alle EU-Länder, ihre Gewässer bis 2015 unter den Toleranzwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter zu bringen. Doch bis heute werden in einigen Teilen NRWs Spitzenwerte von 300 Milligramm pro Liter, also die sechsfache Toleranzmenge, gemessen.

Die intensive Masttierhaltung in weiten Teilen des Bundeslandes ist hierfür eine Hauptursache. 2014 produzierten die hiesigen Landwirte mehr als 1,8 Millionen Tonnen Schweinefleisch, so viel wie in keinem anderen Bundesland. Um den in- und ausländischen Fleischbedarf zu decken, hat Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren durchschnittlich 18 Prozent mehr Schweinefleisch hergestellt als verbraucht. Und um das Exportniveau zu halten, werden entsprechende Soja- und Getreidelieferungen nötig.

Dies bedeutet einen stetigen Zufluss von Nährstoffen aus anderen Ländern. In einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft könnte die nitrathaltige Gülle auf den umliegenden Äckern als natürlicher Dünger eingesetzt werden. In der Massentierhaltung in NRW entsteht jedoch mehr Gülle, als der Boden aufnehmen kann.

Da Transporte und Lagerung teuer und die Einhaltung der Düngevorschriften schwer zu kontrollieren sind, bringen Landwirte zu viel Gülle auf die Äcker aus. Das überschüssige Nitrat, das die Anbaupflanzen nicht mehr aufnehmen können, sickert ins Grundwasser, sammelt sich im Boden, in Lebensmitteln und schließlich im menschlichen Körper an. Dort können Bakterien es in das giftige Nitrit umwandeln, das im Verdacht steht, ein erhöhtes Krebsrisiko darzustellen.

Im Ökolandbau ist der Nährstoffüberschuss weitaus geringer als in der konventionellen Landwirtschaft. Mitverantwortlich dafür ist die geringere Anzahl Vieh pro Fläche, die ein Betrieb bewirtschaftet. So fällt nicht mehr Mist an, als die umliegenden Äcker benötigen. ●

Die Mäster decken nicht nur den Eigenbedarf im Land – der Export boomt

WENN BENACHTEILIGTE GEBIETE DIE NATUR BEVORTEILEN

HESSEN: So karg das Land im Norden ist – seine Milchbauern sind experimentierfreudig. Doch die Geflügelwirtschaft expandiert. Und wo ein Schlachthof wächst, kommen auch die Mäster.

Hessen ist ein grünes Land. Anteilig gibt es dort mehr Wiesen und Weiden als in vielen anderen Bundesländern. Solches Dauergrünland, eines der artenreichsten Biotopformen innerhalb der Landwirtschaft, umfasst in Hessen stabile 37 Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Im Schnitt aller Bundesländer beträgt der Anteil des Grünlands nur gut ein Viertel, Tendenz abnehmend.

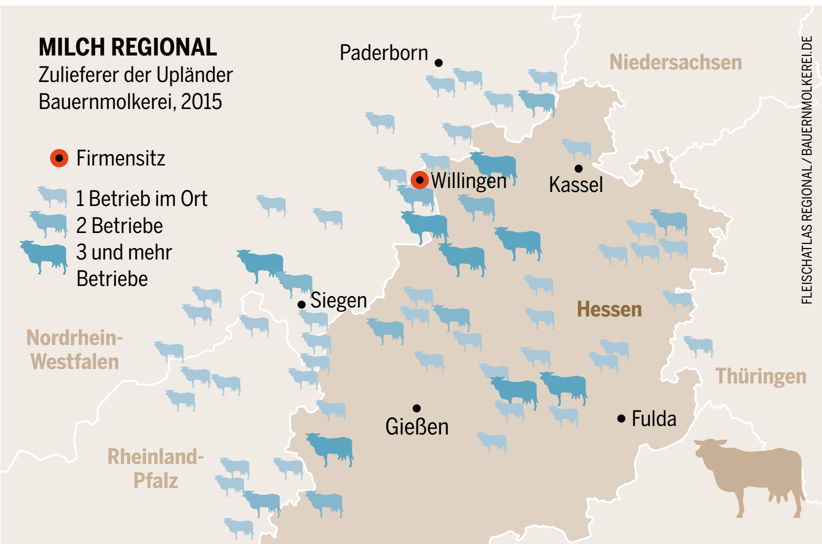
Das Gras des ökologisch wertvollen Grünlandes dient als Futter für Nutzvieh, um daraus Fleisch, Wurst oder Milch zu erzeugen. Indem die hessische Landesregierung Bauern fördert, die ihre Tiere auf der Weide halten, schützt sie auch den Lebensraum für zahlreiche Wiesenbrüterarten. Bauernhöfe können in Hessen eine Förderung bis zu 75 Prozent der Investitionssumme erhalten, wenn sie zugleich mit einem neuen Stall auch Weideflächen schaffen. Es ist allerdings nicht alles gut: Ebenfalls fördert die Regierung den Bau konventioneller Ställe ohne Tierschutzleistungen und ohne Auslauf immer noch mit bis zu 20 Prozent. Und wer geringfügig mehr Tierschutz bietet als gesetzlich zwingend, kann 40 Prozent der Stallbaukosten vom Staat fördern lassen.

Prämien sollen die Landwirtschaft im rauen Bergland erhalten

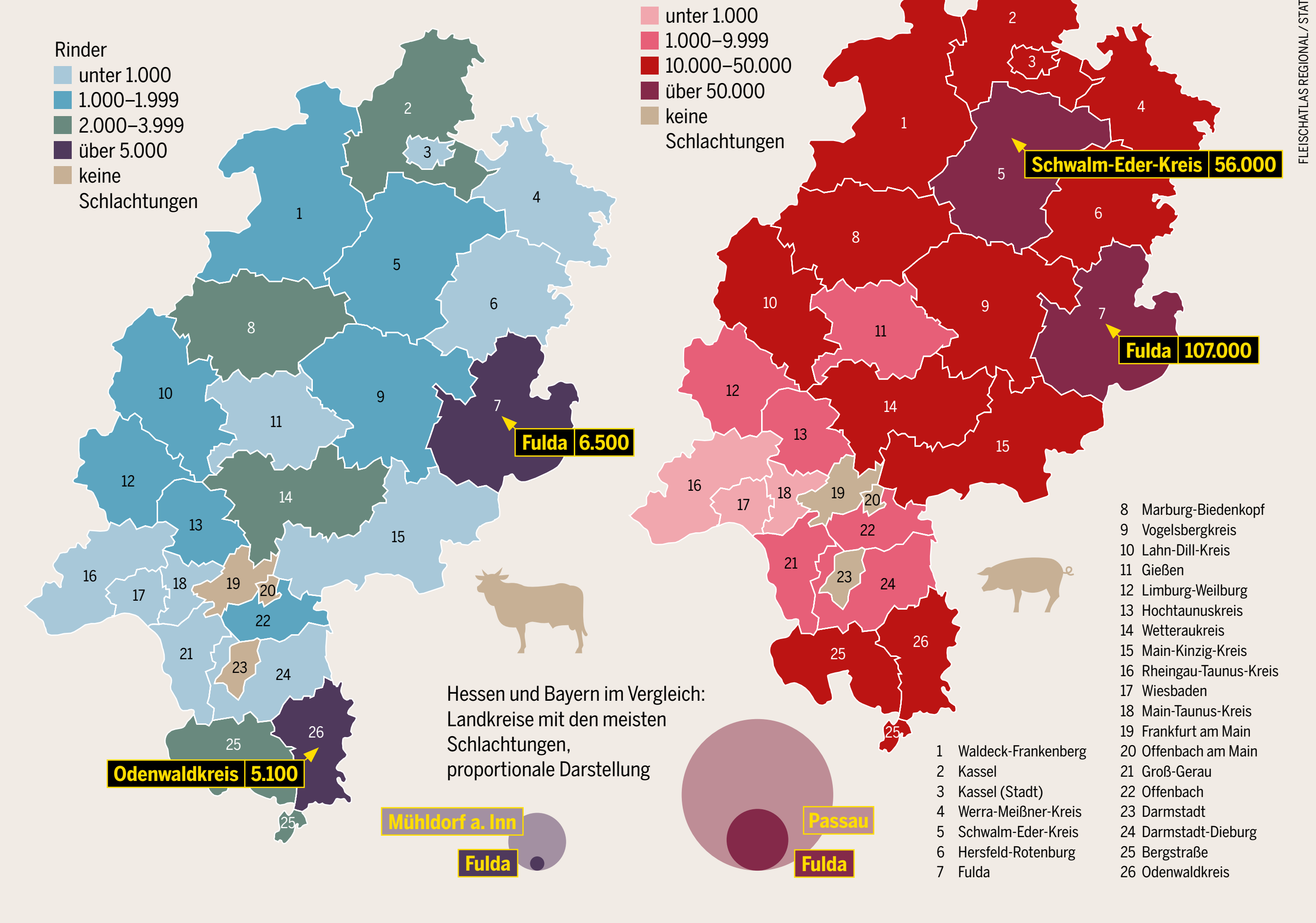
Felder und Wiesen erstrecken sich in Hessen über weitgehend kleinräumige Landschaften zwischen Hügeln, Wäldern und Hecken. Zwölf Prozent aller Agrarflächen werden ökologisch bewirtschaftet, deutlich über dem Bundesschnitt von 6,3 Prozent. Drei Viertel der hessischen Ökobauernhöfe liegen in sogenannten „benachteiligten Gebieten“, in denen steile Hänge, felsige oder steinreiche und zugleich nährstoffarme Böden oder ein extremes Klima oder gleich alles zusammen für nur spärliche Erträge sorgen. Die Gebiete umfassen über 200.000 Hektar Grünland und rund 100.000 Hektar Ackerland und spielen eine wichtige Rolle beim Artenschutz. Bauern sollen nach EU-Recht einen Ausgleich erhalten, wenn sie unter diesen erschwerten Bedingungen wirtschaften. In Hessen beträgt dieser Ausgleich meist zwischen 35 und 115 Euro je Hektar und Jahr. Das ist mehr als in anderen Bundesländern, doch erheblich weniger, als etwa ein Getreidebauer in einer günstigen Lage an Mehrertrag erwirtschaften kann. Beim Anteil der ausgesprochen „ertragsarmen Gebiete“ an der gesamten Agrarfläche liegt Hessen mit seinem Bergland, der Rhön und dem Vogelsberg bundesweit gleich auf dem zweiten Rang hinter Baden-Württemberg mit der kargen Schwäbischen Alb.

Die raue Natur ist nur ein Grund, warum gerade in diesen oftmals landschaftlich besonders schönen Regionen viele Bauernhöfe aufgeben und mit ihnen auch die Kühe von der Weide verschwinden. Kühe gehören zu den Wiederkäuern, die optimale Grasverwerter sind. Viele alte Rassen kommen auch mit dem Klima der Berge zurecht. Doch Milchpreise um 28 Cent je Liter im Herbst 2015 decken kaum die Hälfte der durchschnittlichen Erzeugungskosten und zerstören auf Dauer die bäuerlichen Existenzen. Die „marginalen“ Betriebe sterben als erste. Die konventionellen Molkereien setzen auf wachsende Milchpulverexporte, für die es in China eine gewaltige Nachfrage gibt, und haben dazu in den letzten Jahren in neue Pulvertürme investiert. Der Haken: Fertiges Milchpulver wird auch nur mit 36 Cent je Kilo gehandelt, und dafür sind sechs bis sieben Liter Milch erforderlich.

Die Wachstums- und Exportpläne der deutschen Milchkonzerne bieten demnach auch langfristig keine Überlebenschance für Bauernhöfe. Biobauern genießen dagegen Heimvorteile. Bei stabiler Inlandsnachfrage erzielten sie im Herbst 2015 im Schnitt 47 Cent je Liter. Im nordhessischen Willingen-Usseln liegt zudem ein ungewöhnliches Unternehmen: die Upländer Bauernmolkerei, die hessenweit einzige reine Biomolkerei.



MILCH REGIONAL
Zulieferer der Upländer Bauernmolkerei, 2015



WO IN HESSEN GESCHLACHTET WIRD

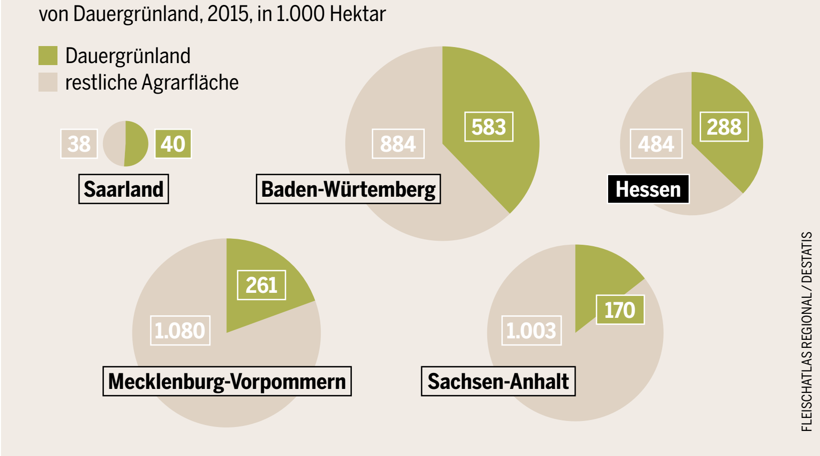
Gewerbliche und Hausschlachtungen nach Landkreisen und kreisfreien Städten, nach Zahl der Tiere, 2014

Als Antwort auf Milchkrisen und die wachsende Marktmacht von immer weniger Molkereikonzernen nahmen 1996 mehrere Privat- und Geschäftsleute sowie Aktive aus Umwelt- und Naturschutz, vor allem aber 18 Biolandwirtinnen und -landwirte eine kurz zuvor stillgelegte Anlage wieder in Betrieb. Die Zahl der Zulieferer ist bis 2015 auf 120 Betriebe in 100 Kilometern Umkreis gestiegen, in dem auch das Hauptabsatzgebiet liegt. Die Produktion besteht inzwischen zur einen Hälfte aus Trinkmilch und zur anderen aus veredelten Milchprodukten wie Butter, Käse und Joghurt.

Indes expandiert das gewerbliche Schlachten. Der niederländische Fleischkonzern Plukon, der in Deutschland jährlich rund 100 Millionen Hähnchen verarbeitet, betreibt in Gudensberg bei Kassel den größten hessischen Geflügelschlachthof. Dort sollen statt heute 85.000 künftig 125.000 Tiere pro Tag zerlegt werden. Die Folge: Mastbetriebe wollen sich in der Umgebung ansiedeln, um Transportkosten zu sparen. Andererseits schließen sich auch Verbraucherinnen und Verbraucher immer häufiger zu Bürgerinitiativen zusammen. Denn solche Projekte bedeuten eine deutliche, dauerhafte Geruchsbelästigung und eine zusätzliche Nitratlast für die Gewässer. Schon heute weisen über 30 Prozent der Grundwasserkörper in Hessen einen Belastungsgrad von 25 Milligramm Nitrat pro Liter Wasser auf. Jedes siebte Grundwasservorkommen liegt über 50 Milligramm, ist damit nicht mehr für den menschlichen Verzehr geeignet und muss mit sauberem Wasser gemischt werden, damit es wieder trinkbar ist.

SAFTIGE WEIDEN, KARGE HÖHEN

Die drei Bundesländer mit dem größten und die zwei mit dem niedrigsten Anteil von Dauergrünland, 2015, in 1.000 Hektar



IM LAND DER BRATWURST

THÜRINGEN: Ohne Schweinefleisch gäbe es die namengeschützte Wurstspezialität nicht. Doch immer wieder kommt es zu Schweinemast-Skandalen. Der Antibiotika-Verbrauch ist hoch, und eine Tierwohl-Strategie der Landesregierung existiert bisher nur als Absichtserklärung.

Hergestellt in Thüringen, 15 bis 20 Zentimeter lang, umhüllt von engem Naturdarm, schon von Luther und Goethe geschätzt: die Thüringer Bratwurst. Ihr Name mit der Herkunftsangabe ist seit 2004 EU-geschützt. Bis 2011 war sogar noch vorgeschrieben, dass ihre Rohstoffe, vor allem Schweinefleisch, zu mindestens 51 Prozent aus der Region stammen. Dass die Thüringer Bevölkerung ihre Wurst liebt, ist offensichtlich und die Vorliebe für Fleisch- und Wurstwaren im bundesweiten Vergleich mit am höchsten. Die hiesigen Landwirte decken mit den von ihnen produzierten 85.000 Tonnen Schweinefleisch nur rund 75 Prozent des Verbrauchs im Lande. Mangel braucht trotzdem niemand zu fürchten – der Rest kommt aus den Bundesländern mit Überschussproduktion.

Ökobetriebe in Thüringen halten meist Rinder, weil die Pacht für Weiden niedriger ist

In Thüringen stiegen die Schweinebestände in den Betrieben zwischen 2010 und 2013 um acht Prozent auf rund 830.000 Tiere insgesamt. Den stärksten Zuwachs gab es bei den Ferkeln – die Zuchtsauen werfen heute durchschnittlich fünf Tiere mehr als noch vor zehn Jahren. Gleichzeitig gaben rund 200 Einzelbetriebe die Schweinehaltung auf. Inzwischen leben 76 Prozent aller Schweine in Ställen mit mehr als 5.000 Artgenossen. In der Hühnermast werden sogar 99 Prozent aller Masthühner und Puten in spezialisierten Mastbetrieben gehalten. Der Konzentrationsprozess auf immer weniger und immer größere Unternehmen und Ställe ist noch nicht beendet.

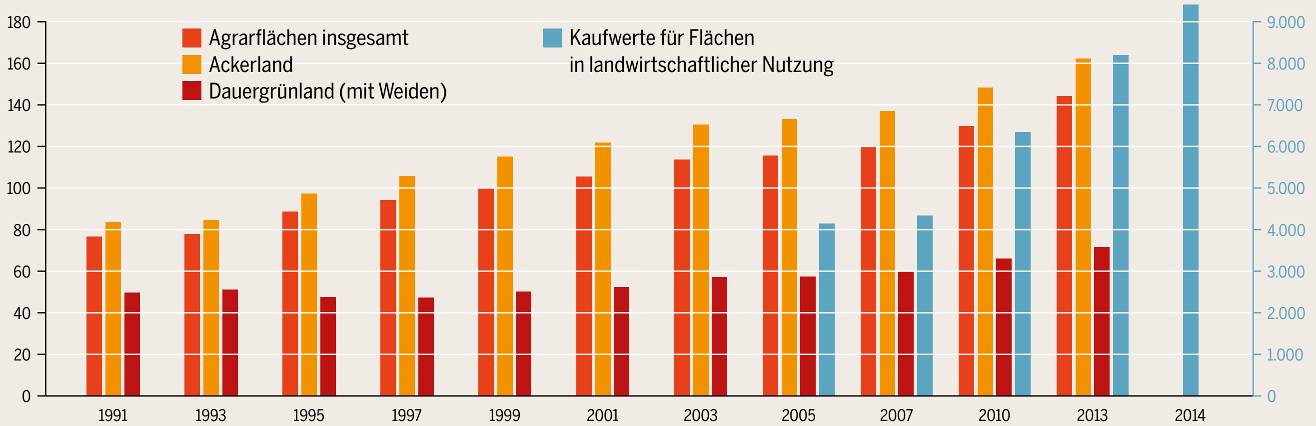
Industrielle Tierhaltung ist keineswegs ein Garant für Tierwohl. Das haben die Schweinemast-Skandale der letzten Jahre gezeigt. Ein Bericht des Thüringer Sozialministeriums zeigte auf, dass im – mittlerweile geschlossenen – Schlachthof Jena bereits von 2010 bis 2012 die Betäubungsanlage defekt war, sodass rund ein Viertel aller Tiere ihre Zerlegung bewusst miterlebte. Im Zentrum der Intensivtierhaltung, dem Saale-Holzland-Kreis, bewiesen im Jahr 2013 Video- und Bildaufnahmen der Organisation Animal Rights Watch, dass der Zuchtbetrieb Gut Thiemendorf Heideland GmbH & Co. KG seine Sauen und ihre Ferkel in zu kleinen Kastenständen hielt. Oder 2014: In der Mörsdorfer Agrar GmbH fiel die Belüftungsanlage eines Stalls aus, und 2.000 Schweine verendeten.

Wenn Tiere nicht gesund bleiben, werden sie zum Kostenfaktor. Um dem entgegenzuwirken, greifen Landwirte und deren Tierärzte auf Antibiotika zurück. Gelangen selbst geringe Mengen davon über das Fleisch in den menschlichen Körper, können sie zu Antibiotika-Resistenzen führen, die im Krankheitsfall Lebensgefahr bedeuten. 2012 erhielten die Tierärzte in den Postleitzahlenbereichen 99 und 07, das heißt in der östlichen Hälfte Thüringens, rund 10 bis 30 Tonnen Antibiotika, sagt eine ungenaue Statistik.

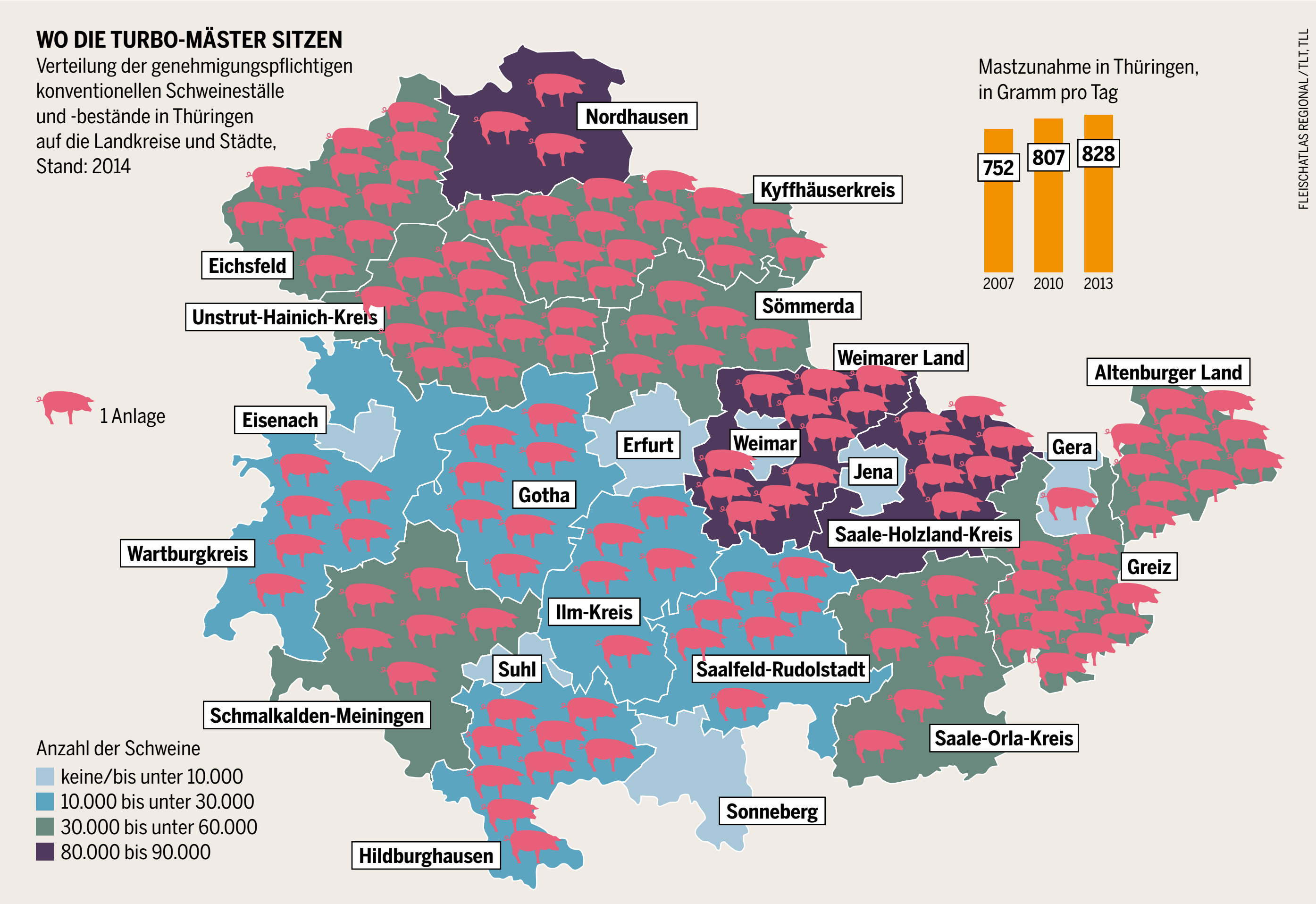
Seit 2014 ist die Erfassung schärfer und in die Betriebe verlegt. Bei vielen thüringischen Betrieben liegt der Antibiotika-Verbrauch deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Von 381 meldepflichtigen Betrieben müssen 12,5 Prozent nach den Ursachen suchen und mit dem Tierarzt Abhilfe schaffen. 14,5 Prozent sind sogar verpflichtet, einen schriftlichen Maßnahmenkatalog zu er-

ÄCKER LOCKEN INVESTOREN

Jahrespachten für landwirtschaftliche Betriebe und Preise für Agrarland in Thüringen, in Euro pro Hektar



FLEISCHATLAS REGIONAL / TLS, TLL



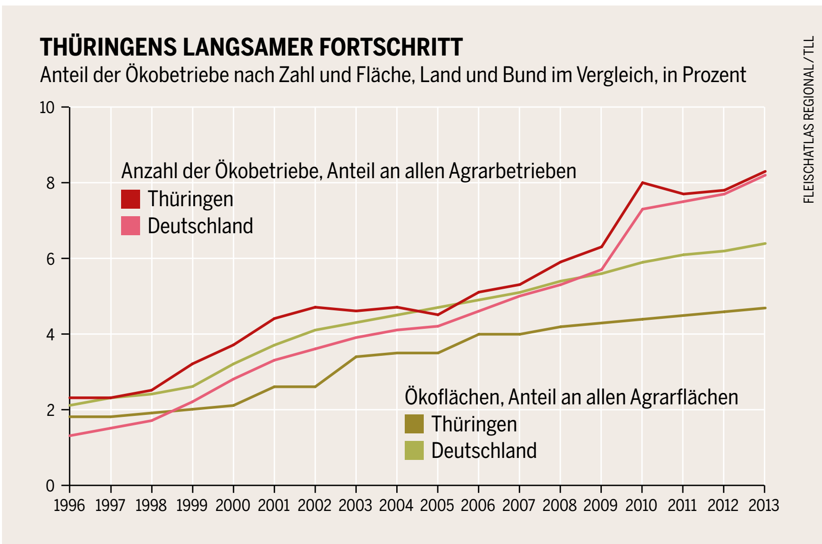
stellen, der von der zuständigen Behörde geprüft wird.

Die seit 2014 amtierende rot-rot-grüne Landesregierung will gemeinsam mit den zuständigen Verbänden eine Tierwohlstrategie entwickeln und auch auf diese Weise den Antibiotika-Einsatz reduzieren. Allerdings ist es bisher bei Absichtsbekundungen geblieben. Und es fehlen Hinweise darauf, dass bald auch auf das Kupieren der Schweineschwänze verzichtet oder landwirtschaftliches Personal in Sachen Tierwohl fortgebildet wird.

Und was ist mit einer Thüringer Bratwurst von „glücklichen" Schweinen? Die rund 165 Ökobetriebe im Lande halten 4,8 Prozent des Tierbestands. Von den 756.000 Schweinen im Jahr 2010 waren es 15.600. In Ökobetrieben werden allerdings meist Rinder gehalten. Denn der ökologische Landbau konzentriert sich in Thüringen auf „wirtschaftlich schwache" Grünlandgebiete – mit niedrigeren Pachtzinsen.

Insgesamt unterscheidet sich die Struktur der Landwirtschaft in Thüringen wie überall im Osten wesentlich von der in den alten Bundesländern. Als Nachfolger der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs) in der DDR gründeten sich auch hier große landwirtschaftliche Verbünde. 54,1 Prozent der nach Ökokriterien bewirtschafteten Flächen entfallen auf Genossenschaften, GmbHs oder Aktiengesellschaften – bundesweit sind es lediglich 18,1 Prozent. Auch in der konventionellen Landwirtschaft konzentrieren sich die Agrarflächen auf wenige Betriebe. Im Jahr 2013 bewirtschafteten sieben Prozent der Agrarbetriebe mehr als die Hälfte aller Flächen. Und die Betriebsgrößen nehmen weiter zu. Vor allem Nebenerwerbslandwirte geben auf. Versuche von Junglandwirten, solche Flächen zu erwerben, scheitern meist – die großen, durchrationalisierten Agrarunternehmen zahlen besser. Von 2008 bis 2014 haben sich in Thüringen die Hektarpreise verdoppelt.

Solvente Agrarfirmen schnappen Junglandwirten die Flächen weg



BOOM DER BROILER

SACHSEN: Nirgends sonst in Deutschland sind die Hühnerhaltungen so konzentriert. Einige Betriebe dominieren den Markt, für die kleineren bleiben nur geringe Anteile. Neufeudale Zustände haben sich herausgebildet.

Mit 10,8 Millionen Hühnern lag Sachsen im Jahr 2013 in der Geflügelhaltung an vierter Stelle unter allen 16 Bundesländern und an erster unter den ostdeutschen. Ihre Zahl hat sich seit 1996 fast verdoppelt. Mit einem solchen Wachstum übertrifft die Hühnerzucht die Schweinezucht bei Weitem. 2014 gab es in Sachsen 646.000 Schweine, zwölf Prozent mehr als 1995. Der Rinderbestand schrumpfte hingegen seit 1995 um 21 Prozent auf 505.000 Tiere.

1999 gab es in Sachsen 2.200 Betriebe mit 6,1 Millionen Hühnern, im Durchschnitt mit genau 2.766 Hühnern je Betrieb. Seither ist die Zahl der Betriebe um über ein Drittel auf etwa 1.600 zurückgegangen – doch mit im Schnitt 6.771 Tieren. Das sind 2,4-mal mehr als 1999. Dieser drastische Konzentrationsprozess begünstigt agrarindustrielle Strukturen. Im Jahr 2013 wurden in Sachsen-Anhalt und Sachsen 98,8 beziehungsweise 98 Prozent der Geflügelbestände (einschließlich Puten, Enten und Truthühner) in agrarindustriellen Anlagen gehalten. Mit fast 9,7 Millionen Tieren wurden 87 Prozent der insgesamt 11,1 Millionen Geflügeltiere in weniger als 50 Riesenanlagen mit Beständen über 50.000 gehalten. Am anderen Ende teilten sich die etwa 1.400 „kleinen“ Halter (mit bis zu 12.500 Tieren), also 82,4 Prozent aller Betriebe, insgesamt 1,6 Prozent der Geflügelbestände.

Immer Ärger in Niedersachsen – da wechseln die Hühnerbarone lieber nach Sachsen

Diese Struktur ähnelt derjenigen in der Schweinehaltung und auch der in der Verteilung der landwirtschaftlichen Nutzflächen. Eine relativ große Zahl kleiner Betriebe mit geringen Anteilen an Flächen oder Tieren steht einer sehr kleinen Anzahl übergroßer Betriebe gegenüber, die mehr als zwei Drittel – und im Fall der Geflügelhaltung mehr als 95 Prozent – auf sich vereinen. Solche Verteilungen, die auch auf andere ostdeutsche Bundesländer zutreffen, werden als neufeudal charakterisiert.

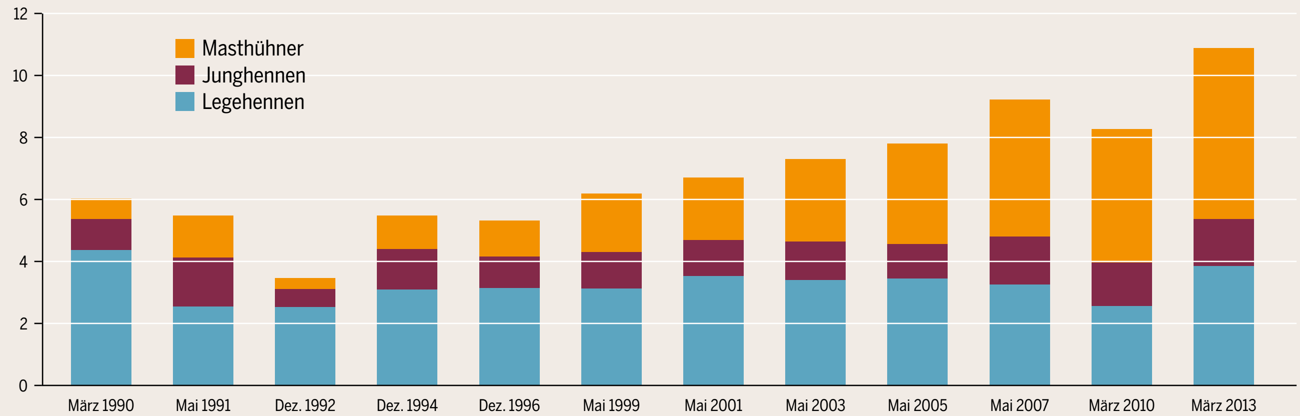
Innerhalb Sachsens ist die Verteilung jedoch ungleichmäßig. Dabei weist der Süden Sachsens die größten und der Osten des Landes die niedrigsten Dichten auf. Die Hühnerhaltung hat jedoch im Landkreis Nordsachsen ihr Optimum: Hier leben 6,4 Millionen Tiere oder 59 Prozent des gesamten Landesbestandes. Mit dem Erzgebirgskreis und Meißen gibt es nur noch zwei weitere Kreise mit mehr als einer Million Hühnern. Sechs der zehn Landkreise liegen mit ihren Beständen unter 500.000 Tieren.

Auch das Wachstum der Bestände ist regional ungleich verteilt. Nach der Agrarstrukturerhebung kam der Kreis Mittelsachsen im Jahr 2010 auf etwa 91.000 Hühner. Drei Jahre später, also 2013, wurden 651.300 angegeben – eine Versiebenfachung der Bestände. Der absolute Zuwachs von 560.000 Tieren wurde nur noch von Nordsachsen und dem Erzgebirgskreis übertroffen, allerdings von einem höheren Ausgangsniveau. In diesem Zeitraum ist die Zahl der Betriebe in Nordsachsen nur unwesentlich gestiegen, sodass die Tierzahl pro Betrieb mit 64.200 Hühnern den sächsischen Durchschnittswert von 6.771 Hühnern um ein Vielfaches übertrifft.

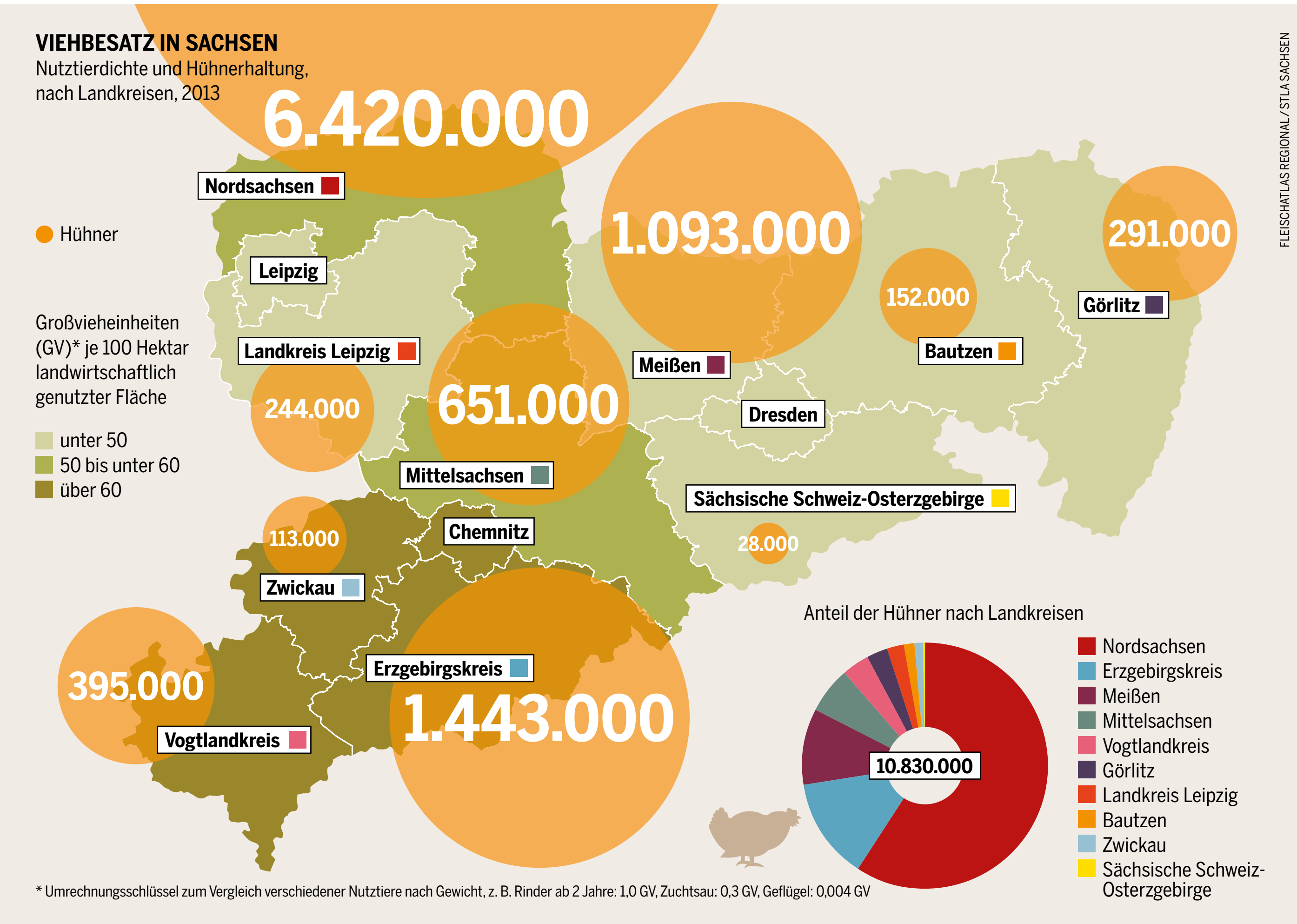
Als agrarindustrieller Extremfall gilt in Deutschland der niedersächsische Landkreis Vechta. Doch selbst da kam der durchschnittliche

HÜHNERBESTÄNDE IN SACHSEN

in Millionen Tieren, nach Produktionsrichtung, zu den jeweils gültigen Erfassungsgrenzen (ohne Betriebe mit nicht meldepflichtigen kleineren Beständen)



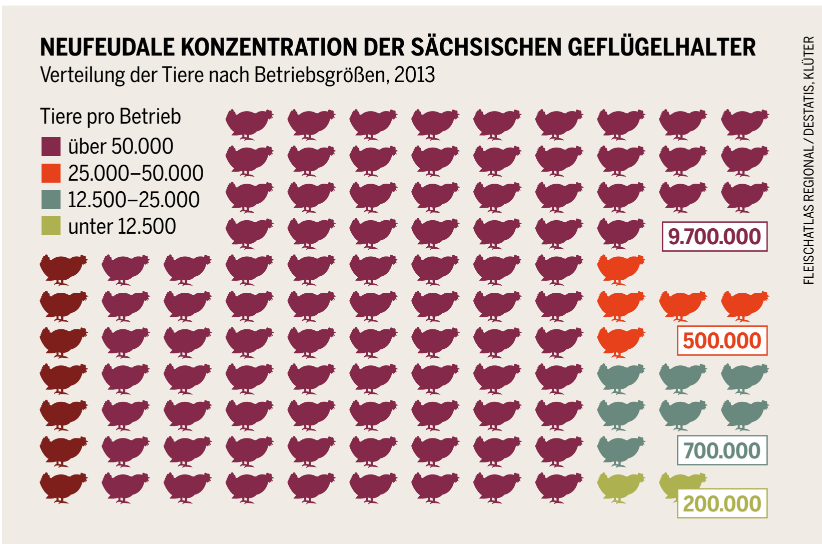
FLEISCHATLAS REGIONAL / KLÜTER



Hühner haltende Betrieb im Jahr 2014 auf „nur“ 18.793 Tiere, also auf knapp ein Drittel des nordsächsischen Werts. Zwar hat der Kreis Vechta mit 13,9 Millionen Hühnern doppelt so viel wie Nordsachsen, doch verteilen sich die Tiere in Vechta auf 740 Betriebe.

Die Zuliefer- und Abnehmerkonzerne für die Hühnerhaltung sind in den beiden Landkreisen fast identisch. Das heißt, dass die agrarindustriellen Strukturen, die in Niedersachsen immer schärferen Kontrollen und politisch organisiertem Widerstand ausgesetzt sind, nach Sachsen ausweichen. Die Betriebsstrukturen, die jetzt in Sachsen aufgebaut werden, sind noch größer und umweltschädlicher als im Landkreis Vechta. Nordsachsen, Erzgebirge und Mittelsachsen importieren damit auch die Probleme des Landkreises Vechta: übermäßige Ammoniakimmissionen in der Luft, übermäßige Nitratimmissionen in Boden und Gewässer, Tierseuchengefahr, überhöhten Antibiotikaeinsatz, Belastung der Umwelt mit deren Rückständen und Verdrängung einer tierangepassten Geflügelhaltung.

Diese Prozesse können dann beherrscht und gesteuert werden, wenn das Monitoring, die Genehmigung, die Neueinrichtung und die Kontrolle von agrarindustriellen Mastviehanlagen einer Bundesbehörde übertragen und regelmäßig von ihr berichtet werden. Auf dieser Basis müssen bundeseinheitliche regionale Belastungsgrenzen festgelegt werden, die für die Genehmigung aller weiteren agrarindustriellen Investitionen zu berücksichtigen sind. Im Rahmen von Raumordnungsverfahren müssen sie für die übrige Wirtschaft und die Bevölkerung transparent gemacht werden. Dabei müssen alle einschlägigen Faktoren, die das Tierwohl bestimmen, bundesweit einheitlich geregelt, erfasst und offengelegt werden.



WO DIE KLEINEN DOMINIEREN

RHEINLAND-PFALZ: Historisch bedingt, dominieren hier kleinräumige Strukturen. Die Politik fördert Öko- und schonenende konventionelle Landwirtschaft – und die Menschen wehren sich gegen Großställe.

Rheinland-Pfalz, heißt es, ist das Land der Reben und Rüben. Hier findet das Leben überwiegend im ländlichen Raum statt. Nur 16 Prozent der Fläche ist urban. Landwirtschaftlich dominiert der Wein-, Obst- und Gemüseanbau, regional auch der Anbau von Zuckerrüben. Fleischproduktion und tierische Erzeugnisse haben dadurch eine weitaus geringere wirtschaftliche Bedeutung als bundesweit.

Die Produktion tierischer Erzeugnisse hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Noch in den 1960er-Jahren wurde ein großer Teil der Tiere in mittleren und kleinen Herden gehalten. Geschlachtet und gewurstet wurde am Hof oder in nahe gelegenen Schlachtereien. Bundesweit ist heute die industrielle Tier- und Fleischproduktion ein profitabler Wirtschaftszweig. Geflügel und Schweine werden dabei eher in Fabriken als auf Bauernhöfen „produziert". Während sich aber in anderen Bundesländern immer noch eine Expansion der Tierhaltung, insbesondere bei den problematischen Intensivanlagen, abzeichnet, ist Rheinland-Pfalz nach wie vor von kleinbäuerlichen Strukturen geprägt. Es existiert hier praktisch keine Massentierhaltung.

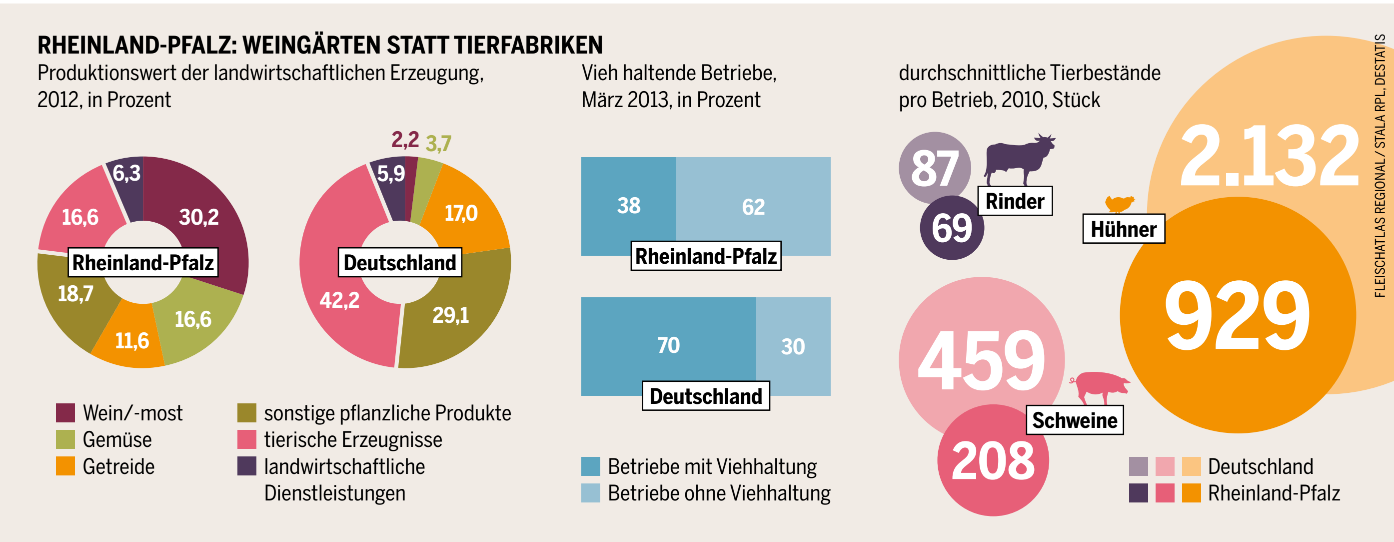
Obwohl sie gefördert werden, sind Kleinbetriebe in ihrer Existenz bedroht

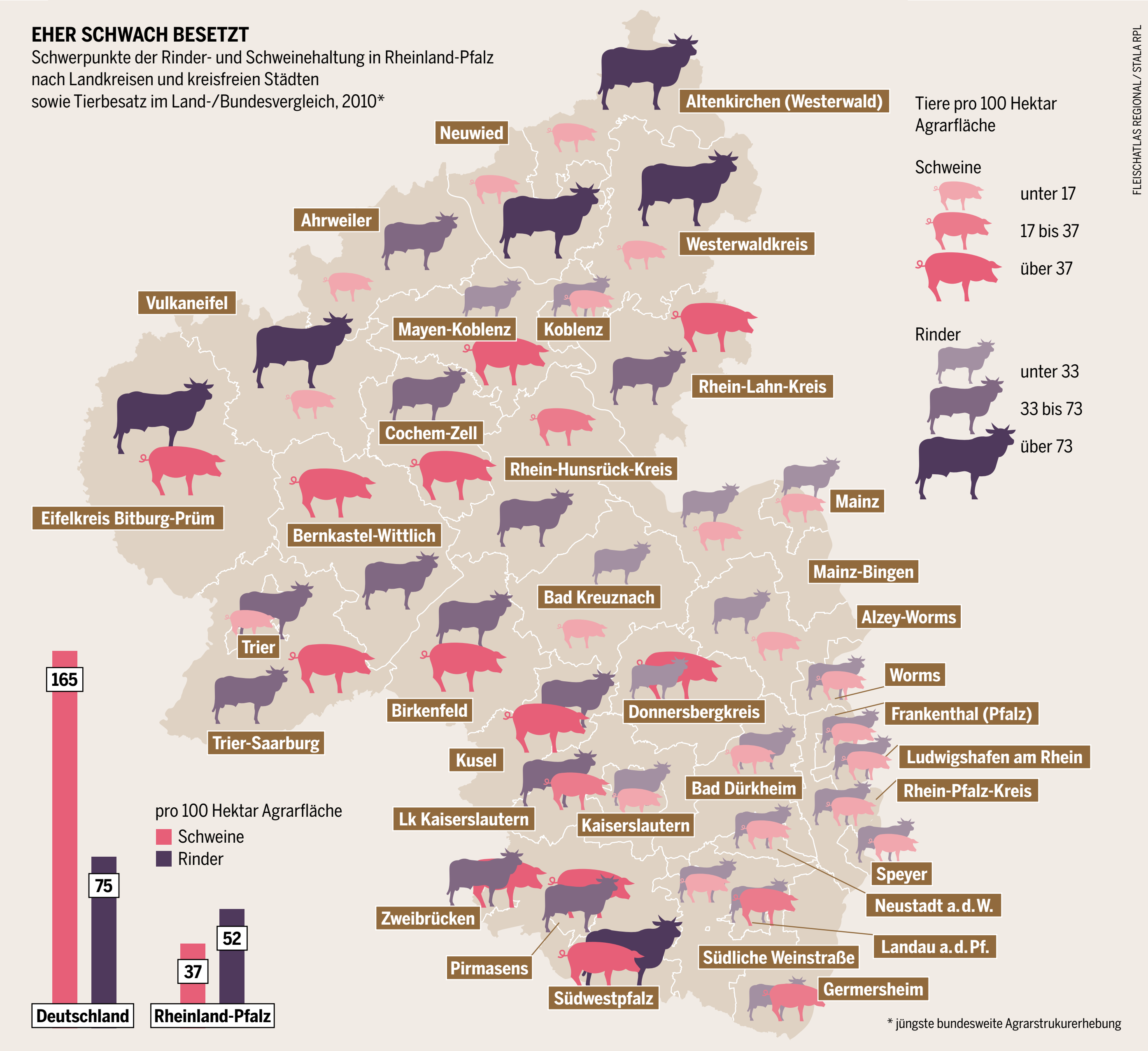
Die Gründe dafür sind vielfältig. Sie liegen sowohl in der geografischen Lage und Struktur des Bundeslandes, haben aber auch historischen Ursprung. Nicht zuletzt bemüht sich auch die Landespolitik um den Erhalt kleinbäuerlicher Betriebe.

Die Fläche von Rheinland-Pfalz besteht zu über 42 Prozent aus Wald und zu 41,7 Prozent aus landwirtschaftlicher Fläche, die sich auf zahlreiche Hügel und Täler erstreckt. Das Klima zeichnet sich durch milde Winter, gemäßigte Sommer und hohe Niederschlagsmengen aus. Einige Regionen zählen zu den wärmsten in Deutschland, während andere ein raues Klima aufweisen. Aufgrund von Klima und Bodenbeschaffenheit ist für die Landwirte der Anbau von Wein, Obst und Gemüse mit ihrer hohen Wertschöpfung besonders attraktiv, während die Herstellung tierischer Erzeugnisse mit höherem Aufwand verbunden ist. Die Seehäfen für den Import von Futtermitteln sind weit entfernt. Und die Landschaft ist für eine auf Fleischexport angelegte Produktion zu kleinräumig; lange war sie dafür auch zu wenig durch Verkehrswege erschlossen.

Kleinbäuerliche Strukturen lassen sich auch historisch erklären. In Rheinland-Pfalz galt bei Erbschaften die Realteilung statt des Anerbenrechts. Nicht der älteste Sohn übernahm automatisch den Hof, sondern der Familienbesitz wurde unter den nächsten Erben aufgeteilt. Dadurch entstanden immer kleinere Parzellen. Dies erschwert noch heute den Aufkauf größerer Flächen für eine industrielle Landwirtschaft.

Das Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten in Rheinland-Pfalz hat zudem einen Schwerpunkt seiner Tätigkeit auf die Förderung ökologischer und schonender konventioneller Landwirtschaft gelegt. Dies kommt insbesondere kleinen Betrieben zugute. So erhalten Betriebe, die auf Ökolandbau umstellen ebenso eine jährliche Prämie wie solche, die mit Fruchtfolge anbauen. Die Folge: Der Ökolandbau ist in den letzten vier Jahren um fast die Hälfte gestiegen und nimmt mittlerweile 7,4 Prozent der





landwirtschaftlichen Fläche in Rheinland-Pfalz ein. Ebenso werden der Erhalt und die Ausweitung von Grünland gefördert, wodurch Weideflächen für die Tierhaltung erhalten bleiben.

Neben den Maßnahmen der Landespolitik gibt es auch ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement gegen industrielle Anlagen. So verhinderte eine Bürgerinitiative in der Eifel gemeinsam mit der Kommunalpolitik und der Verwaltung die Ansiedlung einer Legehennen-Großanlage.

Kleine Betriebe, die Fleisch und andere tierische Erzeugnisse produzieren, sind allerdings trotz der Fördermaßnahmen zunehmend in ihrer Existenz bedroht. Die Konzentration auf Großunternehmen in einigen wenigen Regionen Deutschlands führt dazu, dass Infrastruktur, zum Beispiel in Form von Schlachthöfen auch in Rheinland-Pfalz verloren geht. Denn die kleinen Schlachtbetriebe können die Vorschriften, die ursprünglich für große EU-Schlachtbetriebe bestimmt waren, nur schwer erfüllen. Die großen Schlachthöfe nehmen hingegen keine kleineren Mengen von Schlachtvieh an, da der Gewinn der Großschlachtereien auf maximaler Effizienz basiert, die mit kleinen Anlieferungen nicht zu erreichen ist. So lassen sich regionale, umweltverträglichere Produktionsketten nicht aufrechterhalten.

Für Rheinland-Pfalz wird deutlich, dass gewachsene Strukturen und eine gezielte Förderpolitik des Landes kleinbäuerliche Strukturen begünstigen können. Dennoch besteht weiterer politischer Handlungsbedarf, und auch die Konsumenten sollten noch stärker umdenken. Ökologisches Wirtschaften ist auf kleineren Flächen mit geringeren Herdengrößen am leichtesten zu gewährleisten. Und wenn auf den Weiden für das Milchvieh die Artenvielfalt erhalten bleibt, zeigt sich die große Bedeutung der kleinbäuerlichen Strukturen für den Erhalt der Umwelt.

Wer kleine Felder hat, sucht die Wertschöpfung bei Wein, Obst und Gemüse

WENIG TIERE, ABER GENUG MILCH

SAARLAND: Noch immer wird der Agrarsektor von bäuerlichen Betrieben geprägt. Die industrielle Fleischproduktion ist vergleichsweise gering. Stattdessen werden viele tierische Lebensmittel importiert.

Im kleinen Saarland hat der agrarische Strukturwandel in den letzten Jahrzehnten besonders tiefe Spuren hinterlassen. Neue Wohnsiedlungen und Gewerbegebiete verdrängten immer mehr landwirtschaftliche Flächen. Die berühmte Bergmannsziege der Nebenerwerbslandwirte, die bei wenig Ansprüchen an ihr Futter die regelmäßige Versorgung der Schwerarbeiter unter Tage mit Milch garantierte, verschwand ganz. Auf den Höfen findet sich kaum noch Nachwuchs. Geklagt wird über die schwierige Situation auf den Märkten und die Bürokratie im Agrarbereich. Gab es im Jahr 1960 noch etwa 26.000 landwirtschaftliche Betriebe, sind es heute gerade noch 1.250, und davon sind nur rund ein Drittel Haupterwerbsbetriebe.

Kaum Schweine an der Saar – die Eigenversorgung liegt bei nur zwei Prozent

190 dieser 400 Landwirte arbeiten als Milchbauern. Auf sie entfällt ein Drittel der Wertschöpfung in der saarländischen Landwirtschaft, die rund 100 Millionen Euro jährlich umsetzt. Auch nach Darstellung von Landesumwelt- und Agrarminister Reinhold Jost (SPD) ist die Milchviehhaltung die „tragende Säule der saarländischen Landwirtschaft“. Sie profitiert vom vielen Dauergrünland. Die Fläche der Tierweiden, hat sich bei etwa 18.000 Hektar stabilisiert.

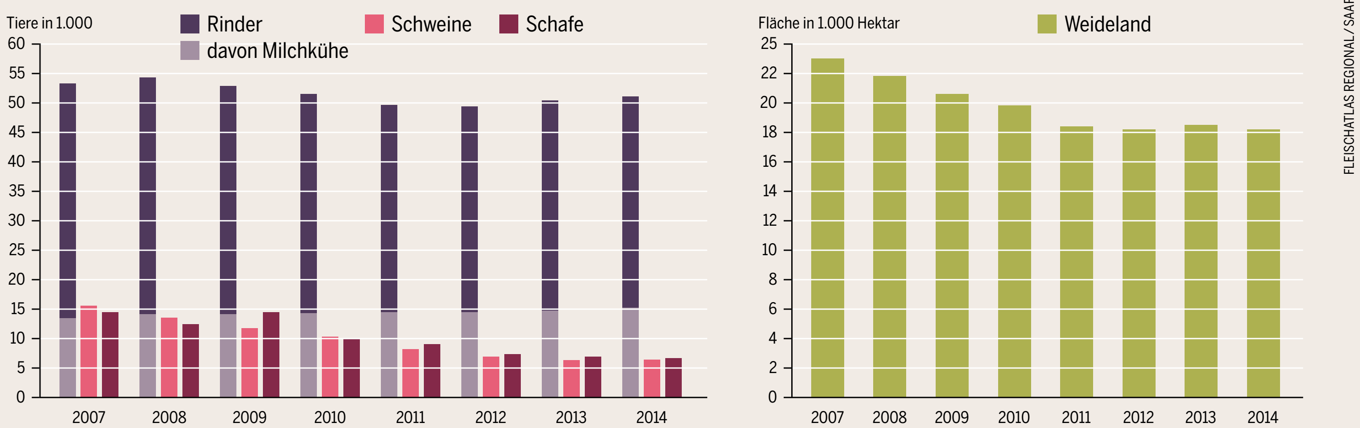
Zwar ist die Zahl der milchviehhaltenden Betriebe in den vergangenen zwei Jahrzehnten um etwa 60 Prozent gesunken, doch blieb die Zahl der Milchkühe mit rund 15.000 konstant. Ihre Erzeugung lag im vergangenen Jahr bei rund 100.000 Tonnen und einer Milchleistung von 6.692 Kilogramm pro Kuh. Dies liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Das kann auch als gutes Zeichen gesehen werden, weil die Produktion nicht von Höchstleistungskühen in Riesenställen bestimmt wird.

Viele Kleinbetriebe, die Milch erzeugen, sind allerdings im Begriff, das Geschäft aufzugeben. Die Preise für Milch und Milchprodukte befinden sich auf einem so niedrigen Niveau wie schon lange nicht mehr. Die Milchversorgung im Saarland liegt laut Alexander Welsch, dem Geschäftsführer der Landjugend Saar, dennoch rein rechnerisch bei rund 105 Prozent. Doch unter dem Preisdruck der großen Discounter, die den Landwirten zeitweise nur noch 28 Cent für den Liter Milch zahlen, geht etwa die Hälfte der heimischen Qualitätsmilch zu besseren Preisen in den Export bis hin nach Russland und China – und die Saarländer trinken ihrerseits viel Milch, die aus anderen Bundesländern kommt. Um die heimischen Betriebe zu erhalten, soll es für Minister Jost das Ziel aller Maßnahmen sein, die Talfahrt der Milchpreise zu stoppen und auf ein Niveau zu bringen, das für die Erzeuger wieder rentabel ist.

Hinter Nordrhein-Westfalen ist das Saarland heute das am dichtesten besiedelte Flächenland in der Bundesrepublik. Bei einem zudem überdurchschnittlich hohen Waldanteil an der Saar bleibt nur etwa ein Drittel der Landesfläche landwirtschaftlich nutzbar. In den Betrieben stehen derzeit rund 51.000 Rinder, 6.400 Schweine und 6.700 Schafe. Hinzu kommen noch etwa 125.000 Legehennen und 50.000 Masthähnchen, im Vergleich etwa zu manchen Landkreisen Niedersachsens oder Mecklenburg-Vorpommerns eher idyllische Größenordnungen.

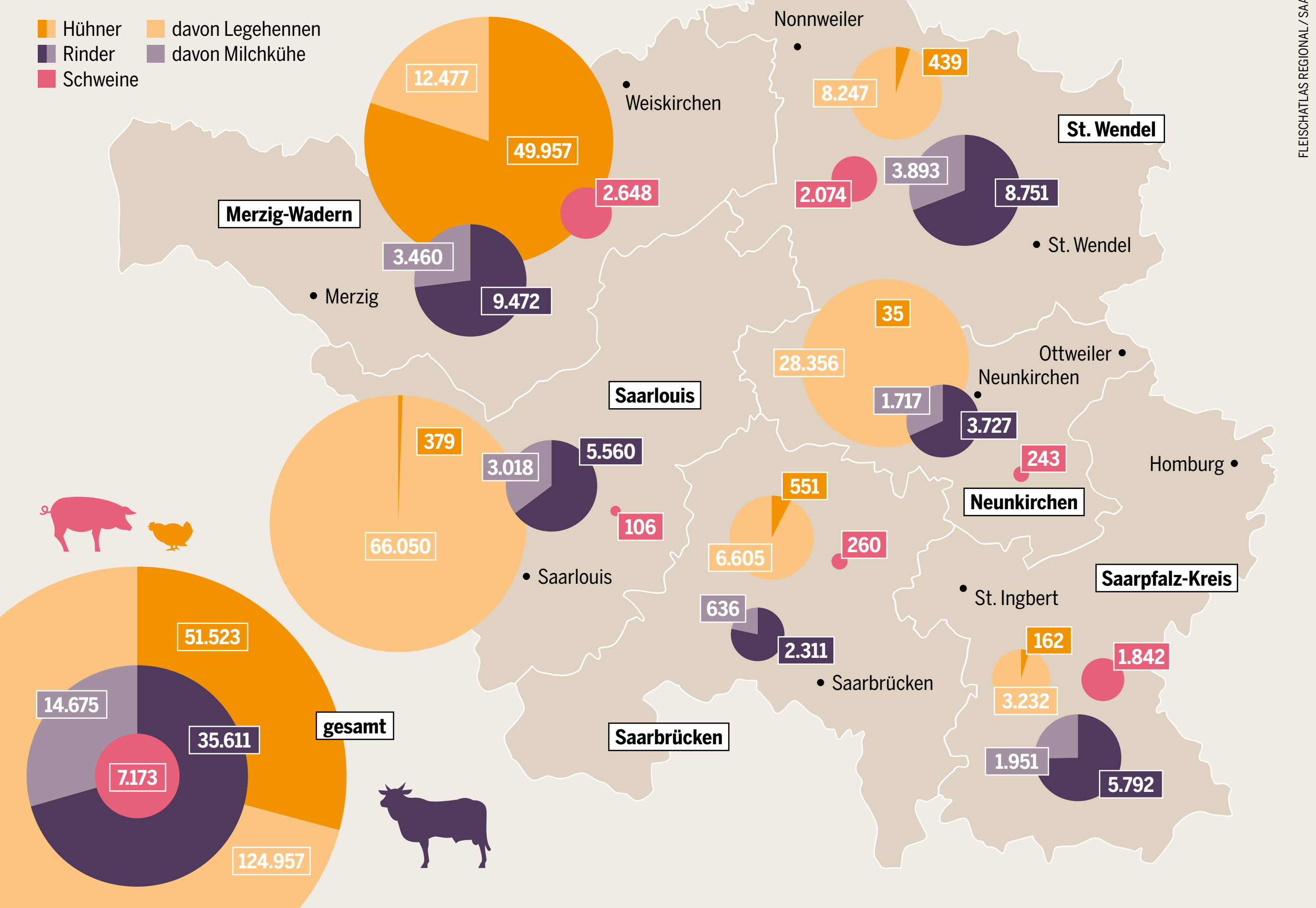
TIERE UND WEIDEN

Entwicklung von Beständen und Haltungsflächen im Saarland



NUTZVIEHHALTUNG IM SAARLAND

Verteilung der Tierbestände nach Landkreisen, 2013



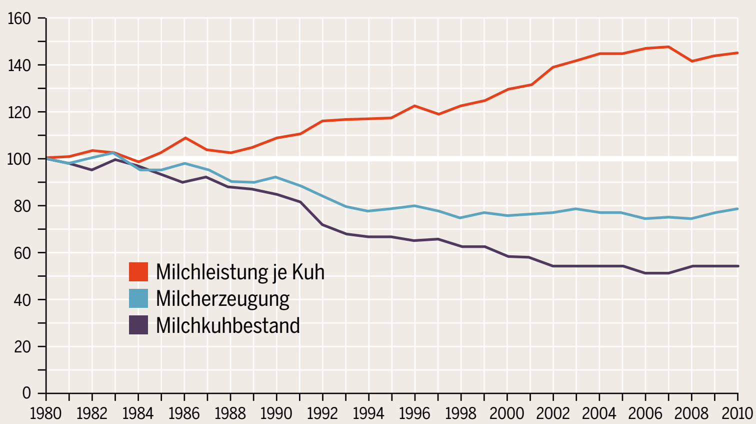
FLEISCHATLAS REGIONAL / SAARLAND.DE

Diese Bestände reichen allerdings für den Bedarf einer knappen Million Saarländerinnen und Saarländer bei Weitem nicht aus. Laut Agrarexperte Alfred Hoffmann vom saarländischen Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz beträgt die Eigenversorgungsquote bei Rind- und Kalbfleisch rund 37 Prozent, bei Schweinefleisch nur knapp 2 Prozent und bei Schaf- und Ziegenfleisch etwa 10 Prozent. Bei Eiern und Geflügelfleisch sind es nur etwa 18 Prozent. Selbst für die im Saarland als Lieblingsspeise und Kulturgut vergötterte „Lyoner", eine über Buchenholz geräucherte spezielle Fleischwurst mit einem hohen Anteil von Rindfleisch, für die gerade erst wieder die europäischen Markenrechte verlängert wurden, kommen die Fleischingredienzen längst nicht nur von heimischen Tieren.

Viele Verbraucherinnen und Verbraucher wissen von alledem so gut wie nichts. Wie im restlichen Deutschland haben auch im Saarland der Bauernverband und die Regierung verpasst zu erklären, wie grundlegend sich die landwirtschaftlichen Strukturen und damit die Produktion der Lebensmittel in den letzten Jahrzehnten verändert haben. Ob im Fernsehen oder auf der Verpackung, die Werbung zeigt Kühe und Schweine auf der Wiese und in der heilen Natur. Da das schon seit Langem nichts mehr mit der Realität zu tun hat, fühlen sich die Verbraucherinnen und Verbraucher zunehmend verunsichert. Daher wundert es auch nicht, dass der Wunsch nach möglichst hoher Transparenz und klaren Kontrollsystemen im gesamten Lebensmittelbereich groß ist. Dabei ist es wieder der bürokratische Aufwand, der für kleine Betriebe abschreckender ist als für große.

MILCHWIRTSCHAFT IM SAARLAND

Entwicklung in Prozent gegenüber 1980



FLEISCHATLAS REGIONAL / SAARLAND.DE

KLASSE STATT MASSE

BADEN-WÜRTTEMBERG: Viele Betriebe setzen auf möglichst hochwertige regionale tierische Erzeugnisse – vom Fleisch über die Milch bis zum Honig. Neue Kennzeichnungen und Labels entstehen und sollen die Kaufentscheidungen erleichtern.

Wer Fleisch kauft, erfährt meist nichts über die Produktionsbedingungen

Die Viehhaltung im Südwesten Deutschlands befindet sich seit Jahren auf dem Rückzug. So hat sich die Zahl der in Baden-Württemberg gehaltenen Rinder seit den 1980er-Jahren etwa halbiert. Gleichzeitig werden die verbleibenden Betriebe immer größer, und der Strukturwandel führt zu einer regionalen Konzentration. Klassische Rinderhaltungsgebiete im Südwesten sind die niederschlagsreichen, grünlandbetonten Teile des Landes wie das Allgäu, Oberschwaben, die Ostalb und der Schwarzwald. Schweinehalterinnen und -halter, die nicht so viel Platz brauchen, sind dagegen vor allem in den Ackerbauregionen Hohenlohe und Oberschwaben zu finden.

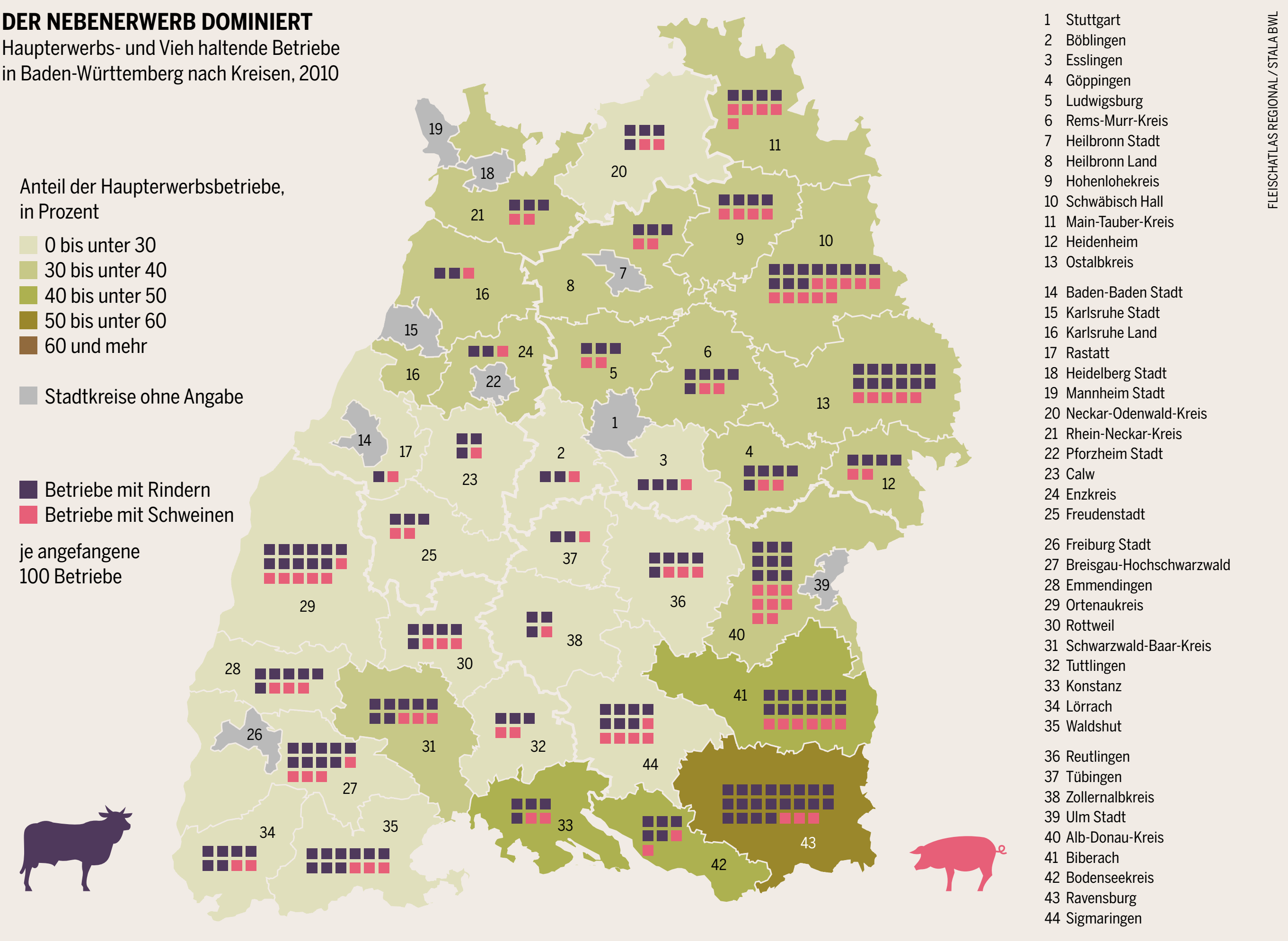
Ökonomische Zwänge führen dazu, dass vor allem die kleineren Betriebe ihre Haltung von Rindern und Schweinen aufgeben, während die verbleibenden Betriebe ihre Bestände aufstocken. Inzwischen befindet sich mehr als die Hälfte der Schweine in Betrieben mit über 1.000 Tieren. Allerdings bleiben die durchschnittliche Größe der Betriebe und die Tierbestände pro Betrieb nach wie vor deutlich unter den Werten für ganz Deutschland, und die Tierhaltung ist weiterhin durch bäuerliche Familienbetriebe geprägt.

Bei einer Bevölkerung von 10,7 Millionen Menschen erzeugen die baden-württembergischen Landwirtinnen und Landwirte nur etwa die Hälfte des hier verzehrten Schweinefleisches und knapp zwei Drittel des Rindfleischbedarfs. Bei Geflügelfleisch und Eiern ist die Selbstversorgung noch deutlich geringer. Das Land importiert einen großen Teil seines Fleisches aus den Schwerpunkten der Produktion in Nordwestdeutschland (Rinder und Schweine) und Bayern (Rinder).

Für die Familienbetriebe im Südwesten ist die Strategie, mit diesen Großbetrieben zu kon-

DER NEBENERWERB DOMINIERT

Haupterwerbs- und Vieh haltende Betriebe in Baden-Württemberg nach Kreisen, 2010



kurrieren und immer intensiver und effizienter zu produzieren, zum Teil problematisch. Viele Betriebe verzichten daher auf Billigstproduktion und setzen auf das genaue Gegenteil: besonders hochwertige Lebensmittel zu produzieren und die steigende Nachfrage nach regionalen Produkten zu bedienen. Ziel der Agrarpolitik im Land ist es deshalb, die vorhandenen bäuerlichen Familienbetriebe zu stärken und deren gesellschaftliche Leistungen zum Erhalt der Biodiversität, zum Umwelt- und Klimaschutz sowie zum Tierwohl zu honorieren.

So hat die baden-württembergische Landesregierung die Tierwohl-Förderung ins aktuelle Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl (FAKT) neu aufgenommen. Dieses Instrument unterstützt jetzt auch die artgerechtere Haltung von Mastschweinen und Masthühnern sowie die Weidehaltung von Milchkühen und deren Nachzucht. Investitionen in neue Ställe werden im Rahmen des „Agrarinvestitionsförderungsprogramms“ (AFP) nur noch dann gefördert, wenn sie über die gesetzlichen Standards hinaus zu mehr Tierwohl beitragen und Auflagen zu Mindestflächen und Bewegungsfreiheit erfüllen. Schließlich sollen auch die neuen „Europäischen Innovationspartnerschaften“ (EIP) die Entwicklung höherer Tierwohlstandards fördern.

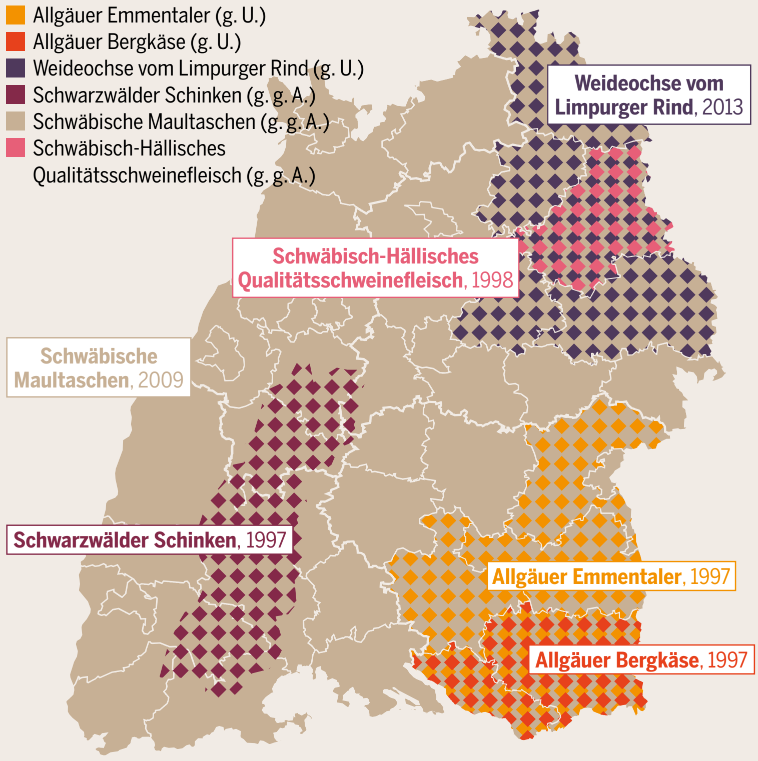
Leider gibt es für die Verbraucherinnen und Verbraucher bislang noch kein verbindliches System zur Kennzeichnung von Frischfleisch, an dem sie die Art der Tierhaltung erkennen können. Aktuell zeigen nur das freiwillige Biosiegel sowie die Labels- und Markenfleischprogramme höhere Standards an. Das baden-württembergische Landwirtschaftsministerium setzt sich deshalb im Bund für eine verbindliche, aber einfache und unbürokratische Tierhaltungskennzeichnung bei Rindern und Schweinen ein. Ähnlich der leicht verständlichen Zahlencodierung, die die Haltungsform der Legehennen kennzeichnet, könnten sich Verbraucherinnen und Verbraucher beim Einkauf dann leichter orientieren. Diese Kennzeichnung ist auch für die Betriebe wichtig: Damit können sich die beim Tierwohl engagierten Produzentinnen und Produzenten profilieren und für ihre höherwertigen Waren bessere Preise erzielen.

Auch Tier- und Futtermitteltransporte können durch Label verringert werden. Bereits heute bietet das Land mit dem Qualitätszeichen Baden-Württemberg und dem Bio-Zeichen Baden-Württemberg zusätzliche freiwillige Kennzeichnungsmöglichkeiten. Sie garantieren zudem besondere Fütterungs- und Haltungsbedingungen. So verlangt das Qualitätszeichen Baden-Württemberg von Viehhalterinnen und Viehhaltern, dass sie nur in Baden-Württemberg oder angrenzenden Bundesländern geborene Tiere mästen dürfen und überwiegend Futter aus dem eigenen Betrieb verwenden. Seit Anfang 2015 können Lamm- und Geflügelfleisch, Fisch, Eier und Honig nur dann mit dem Qualitätszeichen ausgelobt werden, wenn sie aus gentechnikfreier Produktion stammen. Ab Anfang 2018 gilt dies auch für Rind- und Schweinefleisch sowie Milch. Das Bio-Zeichen Baden-Württemberg zeichnet nur regionale Produkte aus, die nach etwas erweiterten Standards der EG-Öko-Verordnung produziert wurden. Im Rahmen der EU-Herkunftsbezeichnungen schließlich sind inzwischen auch einzelne Produkte geschützt, etwa das Ochsenfleisch der Limpurger Weiderinder und das Schwäbisch-Hällische Qualitätsschweinefleisch.

In Baden-Württemberg sind die Höfe kleiner als im Bundesdurchschnitt

LEBENSMITTEL UNTER GEOSCHUTZ

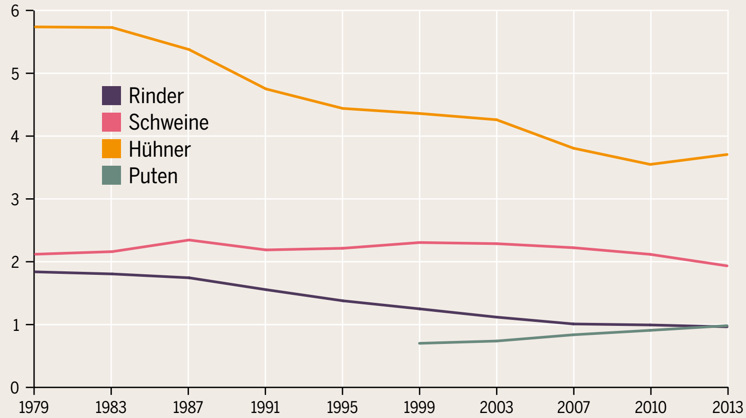
Fleisch, Speisen auf Fleisch- oder Milchbasis und fleischhaltige Speisen, deren Bezeichnung oder Herkunftsangabe EU-geschützt sind, mit Jahr der Unterschutzstellung, geschützte Ursprungsbezeichnung (g. U.) und geschützte geografische Angabe (g. g. A.)



FLEISCHATLAS REGIONAL / MLR

NUR DIE PUTEN BOOMEN

Tierbestände in Baden-Württemberg nach Tierarten, Auswahl, in Millionen



FLEISCHATLAS REGIONAL / STALA BWL

DIE KLEINE ALTERNATIVE ZUM GROSSEN SCHLACHTHOF

BAYERN: Wer Fleisch – auch Öko-Ware – verzehrt, muss das Töten von Tieren akzeptieren. Großschlachthöfe stehen in der Kritik. Doch es geht auch dezentral. Bauern im Allgäu wollen es mit der mobilen Schlachtbox vormachen.

Die traditonelle handwerkliche Schlachtung und Verarbeitung von Tieren geht immer mehr zurück. Dazu hat auch die EU-Hygieneverordnung für Schlachträume beigetragen. Die dort geforderten Investitionen waren für viele kleinere Metzgereien zu hoch. Die industrielle, arbeitsteilige Schlachtung ist heute Standard. Die Schlachthöfe werden zentralisiert und immer größer. Die bayerische Landesregierung meldete für das Jahr 2014 rund 900.000 Rinder in gewerblicher Schlachtung – gegenüber nur 10.000 in Hausschlachtung.

Wegen der Konzentration der Schlachthöfe haben Tiertransporte deutlich zugenommen. Häufig kommt es zu Verstößen gegen gesetzliche Vorschriften, sei es Überladung, die fehlende Versorgung mit Wasser oder die Überschreitung der Transportzeit. Die Tiere leiden massiv unter den Belastungen. Die unzureichenden Tierschutzvorgaben und die mangelnde Kontrolldichte werden von allen Tierschutzorganisationen kritisiert.

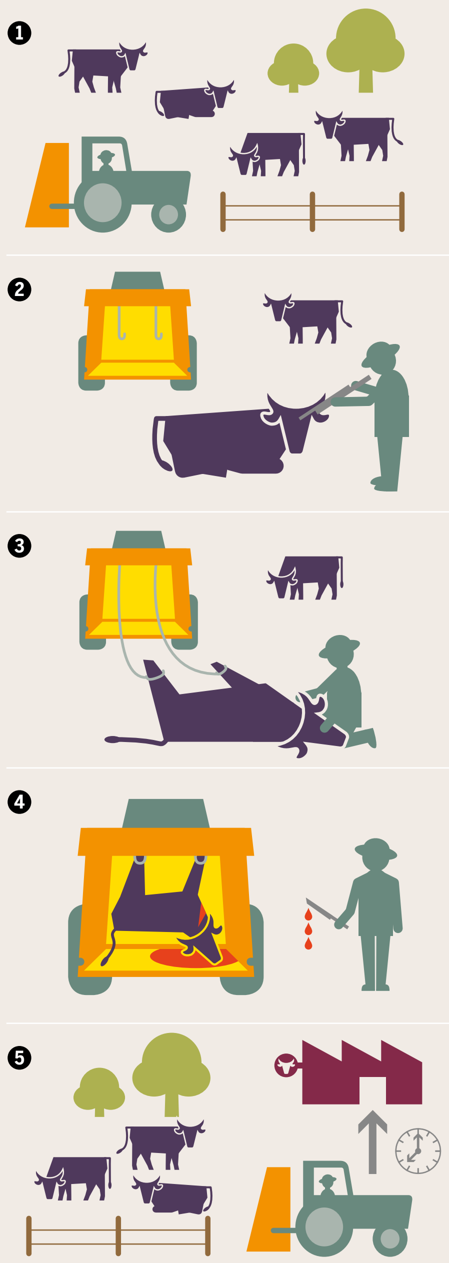
Ein mittlerer Schlachtbetrieb schlachtet am Tag 300 Rinder, größere Betriebe bis zu 70 Rinder pro Stunde. So bleibt in vielen Fällen für eine Schlachtung – sie besteht aus Betäuben, Stechen und Entbluten – nicht einmal eine Minute Zeit. Bei der Betäubung kommt es laut Auskunft der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Grünen von 2012 zu einer Fehlerquote von neun bis zwölf Prozent. Hunderttausende Tiere werden also bei Bewusstsein gestochen und entblutet.

Außerdem bedeuten Transport und Schlachthofumgebung für alle Tiere Stress. Dies gilt vor allem für Weiderinder, die die meiste Zeit im Herdenverband im Freien leben und es nicht gewöhnt sind, in einen Hänger verladen zu werden. Dabei ist auch die Unfallgefahr für die Menschen hoch.

Hier setzt die mobile Schlachtbox von Ernst Hermann Maier an. Sie soll es erlauben, schonender mit dem Tier umzugehen. Und ohne Ausschüttung von Stress- und Angsthormonen ist das Fleisch bekömmlicher. Die Schlachtbox ist der mobile Teil einer EU-zugelassenen Schlachtstätte. Sie ist hinten an der Traktorhydraulik angebaut. Das Schlachttier wird in der Herde, in seiner gewohnten Umgebung auf der Weide, mit einem Kopfschuss (Kugel- oder Bolzenschuss) betäubt. Die Herdenmitglieder reagieren auf den Schuss mit schallgedämpfter Kugel-Langwaffe kaum oder gar nicht.

Nach dem Tierschutzgesetz darf ein warmblütiges Tier nur geschlachtet werden, wenn es vor Beginn des Blutentzugs betäubt worden ist. So nimmt es den eigentlichen Tötungsakt, das Ausbluten, nicht wahr. Die im Zusammenhang mit

KEIN STRESS GIBT BESSERES FLEISCH
Der Einsatz der mobilen Schlachtbox



❶ **Anfahrt**
Auf dem Hof wird die Box an der Traktorhydraulik angebaut und das Gerät auf die Weide gefahren. Die Tiere sind an das Fahrzeug gewöhnt und lassen sich nicht stören.

❷ **Betäubung**
Der Bauer oder die Bäuerin geht in Ruhe zum ausgesuchten Tier. An beliebiger Stelle auf der Weide wird es mit einem Kopfschuss betäubt. Die Waffe hat Schallschutz. Die Herde bleibt gelassen.

❸ **Einziehen**
Nach der Kontrolle der Betäubung ziehen hydraulische Winden das zusammengesackte Tier in die Schlachtbox. Rinder wiegen meist zwischen 500 und 700 Kilogramm.

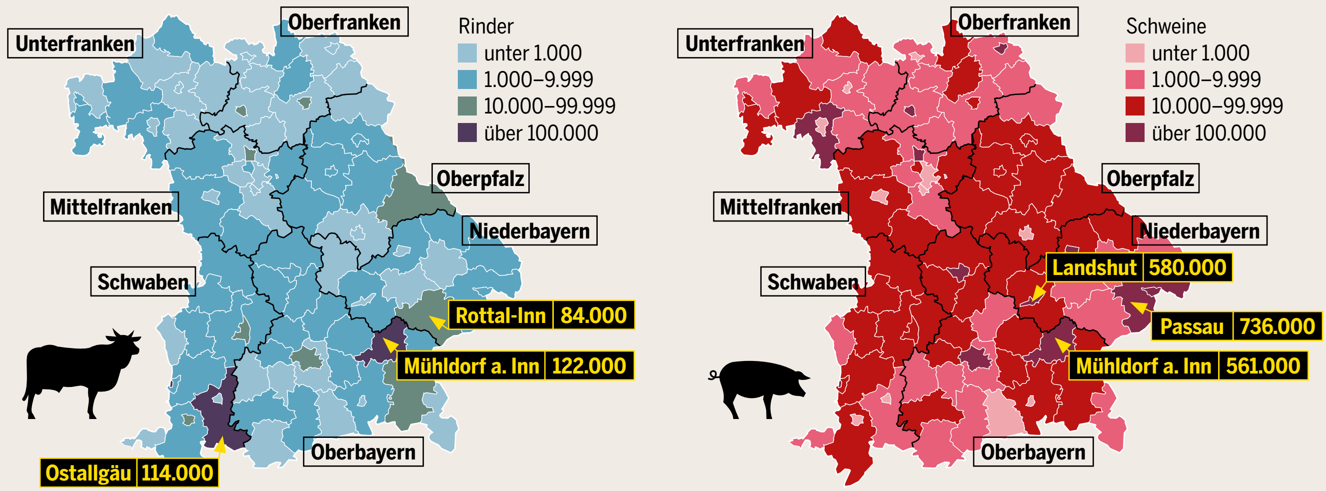
❹ **Tötung**
Mit einem Stechmesser werden die beiden Halsschlagadern des an den Beinen hängenden Tieres geöffnet. Das Tier entblutet und stirbt bewusstlos. Das Blut läuft in eine Auffangwanne.

❺ **Transport**
Zum Ausweiden, Halbieren und Kühlen wird das Tier innerhalb einer Stunde zu einem Schlachtbetrieb gefahren. Das in der Box gesammelte Blut wird entsorgt.

FLEISCHATLAS REGIONAL / STOCKMAR

WO IN BAYERN GESCHLACHTET WIRD

Gewerbliche und Hausschlachtungen nach Landkreisen und kreisfreien Städten, Rinder und Schweine, nach Zahl der Tiere, 2014



FLEISCHATLAS REGIONAL / BAYLFSTAT

der Schlachtbox eingesetzte Betäubung durch einen Kugelschuss wirkt um ein Vielfaches stärker als der sonst übliche Bolzenschuss. Dennoch führt, wenn die richtige Munition verwendet wird, hier nicht schon der Schuss selbst zum Tod; die staatlichen Lehr- und Versuchsanstalten bieten Sachkundelehrgänge zur Anwendung des Kugelschusses auf der Weide an.

Nach mehr als 20 Jahren Tüfteln und vielen Auseinandersetzungen mit den Behörden hat Maier die Zulassung für sein Verfahren erhalten. Durch den Schuss sackt das Tier bewusstlos zusammen und wird nach Kontrolle der Vitalzeichen mittels hydraulischer Winden in die Schlachtbox gehoben. Mit einem Stechmesser öffnet der Schlachter oder die Schlachterin anschließend die beiden Halsschlagadern. Für die Handreinigung nach dem Tod des Tieres ist eine Hygienebox eingebaut. Der Transport erfolgt in der geschlossenen Box. Im Schlachtbetrieb wird das Tier abgehäutet, ausgeweidet, halbiert und gekühlt. Das in der Boxenwanne aufgefangene Blut wird vorschriftsmäßig entsorgt und die Box gereinigt.

Zwar dürfen Rinder seit 2011 auf der Weide geschlachtet werden. Aber bisher ist für jedes Tier eine Genehmigung nötig, ein Tierarzt muss anwesend sein und der Ort nachher gereinigt werden. Der Einsatz der mobilen Schlachtbox erspare das, wirbt Maier. Jeder EU-zertifizierte Schlachtbetrieb kann dafür eine Genehmigung nach der EU-Hygieneverordnung erhalten. Für viele Fachbehörden ist dies allerdings Neuland, weshalb manchmal einige Überzeugungsarbeit nötig sein wird. Nach der momentanen Gesetzeslage ist die Box Bestandteil des jeweiligen Schlachtbetriebs und darf nur von diesem Betrieb verwendet werden. Praktischer und wirtschaftlicher wäre es allerdings, wenn mehrere Schlachtbetriebe eine Box nutzen könnten.

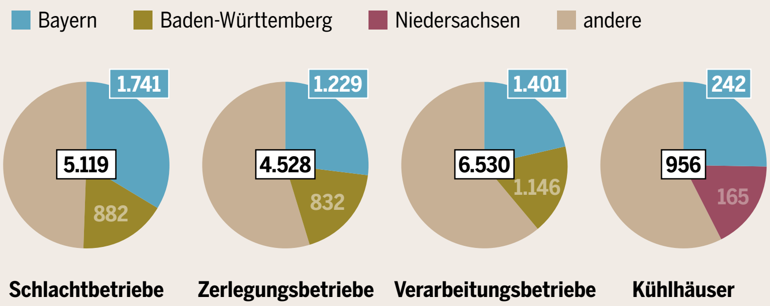
Die mobile Schlachtbox soll keine Konkurrenz zu regionalen Schlachtbetrieben sein, die tierschutzkonform arbeiten, sondern im Gegenteil solche Betriebe sinnvoll ergänzen und sie dadurch stärken. Denn in fast allen Fällen ist nur mit einer solchen mobilen Einrichtung eine stress- und gefahrenfreie Schlachtung möglich. Abgesehen von den Tierschutzaspekten stärkt die mobile Schlachtbox in jedem Fall die handwerklichen Schlachtbetriebe und hilft so beim Schutz regionaler Strukturen – deshalb unterstützt auch die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) das Projekt.

Laut Herbert Siegel, Regionalsprecher der AbL Allgäu und Vorstandsmitglied des Schlachtvereins Weitnau-Missen-Buchenberg, interessieren sich viele Bauern für das Projekt. Gemeinsam mit anderen Vereinsmitgliedern hat der Biobauer aus dem Oberallgäu als erster in Bayern bei Maier eine Schlachtbox bestellt. Die Kosten liegen bei etwa 15.000 Euro. Sechs bis acht Bauern werden das Gerät – voraussichtlich ab Herbst – nutzen, sagt Siegel. Er hofft, dass es schnell mehr werden. Die Konkurrenz zu den regionalen Betrieben in Bayern bleibt derweil begrenzt: Für das erste Jahr rechnet Siegel mit 30 bis 50 Schlachtungen.

Weidevieh, im Hänger eingesperrt und abtransportiert, reagiert besonders gestresst

KLEINTEILIGE STRUKTUR BAYERNS IM FLEISCHGEWERBE

Anteil bayerischer Betriebe zur Fleisch- und Wursterzeugung in Deutschland, Mai 2014, zum Vergleich: mit je zweitgrößtem Länderanteil

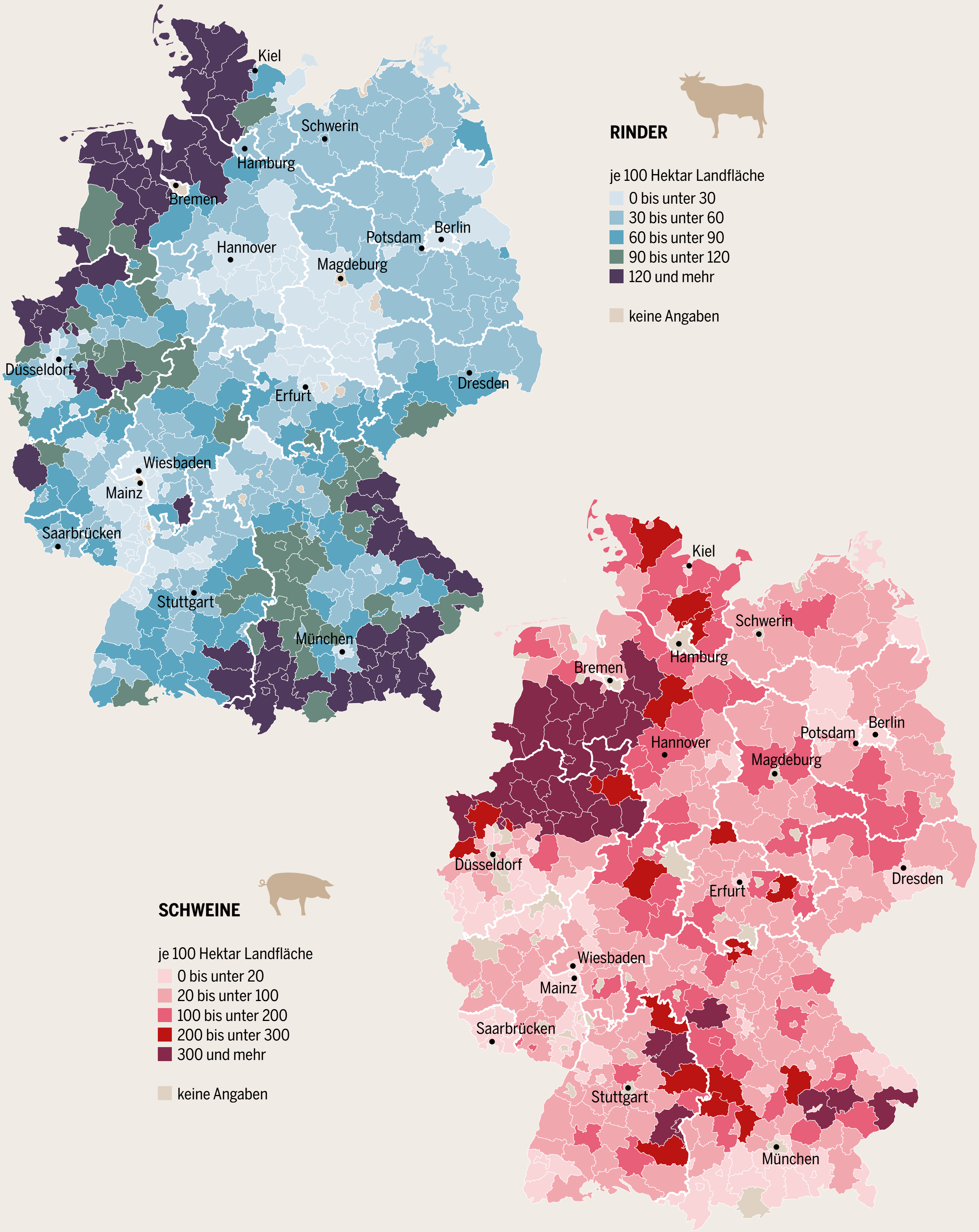


FLEISCHATLAS REGIONAL / LFL

KREIS FÜR KREIS, LAND FÜR LAND

TIERDICHTE IM BUNDESWEITEN VERGLEICH

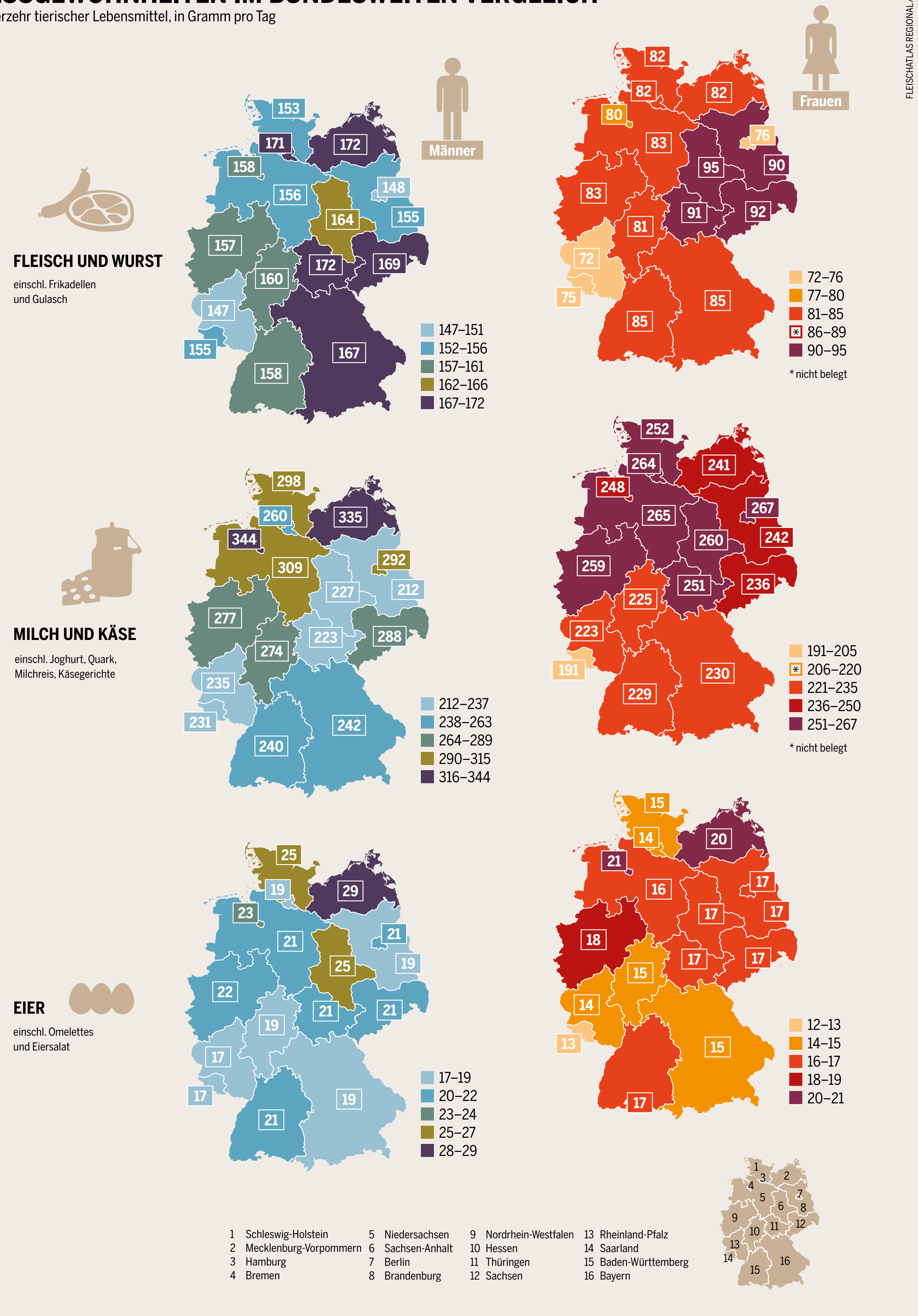
Rinder- und Schweinebesatz in den kreisfreien Städten und Landkreisen



FLEISCHATLAS REGIONAL / LWZ

ESSGEWOHNHEITEN IM BUNDESWEITEN VERGLEICH

Verzehr tierischer Lebensmittel, in Gramm pro Tag

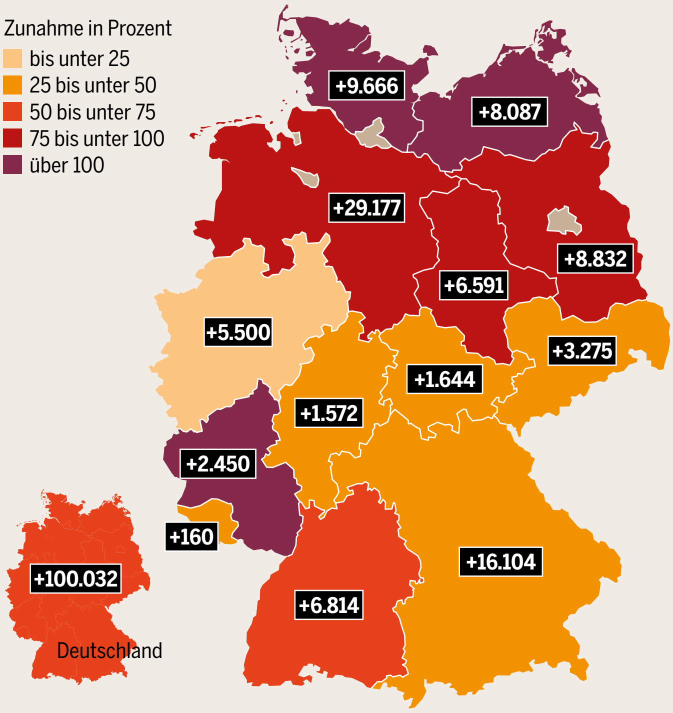


TROG STATT TELLER

Anbauflächen der wichtigsten Futtermittelpflanzen nach Bundesländern, Änderungen von 1999 bis 2014 in Hektar und Prozent, 1999 = 100

MAIS

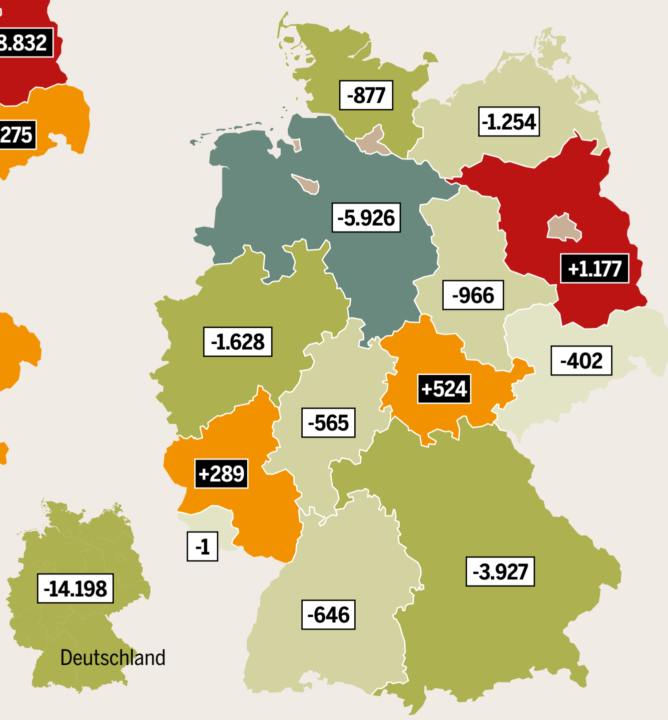
Körnermais, Corn-Cob-Mix (ein Maiskolbenschrot) sowie Silo- und Grünmais; bundesweit etwa 35 Prozent für die Energieerzeugung



+2.450 Zunahme in Hektar
-3.927 Abnahme in Hektar

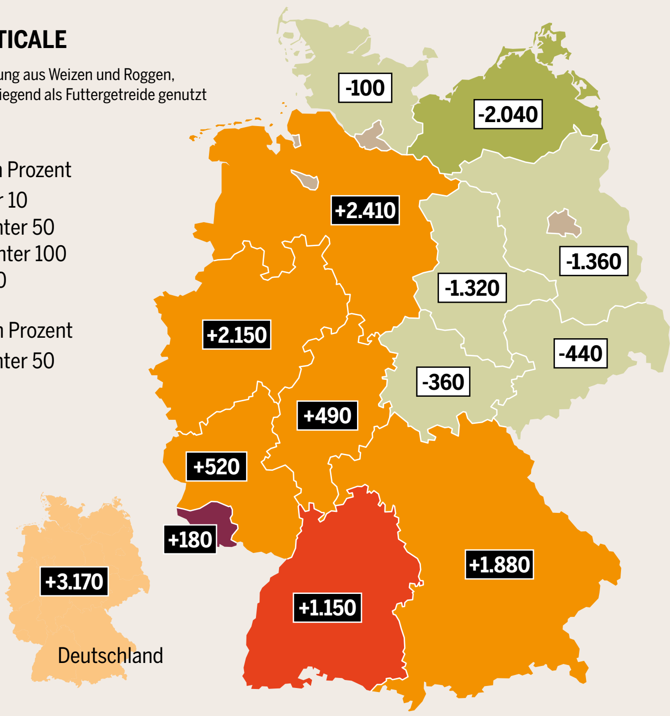
WINTERGERSTE

überwiegend als Futtergetreide genutzt;
Sommer- bzw. Braugerste hier nicht berücksichtigt



TRITICALE

Kreuzung aus Weizen und Roggen,
überwiegend als Futtergetreide genutzt





1 Schleswig-Holstein
2 Mecklenburg-Vorpommern
3 Hamburg
4 Bremen
5 Niedersachsen
6 Sachsen-Anhalt
7 Berlin
8 Brandenburg
9 Nordrhein-Westfalen
10 Hessen
11 Thüringen
12 Sachsen
13 Rheinland-Pfalz
14 Saarland
15 Baden-Württemberg
16 Bayern

Die Stadtstaaten (Berlin, Hamburg, Bremen) sind nur im jeweiligen bundesweiten Durchschnitt berücksichtigt.

WIESEN, WEIDEN, BIOFLÄCHEN

Dauergrünland und ökologischer Landbau nach Bundesländern, Änderungen von 1999 bis 2014 in Hektar und Prozent, 1999 = 100, sowie Stand von 2013

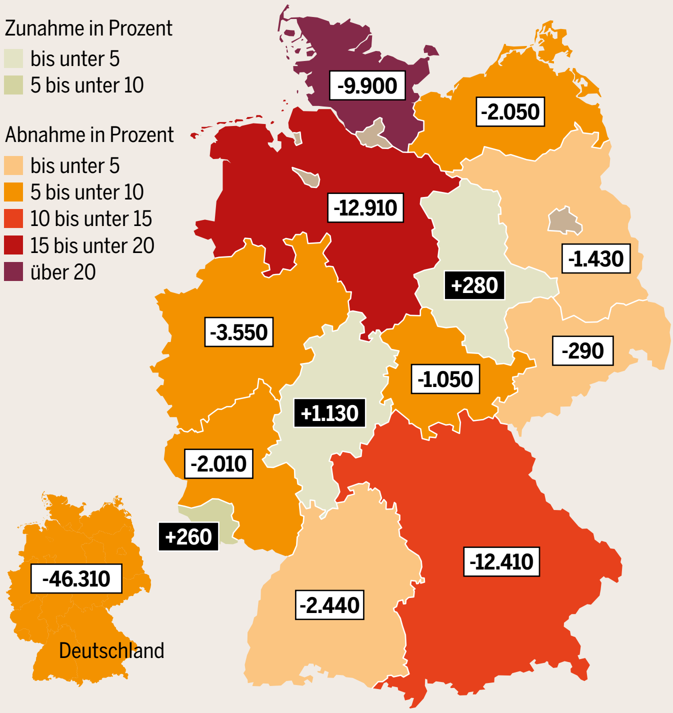
FLEISCHATLAS REGIONAL / DESTATIS

DAUERGRÜNLAND

überwiegend Wiesen und Weiden, auch aus der Nutzung genommene Flächen, keine Bodenbearbeitung

Zunahme in Prozent
- bis unter 5
- 5 bis unter 10

Abnahme in Prozent
- bis unter 5
- 5 bis unter 10
- 10 bis unter 15
- 15 bis unter 20
- über 20

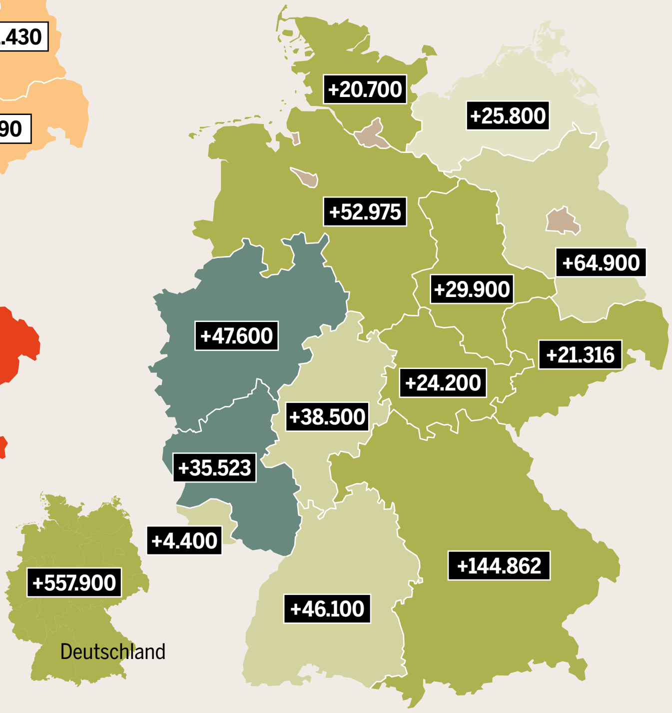


+4.400 Zunahme in Hektar
-2.010 Abnahme in Hektar
9.300 Zustand in Hektar

ÖKOLANDBAU

ökologisch bewirtschaftete landwirtschaftlich genutzte Fläche (2013), landwirtschaftlich genutzte (einschl. nicht ökologisch genutzte) Fläche der Agrarbetriebe mit ökologischem Landbau (1999)

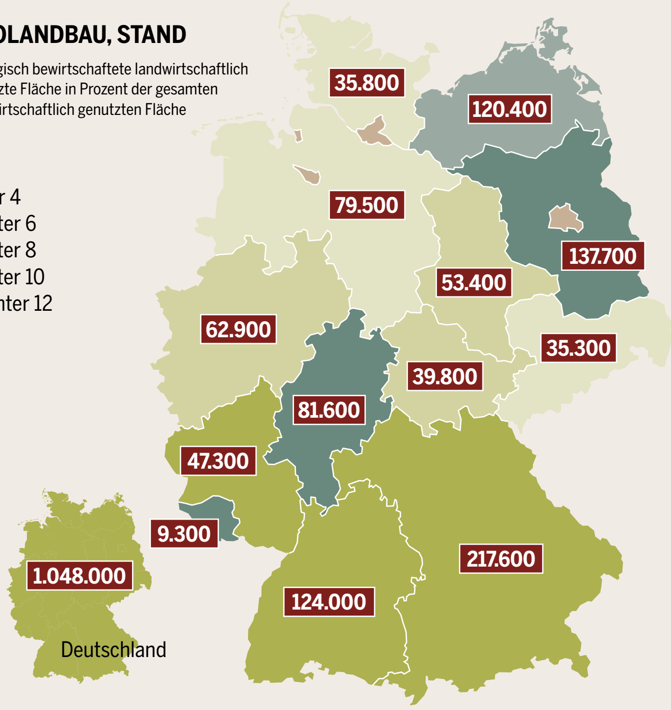
Zunahme in Prozent
- bis unter 50
- 50 bis unter 100
- 100 bis unter 200
- über 300



ÖKOLANDBAU, STAND

ökologisch bewirtschaftete landwirtschaftlich genutzte Fläche in Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche

in Prozent
- bis unter 4
- 4 bis unter 6
- 6 bis unter 8
- 8 bis unter 10
- 10 bis unter 12





1 Schleswig-Holstein
2 Mecklenburg-Vorpommern
3 Hamburg
4 Bremen
5 Niedersachsen
6 Sachsen-Anhalt
7 Berlin
8 Brandenburg
9 Nordrhein-Westfalen
10 Hessen
11 Thüringen
12 Sachsen
13 Rheinland-Pfalz
14 Saarland
15 Baden-Württemberg
16 Bayern

Die Stadtstaaten (Berlin, Hamburg, Bremen) sind nur im jeweiligen bundesweiten Durchschnitt berücksichtigt.

AUTORINNEN UND AUTOREN, QUELLEN VON TEXTEN, KARTEN UND DATEN

Alle Internetquellen wurden zuletzt im Dezember 2015 abgerufen. Der Fleischatlas Regional ist im PDF-Format unter www.boell.de/fleischatlas herunterzuladen. Dort sind alle Links anklickbar.

8–9 DER GROSSE STRUKTURWANDEL von Tobias Reichert

S. 8: Statistisches Bundesamt, Tabelle 41331-0001, Datenbank-Abfrage, http://bit.ly/1pc4Djm. **S. 9:** wie S. 8, Tabelle 41141-0019. **Text:** Erwerbstätigkeit, Deutscher Bauernverband, Situationsbericht 2014/15, http://bit.ly/1NOv7IL. Umsätze, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Landwirtschaft verstehen, http://bit.ly/1lGSqK1. Rückgang Masthühnerhaltungen, http://bit.ly/1Um2tj8, Schweinehaltungen, http://bit.ly/1MbOLJ0, Sojaimporte http://bit.ly/220qmSB

10–11 ES IST NOCH NICHT VORBEI von Katrin Wenz

S. 10: BVDF, Fleischverbrauch und Fleischverzehr je Kopf der Bevölkerung, http://bit.ly/1NYfxpy. **S. 11:** BUND, Anträge und Bewilligungen für den Bau neuer Tierhaltungsanlagen in Deutschland 2012–2015, Januar 2016 (angek.)

12–13 MINDESTLOHN FÜR MINDEST-IMAGE von Marcel Sebastian

S. 13: Allgemeine Fleischer-Zeitung, 7. 10. 2015, http://bit.ly/1QFo7i7. Statistisches Bundesamt, Tabelle 41322-0009, Datenbank-Abfrage, http://bit.ly/1pc4Djm

14–15 KAMPF UM DIE CHEMISCHE KEULE von Christine Chemnitz

S. 14: Ian Heap, International Survey of Herbicide-Resistant Weeds, Resistance to Glyphosate by Species, http://bit.ly/1MbKVQ9. **S. 15:** wie S. 14, Herbicide-Resistant Weeds in Europe, http://bit.ly/1lZn9BA

16–17 SCHLESWIG-HOLSTEIN: MIT WEIDEN UND WIESEN FÜR WASSER-, TIER- UND BODENSCHUTZ von Reinhild Benning

S. 17: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Die Bodennutzung in Schleswig-Holstein 2013, S. 7, 17, http://bit.ly/1lGL9tR. Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holstein, Winderosion in Schleswig-Holstein, S. 7, 15, 39, http://bit.ly/1lGKKYt. Umweltbundesamt, Ökologischer Zustand der Küstengewässer der Nordsee, http://bit.ly/1MbKi9l. **Text:** Ackerflächenwachstum, http://bit.ly/1RjdvHd

18–19 MECKLENBURG-VORPOMMERN: WO DIE MEGASTÄLLE STEHEN von Arndt Müller

S. 18: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, Viehbestände in Mecklenburg-Vorpommern, 3. November 2014 (Rinder, Schweine) http://bit.ly/1JtPSqX. Eigene Berechnungen nach der Kleinen Anfrage Drucksache 6/2816, 24. April 2014, Landtag Mecklenburg- Vorpommern, bei Geflügel: nur genehmigungspflichtige Anlagen nach BImSchG, http://bit.ly/1KFsuTM. **S. 19:** Umweltbundesamt, Schadstofffreisetzungs- und Verbringungsregister, Berichtsjahr 2012, Datenbankabfrage, www.thru.de. Eigene Berechnungen wie S. 18. **Text:** Grenzwertüberschreitung, http://bit.ly/1YdBS8j. Schweinebestand je Betrieb: http://bit.ly/1JtPSqX, http://bit.ly/1J5Nrr9

20–21 HAMBURG, BREMEN, BERLIN: GUTE NAHRUNG FÜR DIE STADT von Christine Pohl und Jan Urhahn

S. 20: Bundsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Bereitschaft zu höheren Ausgaben für das Tierwohl, http://bit.ly/1NjCl60. Dass., Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung, 2015, S. 81, http://bit.ly/1NjCl60. **S. 21:** Tierhaltung: Statistisches Bundesamt, Tabelle 41331-0002; Schlachtungen: dass., Tabelle 41331-0003, Datenbank-Abfrage, http://bit.ly/1pc4Djm; Ökolandbau: dass., http://bit.ly/1RMc0AL. Neuland in Ihrer Nähe, http://bit.ly/1RMfZNz

22–23 NIEDERSACHSEN: IM HEIMATLAND DER MASTBETRIEBE von Mona Hosseini, Leonie Meder, Jasmin Mittag, Pia Niehues und Franziska Wolters

S. 22: Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Nährstoffbericht 2013/14, S. 13, http://bit.ly/1IHcYuW. **S. 23:** 3N Kompetenzzentrum, Biogas in Niedersachsen, Inventur 2014, S. 19, http://bit.ly/1F9A85G. – SLU: Angaben der Stiftung Leben & Umwelt, 2015. **Text:** Nährstoffbericht 2014, http://bit.ly/1QfifOl

24–25 SACHSEN-ANHALT: LEBEN IM STILLSTAND von Dorothea Frederking

S. 24: Ellen Stockmar/Atlas-Manufaktur. **S. 25:** Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Statistische Berichte C III j/14, Viehbestände – Schweine –, Stand: 3. November 2014, http://bit.ly/1Qf7tHQ

26–27 BRANDENBURG: AUF SAND GEBAUT von Mathias Richter

S. 26: Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung, Tierzuchtreport 2014, S. 24, 43, 84, http://bit.ly/1B9wi1l. **S. 27:** BUND Brandenburg, Karte der Massentierhaltung, http://bit.ly/1FW2vEY. – Statistisches Bundesamt, Landwirtschaft auf einen Blick, 2011, S. 25, 27, 29, http://bit.ly/1BHOjUU

28–29 NORDRHEIN-WESTFALEN: MENSCHEN, TIERE, IMMISSIONEN von Clara Beck, Pia Niehues und Ulrich Steinsiepe

S. 28: Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, Entwicklung des ökologischen Landbaus in NRW, 2015, http://bit.ly/1ZYJijE. AMI: ami-informiert.de, 10. August 2015, http://bit.ly/1M9FHuT. **S. 29:** Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, Nährstoffbericht 2014, S. 70, http://bit.ly/1M9nRrW. Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Agrarstrukturen in Deutschland. Regionale Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010, S. 33, http://bit.ly/1I09RZ1. WWF, Der Futtermittelreport. Alternativen zu importierten Sojaerzeugnissen in der Schweinefütterung, 2014, S. 11, http://bit.ly/1MTYfxT. **Text:** Wasserqualität, http://bit.ly/1lZtYDe

30–31 HESSEN: WENN BENACHTEILIGTE GEBIETE DIE NATUR BEVORTEILEN von Reinhild Benning

S. 30: Upländer Bauernmolkerei: Unsere Bio-Bauern in Ihrer Nähe, http://bit.ly/1SW8vGi, aktualisiert Dez. 2015. **S. 31:** Hessisches Statistisches Landesamt, Statistische Berichte, C III 3 – j/14, Ergebnisse der tierischen Erzeugung in Hessen 2014, http://bit.ly/1I2fcGk. Statistisches Bundeamt, http://bit.ly/1RMc0AL.**Text:** Wasserqualität, http://bit.ly/1lZuVeV

32–33 THÜRINGEN: IM LAND DER BRATWURST von Franziska Wolters

S. 32: Thüringer Landesamt für Statistik, Agrarstrukturerhebung 2013, in: Aufsätze aus den Monatsheften, November 2014, S. 13, http://bit.ly/1MxIN9E. Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke in Thüringen 2014, S. 4, http://bit.ly/1J3pZuv. **S. 33:** Schweine- und Geflügelhaltung in Thüringen, Thüringer Landtag, Drucksache 5/7667 vom 15. April 2014, Anhänge, http://bit.ly/1J46ge1. Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, Landwirtschaft in Thüringen 2014, S. 33, S. 40, http://bit.ly/1TTe3FS. – Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, Landwirtschaft in Thüringen 2014. Thüringer Ökolandbau in Zahlen, S. 4 f., http://bit.ly/1LiGUfv

34–35 SACHSEN: BOOM DER BROILER von Helmut Klüter

S. 34: Zusammenstellung: Prof. Dr. Helmut Klüter, Greifswald. **S. 35:** Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Viehbestände in den landwirtschaftlichen Betrieben im Freistaat Sachsen. Agrarstrukturerhebung, März 2013, Fachserie C III 3 – 3j/13, S. 7, S. 16 f., http://bit.ly/1hjXimq. – Statistisches Bundesamt, Viehhaltung der Betriebe. Agrarstrukturerhebung 2013. Fachserie 3 Reihe 2.1.3; S. 94, http://bit.ly/1TOkvsv, Berechnung: Klüter (vgl. S. 34). **Text:** Tierbestandsangaben, http://bit.ly/1QFsee9, http://bit.ly/1SWg93n, http://bit.ly/1Y8p4Fq, http://bit.ly/1TOkvsv, http://bit.ly/1hjXimq, Vechta http://bit.ly/1lZuLnP

36–37 RHEINLAND-PFALZ: WO DIE KLEINEN DOMINIEREN von Christine Lind und Alrun Schleiff

S. 36: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Landwirtschaft und Weinbau, 2013, Folien 5 u. 6, http://bit.ly/1NxTSZi. Jörg Breitenfeld, Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu Deutschland, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 09/2014, S. 843, http://bit.ly/1E7ug3j. Statistisches Bundesamt, Landwirtschaft auf einen Blick, 2011, S. 25, 27, 29, http://bit.ly/1JlT6g9. **S. 37:** Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Karten zum Rinderbestand, http://bit.ly/1NHL7cN, zum Schweinebestand, http://bit.ly/1E7bMjp. S. 54 f., ergänzend: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Agrarstrukturen in Deutschland 2010, S. 31, 33, http://bit.ly/1gYPoht

38–39 SAARLAND: WENIG TIERE, ABER GENUG MILCH von Udo Lorenz

S. 38: Statistisches Amt Saarland, Viehbestände im Saarland 2007 bis 2014, http://bit.ly/1RMcvux. Landwirtschaftlich genutzte Fläche 2007 bis 2014 nach Hauptkulturarten, http://bit.ly/1lGF0hd. **S. 39:** Statistisches Amt Saarland, Viehhaltung in den Kreisen, März 2013, http://bit.ly/1TJPXZN. – Statistisches Amt Saarland, Milchwirtschaft im Saarland 1990 bis 2010, http://bit.ly/1lZfxiy. **Text:** Eigenversorgungsquote Schweinefleisch: mündl. Auskunft Alfred Hoffmann, Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, Saarland

40–41 BADEN-WÜRTTEMBERG: KLASSE STATT MASSE von Andreas Greiner

S. 40: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Bearb.), Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Agrarstrukturen in Deutschland. Regionale Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010, S. 15, 38–41, http://bit.ly/1I09RZ1. **S. 41:** Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg, Gemeinschaftsmarketing/ Schutzgemeinschaften, http://bit.ly/1LnSdTN. – STALA BWL: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Tierbestände in Baden-Württemberg seit 1950 nach Tierarten, http://bit.ly/1hQtxtc

42–43 BAYERN: DIE KLEINE ALTERNATIVE ZUM GROSSEN SCHLACHTHOF von Elisabeth Waizenegger, Michael Finger und Andrea Eiter

S. 42: Ellen Stockmar/Atlas-Manufaktur. **S. 43:** Bayerisches Landesamt für Statistik, Tierische Erzeugnisse in Bayern 2014, S. 14–29, http://bit.ly/1JDAWTf. – LFL: Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft, Fleisch- und Geflügelwirtschaft in Bayern 2013, Juni 2014, S. 24, http://bit.ly/1gSWXXc. **Text:** Anfrage 2012, http://bit.ly/1MbOYfn

44–47 KREIS FÜR KREIS, LAND FÜR LAND

S. 44: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Agrarstrukturen in Deutschland. Einheit in der Vielfalt. Regionale Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010, S. 31, S. 33, http://bit.ly/1I09RZ1. **S. 45:** Max Rubner-Institut, Nationale Verzehrsstudie II, 2008, S. 199–229, http://bit.ly/1B7u0zN. **S. 46:** Statistisches Bundesamt, Fachserie 3, Reihe 3.1.2, Bodennutzung der Betriebe, 1999; dass. 2014, http://bit.ly/1QFbJyw. **S. 47:** Dauergrünland: wie S. 46. Ökolandbau: Statistisches Bundesamt, http://bit.ly/1RMc0AL

DIE HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG UND IHRE LANDESSTIFTUNGEN

Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, patriarchale Herrschaftsstrukturen überwinden, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – diese Ziele bestimmen das Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung und ihrer Landesstiftungen. Sie stehen zwar den Grünen nahe, sind aber parteiunabhängig und geistiger Offenheit verpflichtet. Die 16 Landesstiftungen sind selbständige Institutionen, sie arbeiten untereinander und auch mit der Bundesstiftung eng zusammen. Mit ihrer Bildungsarbeit wollen sie die politische Urteilskraft der Bürgerinnen und Bürger schärfen, zu bürgerschaftlichem Engagement anregen und die Möglichkeiten zur Teilhabe am politischen Leben verbessern.

Mit derzeit 31 Auslandsbüros verfügt die Heinrich-Böll-Stiftung über ein weltweites Netz für ihr Engagement. Heinrich Bölls Ermutigung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik ist Vorbild für die Arbeit der Stiftung.

Ein besonderes Anliegen ist ihr die Verwirklichung einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft sowie einer Geschlechterdemokratie als eines von Abhängigkeit und Dominanz freien Verhältnisses der Geschlechter. Mit vielen Veranstaltungen und Studien will die Stiftung zudem die Bürgerinnen und Bürger für eine Teilnahme an der Gestaltung der Europäischen Union gewinnen.

Heinrich-Böll-Stiftung
Schumannstraße 8, 10117 Berlin, www.boell.de







BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ DEUTSCHLAND

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ist mit über 500.000 Mitgliedern und Unterstützer/innen der große Umweltverband Deutschlands.
Seit 40 Jahren setzt er sich erfolgreich ein

- für mehr Klimaschutz,
- für gesunde Lebensmittel,
- für eine bäuerliche Landwirtschaft und artgerechte Tierhaltung,
- für den Schutz von Wäldern und Flüssen, von bedrohten Tieren und Pflanzen,
- für mehr Rechte für Verbraucher/innen.

Der BUND macht sich stark für faire Handelsbeziehungen und engagiert sich gegen das Freihandelsabkommen TTIP.
Der BUND denkt über den Tag und den deutschen Tellerrand hinaus – was vor allem seine große Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt" unterstreicht, die er zusammen mit Brot für die Welt und Evangelischem Entwicklungsdienst herausgegeben hat.

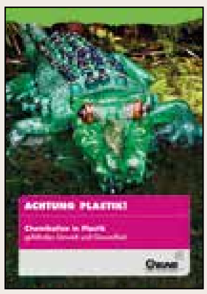
Der BUND ist der Umweltverband, der mit 16 Landesverbänden und über 2.000 Orts- und Kreisgruppen im ganzen Land aktiv und erreichbar ist. Der BUND ist Mitglied des mit über 70 Organisationen weltweit größten Umweltnetzwerks Friends of the Earth.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin, www.bund.net,
www.facebook.com/BUND.Bundesverband,
http://twitter.com/BUND_net

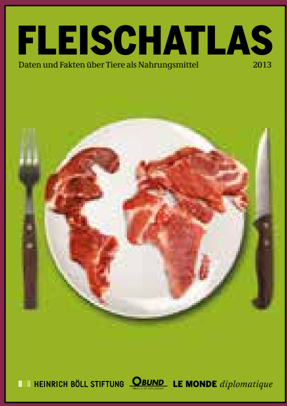








IN GLEICHER AUSSTATTUNG ERSCHIENEN



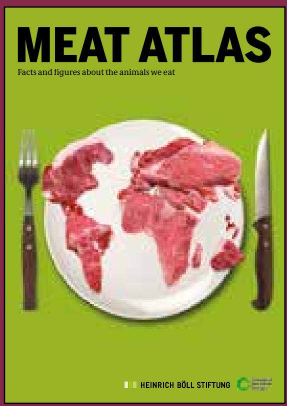
FLEISCHATLAS 2013



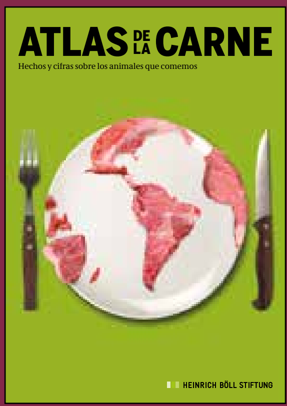
FLEISCHATLAS 2014



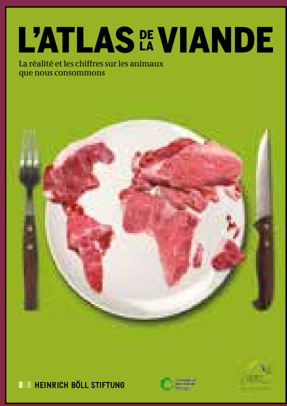
FLEISCHATLAS EXTRA 2014



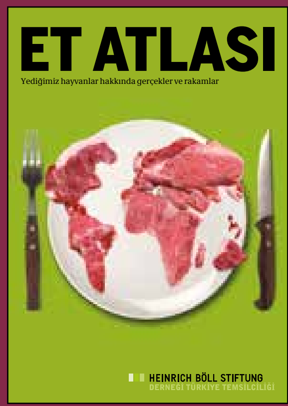
MEAT ATLAS 2014



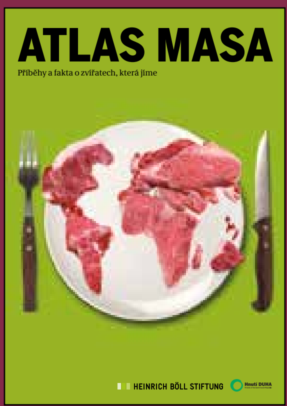
ATLAS DE LA CARNE 2014



L'ATLAS DE LA VIANDE 2014



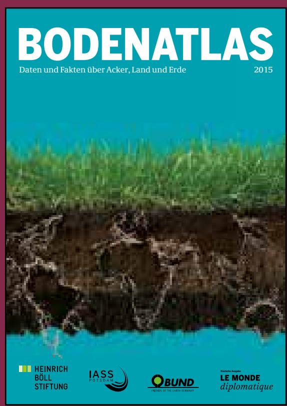
ET ATLASI 2014



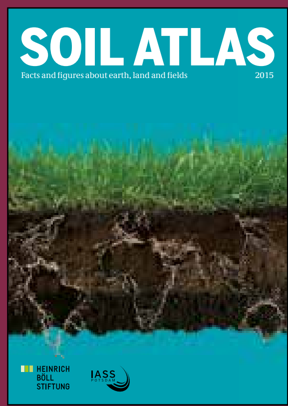
ATLAS MASA 2014



EUROPA-ATLAS 2014



BODENATLAS 2015



SOIL ATLAS 2015



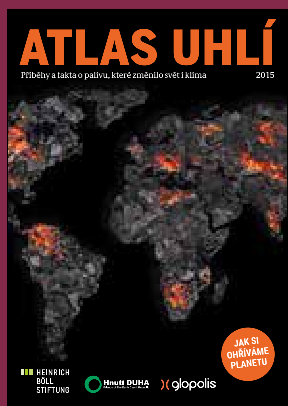
KOHLEATLAS 2015



COAL ATLAS 2015



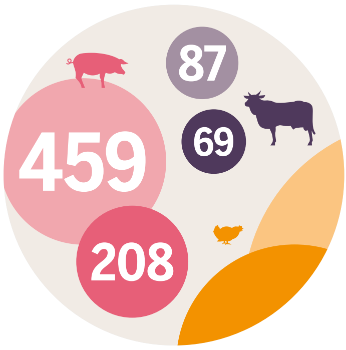
ATLAS WĘGLA 2015

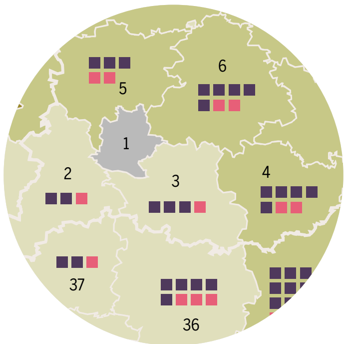


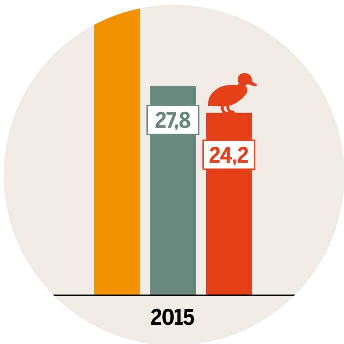
ATLAS UHLÍ 2015

Kleinbäuerliche Strukturen
erschweren die industrielle Landwirtschaft.
RHEINLAND-PFALZ, aus: WO DIE KLEINEN DOMINIEREN, Seite 36

Die Agrarindustrie weicht vor schärferen Kontrollen
und Widerstand in andere Bundesländer aus.
NIEDERSACHSEN, aus: IM HEIMATLAND DER MASTBETRIEBE, Seite 22







Der Import von Futtermitteln bedeutet einen stetigen
Zufluss von Nährstoffen aus anderen Ländern.
NORDRHEIN-WESTFALEN, aus: MENSCHEN, TIERE, IMMISSIONEN, Seite 28

Es sind riesige Schlachthöfe entstanden, die
jetzt ausgelastet werden müssen.
BRANDENBURG, aus: AUF SAND GEBAUT, Seite 26